



15. Juni 1925

MAX SCHIPPEL · DIE ZOLLFRAGE

UNSERE Partei ist, was die Handelspolitik anlangt, wieder einmal auf dem besten Weg sich politisch und geistig vollständig zu isolieren. Dabei gibt sie sich den seltsamsten Täuschungen hin über allerlei zuverlässige Bundesgenossen, die ihr nicht nur in der angeblich handelspolitisch einheitlich geschlossenen ausländischen Arbeiterschaft sondern auch (was einen richtiggehenden "Klassenkämpfer" eigentlich bedenklich stimmen sollte) in den einflußreichsten und wichtigsten Schichten des Bürgertums vermeintlich zur Seite stehen. Es sind bei uns noch niemals so viele bürgerliche Leuchten als Quellen und Wegweiser sozialdemokratischen Zielbewußtseins offen und ehrlich zitiert worden. Und zwar droht gerade unsere alleräußerste Linke, die sonst nur "scharfe Trennungsstriche" zieht, die in jedweder noch so vorübergehenden "Koalition" stets nur eine unauslöschliche Bemakelung erblickt, handelspolitisch allmählich ganz im Zitieren "anerkannter Autoritäten" aufzugehen. Gar nicht selten von Autoritäten, denen man noch gestern seine abgründtiefte Geringschätzung bescheinigte: wie etwa Brentano anlässlich der Achtstundentagdebatte oder Harms wegen einiger Äußerungen zum Dawesgutachten oder wie früher Sering wegen seiner Anschauungen über bäuerliche Produktion und innere Kolonisation.

Wie stehen nun in Wirklichkeit die Dinge, über die sich allmählich ein am Ende undurchdringlicher Nebel von Illusionen und Selbsttäuschungen zu legen beginnt?

AM nächsten sollte uns deutschen Sozialdemokraten die geistige Fühlungnahme mit den *österreichischen* Arbeitern liegen. Ich habe deshalb an dieser Stelle regelmäßig die bemerkenswertesten deutschösterreichischen Abweichungen von der landläufigen Freihandelsorthodoxie vorgeführt.¹ Soweit Industriezölle in Frage kamen, haben die österreichischen Arbeiterkammern stets nur von Fall zu Fall, rein nach Zweckmäßigkeitserwägungen geurteilt. Für die Glasindustrie sind sie sogar mit der Forderung von Zöllen vorangegangen, trotz der »begrifflichen Erregung der glasverarbeitenden Industrien und insbesondere des Glashandels«. Bei den Auseinandersetzungen mit Italien bedauerte man hier, daß Österreich noch immer im wesentlichen vom

1) Siehe Schippel Zollpolitik und Arbeiter, ferner Arbeiterparteien und Handelspolitik, in den Sozialistischen Monatsheften 1924 Seite 364 und folgende und 680 und folgende.

Zolltarif des Jahres 1906 ausgehen und einen ernst zu nehmenden Verhandlungstarif noch immer entbehren müsse. Während die Italiener von »einem schon in Kraft stehenden Zolltarif« hätten ausgehen können, und während sie bei jeder Konzession, die sie von Österreich forderten, darauf hinweisen konnten, daß die von ihnen gewährte Gegenkonzession den Österreichern tatsächlich eine Herabsetzung der Zolllast bringen würde, hätten die österreichischen Vertreter nur immer drohen können, daß »der neue Zolltarif eine Erhöhung der Sätze bringen würde, ohne daß sie mit Bestimmtheit die Wahrheit ihrer Behauptung beweisen konnten«. So seien die »Opfer«, die Österreich bringen mußte, im Vergleich zu denen Italiens unvergleichlich schwer gewesen. Also neben den Zöllen zum nach innen gerichteten Produktions- und Marktschutz Zölle zum Verhandeln zugunsten der nach außen hin gerichteten Absatzförderung und Absatzverteidigung.

Dann kam schließlich die agrarpolitische Krönung dieser ganzen Bewegung: das Eintreten für eine von Weltmarkt und Freihandel unabhängige, auf die besonderen österreichisch-nationalen Produktionsvoraussetzungen gegründete Preissicherung für Getreide, sei es durch ein Kanitz-Jaurèssches Einfuhrmonopol, sei es durch gleitende Getreidezölle. Es sei widersinnig einen »starr« Schutz bei wechselnden Weltmarktpreisen zu gewähren; das Opfer für den Konsumenten, das an sich nicht verweigert werden solle, sei das eine Mal zu groß, wenn der freie Weltmarkt die ins Auge gefaßte Preisnorm ohnehin erreicht; das andere Mal erhalte mit dem starr auferlegten Zollopfer der Produzent immer noch zu wenig, wenn ein tiefer Sturz des Weltmarktpreises sich vollziehe: »bei sehr niedrigen Weltmarktpreisen wäre ein Schutzzoll von 2 Goldkronen [wie ihn der österreichische Regierungsentwurf vorsah] sogar zu niedrig«. Also Agrarschutz neben dem Industrieschutz, zwar in erstrebter verbesserter Form, aber unter Umständen mit noch größerem Nachdruck als die allzusehr an die altüberlieferten Formen des Protektionismus gebundene agrarische bürgerliche Handelspolitik. Und alle diese agrarischen Anregungen und Vorschläge gingen von keinem geringern als Otto Bauer aus, und ich darf, ohne im Augenblick über das Einzelmaterial zu verfügen, ohne weiteres annehmen, daß die österreichischen Arbeitervertreter mindestens dem Prinzip des Agrargleitzolls, wie er schließlich im österreichischen Zolltarifgesetz vom 5. September 1924 erscheint, zugestimmt haben.²

Die österreichische Partei steht bei uns im allgemeinen in bestem radikalen Ruf, und ich brauche dem heute nicht zu widerstreiten. Aber vielleicht nahm sie bei den erwähnten Äußerungen und Beschlüssen allzu nachgiebig Rücksicht auf vorgefundene parlamentarische Konstellationen und auf den bäuerlichen Einfluß bei demokratischen Wahlen. Dies alles ist ausge-

2) Der § 3 des österreichischen Bundesgesetzes vom 5. September 1924 lautet jetzt: »Der Zoll für Weizen, Halbfucht und Spelz beträgt bei einem Preise von 320000 Kronen bis 380000 Kronen für 100 Kilo (Ausgangspreis) 2 Goldkronen für 100 Kilo. Sinkt oder steigt der 1/3monatige Durchschnittspreis des Weizens unter oder über den Ausgangspreis, so erhöht oder vermindert sich der Zoll von 2 Goldkronen für 100 Kilo um den Betrag des Preisunterschiedes; der Zoll darf jedoch 4 Goldkronen für 100 Kilo nicht übersteigen und 0,25 Goldkronen nicht unterschreiten. . . Roggen, Gerste und Hafer unterliegen dem für Weizen geltenden Zolle.« Ähnlich soeben die Tschechoslowakei: Der Kanitz-Jaurèssche Grundpreis, dem sich der Zoll auf- und abgleitend anzupassen hat, ist hier bei Weizen auf 180 tschechische Kronen für 100 Kilo angesetzt. Nach seiner Mitteilung der Wiener Arbeiterzeitung vom 6. Juni 1925 (Agrarzölle in der Tschechoslowakei) hätten die sozialdemokratischen Minister grundsätzlich »die Notwendigkeit der landwirtschaftlichen Zölle anerkannt« und nur die vorliegenden Vorschläge (zunächst) abgelehnt. Danach wäre eine etwas zweideutige Darstellung der reichsdeutschen Arbeiterblätter zum mindesten irreführend. Genaueres später nach dem Eintreffen ausführlicherer Berichte.

schlossen in *Rußland* mit seiner "Diktatur der Proletariats", deren innern Kern ich im Augenblick gleichfalls nicht nachzuprüfen brauche. Wohlan, warum kümmern sich unsere parteigenössischen grundsätzlichen Freihändler gar nicht einmal um den überaus lehrreichen russisch-bolschewistischen Zolltarif vom 8. Januar 1924?

Er weist nicht weniger als 229 Zollpositionen auf, davon die Mehrzahl, wesentlich anders als bei uns, auf das mannigfachste untergeteilt und mit entsprechenden Zollabstufungen ausgestaltet. Das läßt schon mancherlei ahnen, und in der Tat sind die Industriezölle, entsprechend der zerrütteten Leistungsfähigkeit der russischen Produktion, die sich einst in so glänzendem Aufschwung befand, samt und sonders ungewöhnlich hoch und mitunter geradezu bis zu krassester Höhe emporgeschraubt. Ich wähle unsern Bülowtarif vom Dezember 1902 zum Vergleich, also den Gipfel des bisherigen deutschen Zollschutzes, und hebe einige der markanten Unterschiede hervor. Roheisen zahlte bei uns einen Zoll von 1 Mark pro Doppelzentner, der bolschewistische Arbeiterdiktaturtarif tut es nicht unter 2,75 Rubel (gleichfalls, wie stets im folgenden, für 100 Kilo; der Rubel nach "sowjet"-amtlicher Wertung immer gleich 2,16 Mark). Schienen aller Art zahlen bei uns 2,50 Mark, in Rußland ad majorem gloriam des proletarischen Freihandels 6 Rubel; Eisenbahngüterwagen bei uns 5 Mark (pro Doppelzentner), in Rußland 12 Rubel; Messerwaren bei uns 15 und 24 Mark, in Rußland 244 Rubel. Oder wählen wir ein anderes Produktionsgebiet: Papiermasse zahlt bei uns 3 Mark, in Rußland 3 und sogar 6 und 12 Rubel; Pappen bei uns 4 und 6 Mark, in Rußland 6, dann 8,20 und sogar 25 Rubel; Packpapier bei uns 4 Mark, in Rußland 8,50 Rubel. Nicht anders bei den Textilien. Baumwollgarne bis Nummer 32 verzollen wir als international zu brandmarkende bürgerliche Raubzollwucherer mit 6 bis 14 Mark; die Dritte Internationale fordert in ihrem Heimatsitz nicht unter 39 bis 107 Rubel (bis Nummer 30), und in noch weiterm Abstand folgen die höheren Nummern. Bei Wollgarnen setzen wir mit 2 und 3 Mark ein, und nur bei den allerwertvollsten arbeitsreichsten Kamm- und Streichgarnen klimmen wir bis zur "schwindelnden Höhe" von 24 und 27 Mark empor; das Trotzkijsche System des »sozialistischen Erziehungszolls und Prohibitionismus« belastet Wolle, gekämmt, ungefärbt, mit 61 Rubel, gefärbt mit 110 Rubel, gesponnen bis Nummer 57 mit 130 und 193 Rubel, über Nummer 57 mit 171 und 220 Rubel, gedreht bis Nummer 57 mit 162 und 210 Rubel, über Nummer 57 mit 189 und 238 Rubel.

Aber vor allem auch die bäuerlichen Volksmassen bei guter Laune und deshalb geduldiger Passivität zu halten ist eine Lebensbedingung für den Fortbestand einer so abnormen, an sich ganz parasitären Regierungs- und Verwaltungsbildung, wie sie der "Sowjetismus" seit dem Zusammenbruch des alten russischen Regierungssystems zeitweise vorstellt. Unsere hervorstechendsten Agrarzölle haben freilich keinen Sinn für ein Land, das während der großen Weltmarktsumwälzungen der letzten 2 Menschenalter periodisch an der Spitze aller getreideexportierenden Länder stehen konnte, und das heute nur bei bitterster Not gelegentlich fremdes Brotkorn herbeiholen muß. Getreide jeder Art (mit Ausnahme von Reis), Bohnen, Erbsen, Kartoffeln sind daher in Gruppe I (Lebensmittel und Tiere) zollfrei gelassen. Doch gleich darauf folgt schon Reis, geschält, mit 6 Rubel, der bei uns 4 und 6 Mark entrichtet. Frisches Gemüse ließen wir bei uns,

nach den erbitterten Kämpfen von 1901 und 1902, noch immer mit 2,50 und 4 Mark herein. Der Bolschewismus ist "ostelbischer", er verlangt 5 Rubel, für Dörrgemüse 9 Rubel, wo wir uns mit 10 Mark begnügten. Obst und Beeren jeder Art sind durchgängig mit 30 Rubel belastet, während sie bei uns in der Hauptsache teils frei teils gegen Zölle von 2,50 bis 6 Mark eingehen. Nüsse zahlen bei uns 4 Mark, in Rußland 18 Rubel; Konserven aller Art bei uns 75 Mark, in Rußland 74 Rubel; Pilze bei uns 20 Mark, in Rußland 25 und 30 Rubel; Hopfen bei uns 70 Mark, in Rußland 91 Rubel. Für Butter und Margarine finden wir im Bülowtarif 30 Mark vorgeesehen, im bolschewistischen Tarif 24½ Rubel, also gar nicht viel weniger als das Doppelte; für Käse bei uns 30 Mark, in Rußland im allgemeinen 74 Rubel und nur für Holländer Käse 55 Rubel: wahrscheinlich eine proletarisch-revolutionäre Verbeugung vor einem Land, das sich unter Umständen kapitalistisch anpumpen läßt.

Die unvergleichliche Rolle der Fischerei und der Forstwirtschaft für die russischen ländlichen Innengebiete kommt ebenfalls im vorjährigen Zolltarif zum Ausdruck. Wir lassen lebende und frische Fische, außer Karpfen, frei; in Rußland erhebt man von ihnen einen Zoll von 6 Rubel. Heringe zahlen bei uns 2 und 3 Mark, in Rußland 3 Rubel; ebenso die gekochten, gesalzenen, geräucherten Fische bei uns meist 3 Mark, in Rußland 9 Rubel; Steinbutte, Seezungen, Forellen sogar 200 Rubel. Das wichtige Feld der russischen Forstwirtschaft und der damit zusammenhängenden bäuerlich-handwerkerlichen Nebengewerbe und selbständigen Industrien bietet kein anderes Bild. Bohlen und Planken zahlen bei uns 0,50, und (Eisenbahnschwellen) 0,40 Mark, in Rußland (90 Millimeter und darüber) 0,55 Rubel; Bretter bei uns 1,25 Mark, in Rußland 0,90 Rubel und, wenn imprägniert, noch einen Zuschlag von 1,85 Rubel (bei uns nur 0,30 und 0,40 Mark); Faßdauben bei uns 0,30 und 0,40 Mark, in Rußland 5 Rubel.

Die Anpassung an die bäuerlichen Produktions- und Konkurrenzverhältnisse, also der agrarische Grundzug, prägt sich hier überall aus. Und nicht minder in der charakteristischen Durchbrechung dieses Hochschutz"systems": Ziemlich umfassend sind die für die landwirtschaftliche Produktion "wichtigen Geräte und Maschinen zollfrei geblieben. Aber im Konfliktfall ist trotzdem recht oft den industriellen oder kleingewerblichen beziehungsweise bäuerlich-nebengewerblichen Schutzinteressen der Vorrang eingeräumt. Beispielsweise zahlen landwirtschaftliche Sensen, Sicheln und Häckselschneidmesser 9 Rubel, bei uns 12 Mark; Spaten, Schaufeln, Gabeln, Hacken 18 Rubel, bei uns 4,50 Mark.

So viel über die Zollpolitik innerhalb der Zone der "Diktatur des Proletariats".

Daß die *australischen* Arbeiter, obgleich sehr energische Vertreter ihrer besonderen Klasseninteressen innerhalb ihrer besondern siedelungskolonialen Umwelt, mehr und mehr die Träger der australischen industriellen Erziehungszollpolitik wurden, ist bekannt und in den Sozialistischen Monatsheften oft genug eingehender geschildert worden.³

3) Siehe besonders *Schippe! Australische Zollpolitik und australische Arbeiter*, in den Sozialistischen Monatsheften 1908 II Seite 594 und folgende. Über die australisch-amerikanische Arbeiterzollpolitik gegen pauper labor (unwürdige Arbeitsbedingungen und daraus entstehende "Billigkeit") siehe *Schippe! Ein schutzöllnerischer Seitensprung unseres Zentralorgans*, in den Sozialistischen Monatsheften 1913 II Seite 970 und folgende.

Eine wesentlich ähnliche Lage hat die *canadischen* gewerblichen Arbeiter neben das Industriekapital bei der, um mit Friedrich List zu reden, künstlich beschleunigten Auferziehung einer heimischen nationalen Industrie gestellt. Erst kürzlich wieder spielten die Arbeiter beispielsweise der Schuhindustrie eine überaus aktive Rolle bei dem Zollkampf gegen den preisdrückenden ausländischen, in diesem Fall amerikanischen und englischen Wettbewerb.

Die vereinsstaatlich-*amerikanischen* Arbeiter haben der zollpolitischen Industrieförderung niemals ernstliche Hemmnisse bereitet. Sie haben der Zollpolitik als Kampfmittel gegen Hungerlohnkonkurrenz (*pauper labor*) sogar, in Übereinstimmung mit den australischen Arbeitern, einen eigenen klassenmäßigen Sondereinschlag verschafft. Noch bei der letzten Agrarzolleinführung und -erhöhung rühmte sich die Federation stets mit den Farmern Schulter an Schulter gekämpft zu haben.⁴

Übrigens tauchten selbst in *England*, wo die traditionelle Freihandelstheorie zunächst alles geistig beherrscht, und wo außerdem sehr reale Freihandelsinteressen viel schwerer wiegen als anderwärts, gerade unter den mehr im kontinentalen Sinn sozialistisch denkenden Arbeitern jederzeit Bestrebungen auf: agrarische Preissicherung zugunsten der heimischen Landwirtschaft zu treiben, allerdings weniger auf dem Weg des Zolls als auf dem eines Einfuhrmonopols. Noch vor einem Jahr forderte die Londoner Konferenz der Labour Party eine verminderte Abhängigkeit des englischen Volkes von der ausländischen Nahrungsmittelzufuhr und zu diesem Zweck Ankauf, Einfuhr und Lagerung von Getreide und Fleisch durch eine unabhängige öffentliche Organisation, immer zugleich mit dem einen Endziel: »dem Produzenten unerschütterte schwankungsfreie Preise zu sichern«. Eine soeben vom arbeiterparteilichen Zentralverlag herausgegebene Schrift des Abgeordneten William Wright und Arthur J. Pentys, des Gildensozialisten, spricht demgemäß von der regierungsseitigen »Schaffung fester Preisnormen«, von einer »regulierenden Gilde, die festgesetzte oder Standardpreise aufrechtzuerhalten« hätte, um die zusammengebrochene Getreideproduktion Englands wieder vorwärts und aufwärts zu bringen.⁵

So sieht in der Wirklichkeit, freilich nicht in Kongreßresolutionen und wechselseitigen Bewunderungskundgebungen, die internationale freihändlerische Übereinstimmung in der Klassenbewegung der Arbeiter der verschiedenen Länder aus.



UND die Berufung auf die Wissenschaft? Weil die jüngsten Äußerungen aus den Mitgliedskreisen des Vereins für Sozialpolitik zweifellos besondere Beachtung verdienen, so sollen die vor allem von Sering und Harms entwickelten Anschauungen hier demnächst ausführlich behandelt werden. Heute nur ein paar zusammenfassende Bemerkungen.

Vollkommen abweichend von den Preßstimmen und leider auch schon Parlamentsreden unserer Partei gestehen diese Vertreter der Wissenschaft zunächst die Berechtigung von Verhandlungszöllen, und zwar fast uneingeschränkt zu. Selbst die etwas scharf zugespitzte Stuttgarter Erklärung

4) Siehe Schippel *Überseeische Agrarkrisis und amerikanische Arbeiter*, in den Sozialistischen Monatsheften 1924 Seite 295 und folgende.

5) Siehe Wright und Penty *Agriculture and the Unemployed* /London 1925/.

»billigt« Industrie- und Agrarzölle immerhin insoweit, als sie ein »unentbehrliches und erfolgversprechendes Mittel für eine freiheitlichere Gestaltung des internationalen Verkehrs bedeuten«. Es wird hier noch eingehend zu zeigen sein, wie diese vermittelnde durchaus sachentsprechende Stellungnahme bei den Hauptwortführern in Stuttgart und in den Vereinsschriften noch viel bestimmter sich heraushebt.

Ferner haben fast alle diese Wissenschaftsvertreter geflissentlich und von neuem betont, daß für sie ein Wegfall des Agrarschutzes indiskutabel sei ohne gleichzeitigen oder vielmehr ohne vorherigen Wegfall der Industriezölle. Ganz im Gegensatz zu unseren parteigenössischen Nichts-als-Antiagrariern des sattsam bekannten alten Eugen Richterschen ABC-Buch-Typs haben sie als den zurzeit abermals wirtschaftlich am meisten bedrohten Teil unserer heimischen Produktion die Landwirtschaft anerkannt und unter solchen Umständen jeden Gedanken einer einseitigen Belastung des produktiven und persönlichen Verbrauchs der landwirtschaftlichen Betriebe und Haushalte mit allgemeinen oder doch umfassenderen Industriezöllen auf das entschiedenste zurückgewiesen. Auch die Schwererträglichkeit und die schreiende Ungerechtigkeit verschiedener staatlicher, besonders steuerpolitischer Maßnahmen gegenüber der Landwirtschaft haben sie fast immer offen zugestanden und absichtlich hervorgehoben. Das mag richtig oder falsch sein. Aber wer sich auf die Bedeutung dieser Wissenschaft fortgesetzt beruft, kann diese zweite Seite der Stellungnahme nicht wie etwas ganz Belangloses gleichzeitig glattweg ignorieren. Entweder, oder. Von einer Auseinandersetzung nach dieser zweiten Richtung war jedoch bisher in der Partei nicht das geringste zu spüren. Und da auf unser übliches summarisches Versichern: der Landwirtschaft müsse im Notfall in anderer und viel wirkungsvollerer Weise als durch Zölle geholfen werden, seit jeher niemals eine ernstliche agrarpolitische Tat gefolgt ist, so kann man es den ländlichen Massen wahrlich nicht übelnehmen, wenn sie sich lieber weiter an die schutzzöllnerische Gegenpartei halten. Da sehen sie doch wenigstens, wo und wie.

DIE Scheu vor einer ruhigen Abwägung der schwebenden Zollfragen entspringt vielfach nur einer an sich ganz berechtigten Abneigung: zwischen den zersplitterten, in ihrer grundlegenden wirtschaftlichen Struktur so gleichartigen Staaten des europäischen Kontinents die selben Abwehr- und Entwicklungsmaßnahmen zu treffen, die in erster Linie gegen wesentlich andersartige Industrie- und Agrarentwicklungen sich kehren sollten. Das alte, so oft eingesargte Problem reckt sich hier immer wieder zu neuem Leben auf: Brauchen die kontinentaleuropäischen Staaten unter sich und gegen sich die gleiche wirtschaftliche Rüstung, die sie gegenüber einer extensiven überseeischen Agrarproduktion und gegenüber einer reiferen, auf viel ausgedehnteren, imperialeinheitlichen Absatzgrundlagen fußenden Industrie nicht entbehren zu können glauben?

Auch die Handelspolitik weist schließlich, wie alle unsere tiefsten zukunftsgestaltenden Interessen auf das eine Grundproblem hin: die Befriedung und Annäherung der kontinentaleuropäischen Staaten unter sich. In gleichem Schritt mit der Förderung dieses Ziels wird zweifellos eine Menge der heutigen zollpolitischen Lasten und Opfer von uns fallen können.



LUDWIG QUESSEL · ENTWAFFNUNGSNOTE UND SICHERHEITSPAKT



WIE vorauszusehen war, deckt sich die Note der Botschafterkonferenz über die Verfehlungen Deutschlands bei der Erfüllung der Abrüstungsbedingungen des Versailler Friedensvertrags, die in der feierlichen Form einer Kollektivdemonstration der alliierten Botschafter der deutschen Regierung am 4. Juni überreicht wurde, inhaltlich in allen wesentlichen Punkten mit den heftigen Anklagen, die die britischen Militärsachverständigen in Reden und Schriften gegen die geheimen Rüstungen Deutschlands erhoben haben. Wer den suggestiv geführten englischen Feldzug gegen die geheimen Rüstungen Deutschlands in allen seinen Phasen verfolgt hat, kann in der Note der Botschafterkonferenz nichts anderes sehen als ein Dokument der britischen Balance of power-Doktrin, deren unverrückbares Ziel es ist Europa in 2 feindliche Heerlager zu spalten. Alles, was britische Militärs in der englischen und französischen Öffentlichkeit über die geheimen Kriegsvorbereitungen Deutschlands vorgetragen haben, kommt in ihr zum Ausdruck. Die Wiederherstellung des Großen Generalstabs in anderer Form, die der jüngst verstorbene Oberst Repington in einer Darstellung schilderte, die geschickt darauf angelegt war die französische Öffentlichkeit zu alarmieren, wird Deutschland in der Note als eine Verletzung des Artikels 160 des Friedensvertrags vorgehalten. Die Rekrutierung und Instruktion von Zeitfreiwilligen, die unter englischem Einfluß das Kabinett Cuno während des Ruhrkriegs in einem Umfang vornahm, daß darüber die republikanische Staatsform in Gefahr geriet (Aufstand der Zeitfreiwilligen in Küstrin am 2. Oktober 1923), wird in der Note beziehungsweise in deren Annexen ausführlich als ein schwerer Verstoß gegen den Artikel 174 des Friedensvertrags abgehandelt. Natürlich nehmen auch die Militarisation der Schutzpolizei und die legislativ und administrativ unvollständig durchgeführte Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht, über die der englische General Morgan ausführlich geschrieben und schließlich auch in Paris Vorträge gehalten hat, einen breiten Raum in der Note ein. Sie werden Deutschland als Verstöße gegen die Artikel 162 und 211 des Friedensvertrags vorgehalten. Aber auch das Bestreben der britischen Rüstungsindustrie die deutsche Waffenfabrikation mit der Wurzel auszurotten, um im kommenden Kontinentalkrieg konkurrenzlos als der große Waffenlieferant der antifranzösischen Koalition auftreten zu können, findet in der Note gebührende Berücksichtigung. Der britische Spürsinn, den wir bei dem Wirtschaftskrieg, den England von 1914 bis 1920 gegen uns führte, hinreichend bewundern konnten, feiert hier Triumphe. Wo auch nur Überreste von Produktionsanlagen vorhanden sind, die früher Rüstungszwecken dienten, werden diese uns als eine Verletzung des Artikels 168 vorgeführt, und es wird von uns ihre Zerstörung gefordert. Nichts ist den scharfen Blicken der britischen Konkurrenz entgangen. Auch die in Deutschland vorhandenen Vorräte an Kriegs- und Ausrüstungsmaterial sind der britischen Rüstungsindustrie viel zu groß. Die Forderung der britischen Militärsachverständigen auf Herabsetzung dieser Bestände wird uns in der Note unter Bezugnahme auf die Artikel 164 und 169 des Friedensvertrags vorgetragen. England will zwar den deutschen Nationalismus im nächsten Kontinentalkrieg als Leitpfad an den Wagen der Balance of power-Doktrin spannen; als

Kutscher soll aber nicht die deutsche, sondern die britische Rüstungsindustrie fungieren. Durch die von London aus geleitete systematische Aufpeitschung der französischen Befürchtungen vor geheimen deutschen Kriegsvorbereitungen hat es England erreicht, daß alle Forderungen seiner militärischen Sachverständigen in der Entwaffnungsnote Berücksichtigung gefunden haben. Die Annexe der Entwaffnungsnote, in denen die Verfehlungen Deutschlands nachgewiesen werden, lesen sich wie eine Zusammenstellung der Artikel und Reden, die von den britischen Sachverständigen über diesen Gegenstand geschrieben beziehungsweise gehalten worden sind. Nur in einem Punkt ist ein Unterschied zu konstatieren: Der Ton, in dem die Verfehlungen Deutschlands in der Note und ihren Anhängen vorgetragen werden, hat nichts von der verletzenden Schärfe, die die britischen Anklagen kennzeichnen. Nach den Angaben französischer Zeitungen, die vom Quai d'Orsay inspiriert werden, ist der auch von der nationalistischen Presse Deutschlands anerkannte Ton der Achtung und Höflichkeit, der der Note der Botschafterkonferenz eigen ist, das Werk Frankreichs. Es liegt kein Grund vor an dieser Angabe zu zweifeln. Im Wesen einer Politik, die die Balance of power-Doktrin vertritt, liegt ein versöhnlicher Ton gewiß nicht. Wenn auch angesichts der Aufstachelung der öffentlichen Meinung Frankreichs von London aus die französische Regierung sich dem britischen Wunsch die deutsche Rüstungsindustrie bis auf ihre letzten Wurzeln auszurotten nicht widersetzte, so ließ sie sich doch nicht dazu bestimmen einer Fassung der englischen Wünsche zuzustimmen, die das deutsche Nationalgefühl verletzen konnte. Man kann daher die Verwunderung des Temps darüber, daß in Deutschland »die Mäßigung der Note und der wahrhaft hochsinnige Geist, in dem sie redigiert worden ist,« so wenig bemerkt worden ist, gut verstehen. Würde die auswärtige Politik Deutschlands von Gesichtspunkten aus geführt, die Deutschlands Zukunft sichern, so müßten, unter Umgehung Englands als der friedensfeindlichen Macht Europas, direkte Verhandlungen mit Paris über die Entwaffnungsforderungen das Gebot der Stunde sein. Da sich die deutsche Politik aber nach wie vor im Schlepptau der Balance of power-Politik befindet, so wird England menschlicher Voraussicht nach bei der Entwaffnung Deutschlands alles durchsetzen, was seine Rüstungsindustrie verlangt.

Zur selben Stunde, da es England gelungen war (dank der starken Beeinflussung der öffentlichen Meinung Frankreichs durch britische Agenten, die teils in militaristischer, teils in pazifistischer Mundart, immer aber im Geist der Balance of power-Doktrin, die geheimen Rüstungen Deutschlands als große Gefahr für den europäischen Frieden hinstellten, an dem das französische Volk mit allen Fasern seines Herzens hängt) seine Interessen in der Entwaffnungsnote zur Geltung zu bringen, ließ das Foreign Office dem Quai d'Orsay auch sein Memorandum über den ihm zur Gegenäußerung unterbreiteten Entwurf einer Antwort Frankreichs auf das deutsche Sicherheitsangebot zugehen. Zugleich wurde von London aus die Nachricht lanciert, daß Großbritanniens Außenminister bereit sei mit dem Leiter der auswärtigen Politik Frankreichs bei Genf zusammenzutreffen, um eine definitive Einigung über die Antwort Frankreichs auf das deutsche Sicherheitsangebot herbeizuführen. Die Unterredung Austen Chamberlains mit Aristide Briand fand am 7. Juni in Ouchy bei Genf statt. Über das Ergebnis dieser Sonntagsausprache veröffentlichte am nächsten Tag die Agentur Havas einen Be-

richt, der für das im Fahrwasser der Balance of power-Doktrin segelnde Deutschland eine peinliche Überraschung, für jeden kontinentaleuropäisch denkenden Deutschen aber eine Selbstverständlichkeit war. Nur naive Schwärmerseelen konnten annehmen, daß das amtliche England sich von der territorialen Neuordnung Europas lossagen werde. Elsaß-Lothringen, der polnische Korridor, Ostoberschlesien und Österreich noch dazu werden den deutschen Verfechtern der Balance of power-Doktrin als Preis eines Kontinentalkriegs nur von der englischen Presse in Aussicht gestellt. Das amtliche England spricht über diese Dinge anders. In Ouchy konnte Chamberlain dem Kabinett Painlevé die Mitteilung machen, daß das Kabinett Baldwin den »formellen Beschluß« gefaßt habe »die Rheingrenze, so wie sie der Versailler Vertrag festgelegt habe, zu verbürgen und jede Verletzung der territorialen und militärischen Bestimmungen, die die Rheingrenze garantieren, als casus belli zu betrachten«. Ein Deutschland also, das seine Hand nach Elsaß-Lothringen ausstreckt, erklärt damit England den Krieg. Wie aber steht es mit dem polnischen Korridor und Ostoberschlesien? Hierzu erklärte Chamberlain in Ouchy »ausdrücklich«, daß Großbritannien »der Stipulierung des Versailler Vertrags treu bleibe«. Auf die Probe gestellt, konnte das amtliche England eine andere Erklärung auch gar nicht abgeben, weil es sonst bei mindestens 20 unter den 27 Staaten Kontinentaleuropas jeden Kredit verlöre. Sieht man von Rußland ab, so stehen von den 300 Millionen Europäern rund 200 Millionen hinter dem neuen Europa, das die Friedensverträge geschaffen haben. Bei dem gesunden Sinn der Engländer für things and facts wäre jedes Kabinett in England gerichtet, das dieser Tatsache nicht Rechnung trüge. Daher das Treuegelöbnis, das England dem neuen Europa ablegt: London will den neuen Grenzen Europas auch im Osten treu bleiben, kein Angriff soll gegen sie von den britischen Inseln ausgehen. Aber England will für sie nicht fechten. Ein casus belli ist eine Verletzung der östlichen Grenzen für England nicht. England überläßt den Schutz der Ostgrenzen des Versailler Vertrags der »Völkerbundssatzung«. Demgemäß erklärt England, »daß Frankreich in dem Fall, in dem seine Alliierten das Opfer eines nicht provozierten Angriffes würden, berechtigt sei sich der entmilitarisierten Rheinlandzone als Operationsfeld zu bedienen, um seinen angegriffenen Alliierten zu Hilfe zu eilen«. Hier wird von neuem bestätigt, daß Rhein und Weichsel in einer Schicksalsgemeinschaft leben. Wer den Frieden an der Weichsel stört, verhängt damit den Kriegszustand über den Rhein. Natürlich darf der Rhein zum »Operationsfeld« eines Krieges im Osten nur dann gemacht werden, wenn Frankreich hierfür ein Mandat des Völkerbundes erhalten hat. Der Marsch durch Deutschland kann nicht einseitig von Frankreich vorgenommen werden sondern bedarf der Autorisierung des Völkerbundes. Ein anderes Durchmarschrecht als das vom Völkerbund autorisierte zu erstreben liegt der französischen Demokratie auch völlig fern. Sie will ein Durchmarschrecht als Drohung und Waffe gegen diejenigen, die bereit scheinen den Lockungen des nichtamtlichen Englands auf gewaltsame Revision der Ostgrenzen Folge zu leisten.

Sehr weit weicht das amtliche England, das Austen Chamberlain in Ouchy vertrat, auch in der Völkerbundsfrage von dem nichtamtlichen ab. Der britische Außenminister erklärte, »die Regierungen von Paris und London seien dahin übereingekommen, daß die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund erst in dem Augenblick erfolgen könne, in dem der Sicherheitspakt vollkom-

men den zwischen den beiden Regierungen festgelegten Bestimmungen entspreche«. Der Abschluß des Sicherheitspakts, den England als die Voraussetzung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund hinstellt, ist als ein Pakt zu vieren gedacht. Er soll England, Frankreich, Belgien und Deutschland umfassen. Auf die Einbeziehung Italiens ist verzichtet worden, weil man ihm nicht gut zumuten kann im Ernstfall für die Erhaltung der territorialen Neuordnung am Rhein mit den Waffen einzutreten.

So sieht in ihren Grundzügen die englisch-französische Verständigung in Sachen des deutschen Sicherheitsangebots aus. Jeder deutsche Politiker, mag er wie auch immer orientiert sein, wird gut daran tun diese Sachlage klar zu erkennen und sich nicht dadurch irreführen zu lassen, daß die deutschen Verfechter der Balance of power-Doktrin die französischen Mitteilungen (wie bisher stets, ganz unberechtigt) anzweifeln. Der britische Pressefeldzug, der geführt wurde, um das Ergebnis der Sonntagsaussprache in Ouchy möglichst abzuschwächen, war vorauszusehen. Das ist die alte, ungezählte Male erprobte Methode, die die Organe dieses politischen Volkes, ohne jede Verabredung, geleitet von dem Instinkt des Nationalinteresses, anwenden, um diejenige Macht des Kontinents, deren sich England zu seinen Zwecken bedienen will, bei der Stange zu halten. Wo England wirklich steht, darf erst klar werden, wenn der Kontinent schon in Flammen steht. Deshalb gelobt das amtliche England dem Werk von Versailles Treue, während das nichtamtliche England Deutschland aufruft seine Aktivität zu einer gewaltsamen Revision seiner östlichen Grenzen zu entfalten. Es ist immer das selbe Spiel. Im Jahr 1914 legte England mit Deutschland in geheimen Verhandlungen die Grenzen eines großen deutschen Kolonialreichs fest, während es gleichzeitig Militärbündnisse abschloß, um durch einen Krieg gegen Deutschland sein großes imperialistisches Ziel Kap-Kairo-Kalkutta zu erreichen, wozu die Annexion Deutsch Ostafrikas die Voraussetzung war. Die Lehren der europäischen Geschichte über die Methoden der Balance of power-Politik sind eindrucksvoll und eindeutig. In Frankreich gibt man sich auch über den Wert der englischen Freundschaft keinen Illusionen mehr hin. Die Finanzierung des Krieges der Rifkabylen durch Sir Basil Sacharow, hinter dem angelsächsische Finanzmächte stehen, sowie die letzten von London ausgehenden Versuche einen neuen Frankensturz herbeizuführen haben nach Herriots Abtritt auch die französische Linke darüber aufgeklärt, wie sich England zu Frankreich in Wirklichkeit stellt. Bis aber die deutsche Linke erkennen wird, wie sich England zu Deutschland stellt, wird noch viel Zeit vergehen. Kein Wunder, da der europäische Gedanke in Deutschland kaum Wurzel gefaßt hat, jeder Keim von den deutschen Anglo-manen mit ängstlicher Sorgfalt ausgerissen wird. Und trotzdem wird Deutschland, wenn nicht durch eigene Einsicht, so durch die tatsächlichen Machtverhältnisse im neuen Europa, zu einer Verständigung mit Frankreich gezwungen und dadurch (freilich erst dadurch) der englischen Vormundschaft entwunden werden. Mag man in deutschen Zeitungen noch so viel von französischen "Niederlagen" phantasieren, am Ende ist die Wirklichkeit doch mächtiger als die englische Berichterstattung. Und diese Wirklichkeit wird auch der deutschen Linken zeigen, daß das deutsche Volk keine andere Zukunft hat als die: schaffendes Glied des Vereinigten europäischen Kontinents zu sein.



FELIX STÖSSINGER · FÜR DEN ANSCHLUSS DEUTSCH ÖSTERREICHS



M 9. und 10. Mai fand in Bukarest eine Konferenz der Kleinen Entente statt, die zu verschiedenen aktuellen ost- und mitteleuropäischen Problemen Stellung nahm. Einmütig im Entschluß keine Veränderung der Friedensverträge zuzulassen erledigte sie alle ihr vorliegenden Fragen im Sinn der Aufrechterhaltung der Verträge. Darum widersprach sie mit besonderer Schärfe dem Anschluß Deutsch Österreichs an Deutschland. Darüber hinaus gab Benesch noch Presseerklärungen ab, die die Anschlußbewegung nicht als Postulat des Selbstbestimmungswillens sondern als Auswirkung einer Art deutscher Machtpolitik hinstellten. Inhalt und Ton dieser Erklärungen haben in Deutschland, noch viel mehr aber in Österreich, im Gegensatz zu den lange üblichen leeren Protestklagen, wirkliche Entrüstung hervorgerufen. Wurde doch hier das Grundrecht des modernen Völkerlebens, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, jenes Prinzip, in dessen Namen Krieg gegen Deutschland geführt worden war (die Angelsachsen hatten es freilich nur benutzt, um Europa zu balkanisieren und seine Produktionsfähigkeit einzuzengen), von eben den Staaten verleugnet, ja einfach ignoriert, die im Kampf um dieses Recht entstanden waren.

Die Aufteilung der Österreichisch-Ungarischen Monarchie in selbständige Nationalstaaten war ein Kriegsziel der Entente, um dem preußisch-kleindeutschen Imperialismus die Macht zu entreißen, die er mittels der deutschen Minderheit Österreichs über eine slawische Mehrheit ausübte. Als eine Barriere zwischen Deutschland und Rußland, Deutschland und dem Balkan sollten die neuen Staaten aufgerichtet werden. Niemals war sich aber die Entente darüber im unklaren, daß bei der Aufteilung der Monarchie ein peinlicher Rest von 7 Millionen Deutschen übrigbliebe, der über kurz oder lang zu Deutschland stoßen würde. Es gab, wie Th. G. Masaryk in seinem, 1917 zur Aufklärung der tschechoslowakischen Legionäre geschriebenen Neuen Europa ausführte, bei der Entente "Austrophile", die tatsächlich schon damals, aus Furcht vor einem kommenden Anschluß Deutsch Österreichs an Deutschland, vor der Aufteilung der Monarchie zurückwichen. Aber gerade die tschechische Propaganda, deren Einfluß auf die Kriegspolitik der Entente von niemandem bestritten wird, redete der Entente die Furcht vor dem Anschluß Deutsch Österreichs an Deutschland gründlich aus, so daß Politiker wie Hervé öffentlich die Vereinigung Deutsch Österreichs mit Deutschland als selbstverständliche nationale Forderung für die Neugestaltung Europas anerkannten. Gewiß, auch für Masaryk war dieser Anschluß keine Idee, für die er direkt warb. Er kämpfte ja schließlich gegen, nicht für Deutschland. Den Deutschen eine neue Provinz anzubieten, auf die sie bei ihrem schwachen Nationalgefühl noch keinen Anspruch erhoben, war nicht seine Aufgabe. Daher sah er in seinem politischen Plan des neuen Europas, der in Wahrheit fast genau dem in Versailles geschaffenen entspricht, zunächst ein unabhängiges Österreich vor. Niemals kommt es aber Masaryk in diesem grundlegenden Buch in den Sinn den Anschluß, wenn er einmal kommen sollte, verbieten zu wollen. Ausdrücklich erklärt er: »Das Nationalitätenprinzip, das die Verbündeten proklamiert haben, gilt auch für die Deutschen.« Sogar gegen den Anschluß eines habsburgischen Deutsch

Österreichs (samt einem nordböhmischem, rein deutschen Minoritätenbezirk) als Bundesstaat des Hohenzollernreichs hatte Masaryk nichts einzuwenden. In jedem Fall wollte ihm der Anschluß Deutsch Österreichs an Deutschland als sinnfälliges Symbol der tatsächlich abgeschlossenen Geschichtsperiode erscheinen, in der Deutschland durch die deutschösterreichische Minderheit über die Ost- und Südslawen gebot. Um so erstaunlicher, daß der Anschluß heute seinen Hauptfeind in der Kleinen Entente, besonders in der Tschechoslowakei, hat und unter vollständiger Ignorierung eines unantastbaren Selbstbestimmungsrechts, ohne Widerspruch in der Welt zu finden, reichlich wegwerfend als "Imperialismus" behandelt wird.

Jenes Völkergewissen, das für das nationale Selbstbestimmungsrecht so vieler kleiner Völker geschlagen hat, hat für die Deutschen noch nicht laut Partei ergriffen. Tschechen, Slowaken, Jugoslawen, Polen, Ungarn, Rumänen, Ruthenen, Mazedonier, Griechen, Italiener, Elsässer, Iren, Ägypter, Inder, Neger: sie alle fanden und finden für das Leid nationaler Unterdrückung das Herz der Welt. Deutsche? Noch nicht ihr Ohr. Und warum? Vielleicht, weil die deutsche auswärtige Politik als Ganzes keine Liebe bei den anderen Völkern für sich zu erwecken weiß, 7 Jahre nach einer beispiellosen Niederlage erscheint Deutschland noch immer als Bedrohung des europäischen Kontinents. Als willensloser Gefolgsstaat Englands, darum auch mit dem russischen Bolschewismus liebäugelnd, hat sich Deutschland nach Ansicht der Welt mutwillig im Reparationskrieg ruiniert und Europa in diesen Ruin mithineinzureißen versucht. Jahre hindurch hat es sich von England als Opferschaustück von Konferenz zu Konferenz ausstellen lassen, hat es sich, durch seine Stellung gegen Frankreich, von den neuen Staaten Europas isoliert, und kaum daß es sich von der Inflation ein wenig erholt hat, scheint es gar eine aggressive Außenpolitik gegen seine östlichen Nachbarn vorzubereiten. Es ist unvermeidlich, daß eine solche Politik, die Europa nicht zur Ruhe kommen läßt, den Kontinent gegen Deutschland enig erhält, und daß deswegen selbst die allergerechteste Forderung, eben die Forderung des Anschlusses Deutsch Österreichs, im Zusammenhang einer als gefährlich, antieuropäisch empfundenen Politik niemals von Deutschlands Nachbarn erfüllt werden wird. Wie das Sicherheitsangebot an Frankreich als ein Versuch Deutschlands angesehen wurde sich durch einen Gottesfrieden am Rhein den Rücken für einen Angriff gegen Polen freizumachen, so erscheint die gleichzeitig besonders rege betriebene Anschlußpropaganda als ein Ausfall gegen die Tschechoslowakei, als Parallelaktion zu den anderen antipolnischen Plänen, als politisch strategischer Umfassungsversuch. In diesem Zusammenhang bekommt die Anschlußforderung Deutschlands in den Augen des Auslands den Charakter eines Mißbrauchs demokratischer Ideen zu "imperialistischen" Zwecken, was noch dadurch verschlimmert wird, daß man eine eigentlich leidenschaftliche Sehnsucht des deutschen Volkes sich mit Deutsch Österreich zu vereinigen nicht spürt. Für die Auswirkung der Anschlußidee ist das alles von weittragender, unseren Politikern freilich meist ganz unbekannter Bedeutung.

Den unbeugsamen Willen der beiden getrennten deutschen Volksteile darf kein Mißerfolg brechen. Deutschland muß aber erkennen, daß seine angelsächsische Orientierung von Europa als eine dauernde Bedrohung aufgefaßt wird, und dies jeden, auch den allergeringsten Erfolg ausschließt; daß es als Trabant Englands vielleicht die eben wieder angebotenen portugiesischen

Kolonieen im Mond bekommen kann, niemals aber auf die Erfüllung des kleinsten Anspruchs, des absolut berechtigten, rechnen kann, dessen Einlösung Frankreich in Händen hat. Denn es ist klar und unbestreitbar, daß der Anschluß Deutsch Österreichs in erster Linie von der Kleinen Entente, das heißt von Frankreich, abhängt. Die Bukarester Konferenz hat das eben wieder bewiesen. Ihr Veto dürfte diktatorisch sein, weil es außerhalb Frankreichs niemanden gibt, der es umstoßen könnte, und Frankreich für keinen Anschluß an ein Deutschland zu haben ist, das im denkbar ungeeignetsten Augenblick an seinen Ostgrenzen rüttelt.

Ein Recht ist in der Welt nicht aus seiner eigenen ideologischen Dynamik heraus erfüllbar. Es braucht Macht. Wie es aber eine Politik gibt, nämlich die englisch-antieuropäische, die diese Rechtsforderung dem Ausland bedenklich erscheinen läßt, so gibt es eine Politik, die durch ihren positiven, das ganze Europa fördernden Charakter dieses Recht unterstützt. Das ist die Politik, die eine deutsch-französische Wirtschaftskooperation zum Aufbau Europas anstrebt. Ein geeinigter Kontinent hebt seine inneren Differenzen von selbst auf. Daher kann sich der Anschluß Deutsch Österreichs an Deutschland nur im Rahmen der Kontinentalpolitik vollziehen. Deutschland kann Deutsch Österreich nur in Paris erhalten. Das ist die außenpolitische Formel für die Anschlußforderung. Es ist nicht anzunehmen, daß unsere anglophilen Wahnpolitiker diesen Grundsatz für den Anschluß akzeptieren werden. Selbstverständlich kann nicht Österreich in Paris, alles andere in London geholt werden. Aber eines müssen wohl auch sie zugeben: daß die Sozialistischen Monatshefte in der Frage des Anschlusses eine gewisse Erfahrung besitzen. Waren sie doch nicht nur die ersten in Deutschland, die den Anschluß Deutsch Österreichs an Deutschland gefordert, sondern auch diejenigen, die den direkten Weg zu seiner Durchführung im Jahr 1918 gewiesen haben. Daran muß jetzt erinnert werden. Nicht um eines Prioritätsanspruchs willen, auf den hier nie Wert gelegt wurde. Es ist in den letzten 25 Jahren inner- und außerhalb Deutschlands genügend zur Tat geworden, was zuerst und lange allein in den Sozialistischen Monatsheften gefordert worden ist. Niemals kam es hier auf etwas anderes an als darauf, daß etwas, daß das Richtige geschehe, gleichviel durch wen. Das gilt natürlich auch für die Frage des Anschlusses Deutsch Österreichs. Da dieser aber 1918 daran gescheitert ist, daß er nicht in der hier geforderten Weise vollzogen wurde, muß doch mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß er heute genau so wie damals einen Teil der Europa aufbauenden Kontinentalpolitik bildet. Und daß jeder Versuch den Anschluß mit englischen Versprechungen gegen Frankreich durchzuführen zum Scheitern verurteilt ist.

Der Anschluß Deutsch Österreichs war die Aufgabe einer gesamtdeutschen Konstituante, deren Zusammentritt zuerst hier im Oktober 1918 verlangt wurde. Der Anschluß wurde als eine aus dem Ideenkreis der Sozialistischen Monatshefte sich zwingend ergebende Folgerung von denen, die diesem Ideenkreis anhängen, hier und an anderen Stätten ihrer Wirksamkeit gefordert und angestrebt. Mit der Stunde, da aus der militärischen Niederlage der Mittelmächte die nationalen Revolutionen staatenbildend hervorstiegen, war auch die Stunde für die nationale Revolution der Deutschen, für die Umwandlung des dynastischen Kleindeutschlands von 1871 zu einem republikanischen Großdeutschland gekommen. Deutschland sollte, so wurde hier ohne Unterlaß gefordert, aus seinen Stämmen und Wirtschaftsprovinzen

heraus sich zu einem neuen Staat formen und den Zusammenschluß mit Deutsch Österreich durch Aufnahme seiner Vertreter in die Konstituante vollziehen, zugleich aber die Loslösung Elsaß-Lothringens, dem die Revolution das Recht zugestehen hatte der Konstituante fernzubleiben und über sein weiteres Schicksal allein zu bestimmen. Keine Macht der Erde hätte in diesem Augenblick, da es in Europa nur eine schöpferische Macht gab, nämlich die nationale Revolution, Deutschland an einer solchen Gestaltung seines Schicksals hindern, den Anschluß ungültig machen, gar die vereinigte österreichisch-deutsche Konstituante in diesen Wochen der Begeisterung für Demokratie und Selbstbestimmung sprengen können. Wer hätte das aber auch nur planen sollen, da diese Konstituante durch den Zusammenschluß Deutschlands mit Deutsch Österreich und die Rückkehr der französisch fühlenden Elsässer und Lothringer nach Frankreich einen wirklichen, einen revolutionären Frieden aus sich heraus bedeutet hätte? Den Zusammenbruch als wirkliche Beendigung des Krieges und als wirklichen Anfang des Friedens hätte eine solche Konstituante gekrönt.

Wir begreifen, warum es nicht dazu gekommen ist, ohne die Unterlassungen von damals damit zu entschuldigen. Die deutschen Volkskräfte waren für diese Politik schlecht vorbereitet. Die österreichischen Deutschen fühlten sich nicht kraftvoll als Nation und ließen Quertreibereien der Industriellen und des monarchistischen Klerus gegen den Anschluß ungestraft geschehen. Diese Deutschbürgerlichen Österreichs, die eben noch, als das Habsburgerreich schon auseinanderfiel, auf eine austropolnische Lösung sinnend, von weiterer Herrschaft über die Slawen geträumt hatten; diese Deutschen des Reichs, deren Nationalbewußtsein nur als Militärmusik zur Politik von Blut und Eisen oder als Exportartikel für Randstaaten, die dessen gar nicht bedurften, oder für Irland, Belgien, Indien, existierte (wie sie ja auch schon 1866 das nationale Selbstbestimmungsrecht den Italienern verschafften, den Tschechen versprochen, aber sich selbst vorenthielten oder rauben ließen): dieses Volk erwachte selbst in dieser Stunde nicht zum demokratischen Bewußtsein eine Nation zu sein, die 1866 zerrissen worden war. Für den Reichsdeutschen blieb der Österreicher etwas Untergeordnetes, und im Österreicher ließen diese Neudeutschen kein Zugehörigkeitsgefühl aufkommen. Der frühere Deutschösterreicher, besonders der Wiener, war eine Amalgamierung aller Völker Österreichs, und er fühlte sich dem Prager oder Budapester stammverwandter als dem Berliner. Und die Sozialdemokratie? Die Hoffnungen der Marx, Engels, Lassalle, Liebknecht, Bebel auf eine großdeutsche Demokratie waren zu Zitaten erstarrt. Als die österreichische "Linke" im April 1918 ein Nationalitätenprogramm mit der Konstituierung Deutsch Österreichs auf Grund seines Selbstbestimmungsrechts herausgab, wurde dieses Programm von führenden Parteigenossen bekämpft, von der Parteimasse vollständig ignoriert.

Man kann uns gewiß nicht vorwerfen, daß wir die Schwierigkeiten und die Widerstände in der Anschlußfrage unterschätzen. Und trotzdem. So kraftvoll natürlich stand die Idee vor allen da, daß ihre Verwirklichung dennoch gesucht wurde. Aber wie? Zur Annahme der von den Sozialistischen Monatsheften erhobenen Forderung einer *gesamtdeutschen* Konstituante fehlte der Mut. Es lag wahrlich nicht an dem Programm, daß es scheiterte, sondern an der Halbheit der Durchführung. Von der Idee einer gemeinsamen, den Anschluß proklamierenden Nationalversammlung blieb in dem Gesetz

zur Deutschen Nationalversammlung ein armseliger Paragraph übrig, der den Österreichern, die in Deutschland lebten, das Wahlrecht verlieh. Die österreichische Konstituante proklamierte den Anschluß an Deutschland; aber die Österreicher wagten es nicht sich nach Weimar zu begeben und sich durch keine Macht der Erde von dort entfernen zu lassen. Dafür begannen "Verhandlungen" von Minister zu Minister. Das Markten um belanglose Vorteile, zum Beispiel um den Zinsendienst der österreichischen Kriegsanleihe, bedeutete das Versumpfen der Bewegung, nachdem das Echo des deutschösterreichischen Anschlußwillens in Deutschland fast unhörbar geblieben war. Die erste Versammlung, die den Anschluß forderte und aus deren Einberufen der deutsch-österreichische Volksbund hervorgegangen ist, kam auf eine Anregung des Verfassers dieses Aufsatzes in Berlin zusammen und endete in einem (höchst inopportunen) Opportunismus, der den Anschluß von Kabinettsbeschlüssen erwartete. Die Regierung glaubte sich darum ängstigen zu sollen, Deutschland könnte außer dem Elsaß noch das Rheinland verlieren; als ob zwischen diesen beiden Ländern, von denen das eine ebenso offen und unbedingt nach Frankreich strebte wie das andere ganz selbstverständlich deutsch bleiben wollte, ein Zusammenhang bestünde und im Augenblick nationaler Revolutionen, als das Elsaß sich stürmisch mit Frankreich, von dem es vor 47 Jahren gegen den Willen der Bevölkerung getrennt worden war, wieder vereinigte, nun eine gewaltsame Losreißung des Rheinlands, das mit seinem ganzen Wesen an Deutschland hing und hängt, möglich gewesen wäre.

Nachdem Deutschland vom Tag des Waffenstillstandes an zu einer Politik der Anlehnung an England und, unter englischem Einfluß, der Verhetzung Frankreichs übergegangen war, entstand als Ergebnis einer nun verschärft gegen Deutschland gerichteten Sicherheitspolitik der Artikel 80 des Friedensvertrages, der ein Anschlußverbot enthält. Selbst in dem Friedensvertrag von Saint-Germain, den man Österreich 1919 vorlegte, fand sich, wie Otto Bauer in einer Rede am 29. Juli 1919 hervorhob, kein förmliches Anschlußverbot, woraus Bauer damals noch die Folgerung zog, daß es wirklich im Dezember 1918 oder Januar 1919 möglich gewesen wäre die Welt vor die vollzogene Tatsache des Anschlusses zu stellen. Selbstverständlich wäre dies Otto Bauer als Leiter des Staatsamts des Äußern möglich gewesen, wenn gerade er den Mut gefunden hätte die Vereinigung der Konstituanten durchzusetzen. Da er ihn nicht hatte, trägt er einen beträchtlichen Teil der Schuld daran, daß der Anschluß damals unterblieb. Aber selbst der Artikel 80 des Friedensvertrags von Versailles spricht das Anschlußverbot mit auffälliger Bedingtheit aus. Obwohl nämlich sämtliche Bedingungen des Vertrags nach dem Artikel 19 des Völkerbundpakts revisionsfähig sind, wird die Bedingtheit des Anschlußverbots im Artikel 80 noch einmal ausdrücklich festgestellt. Die Unabhängigkeit Österreichs ist, wie es dort heißt, »mit Zustimmung des Rates des Völkerbundes« abänderlich.

Wie die vollendete Tatsache des Anschlusses den Anschluß geschaffen hätte, so bedeutet die vollendete Tatsache des vorläufigen Anschlußverbots zunächst eine Festlegung der Entente. Nachdem dies nicht vermieden worden ist, kann natürlich nicht erwartet werden, daß eine solche Bestimmung im Handumdrehen wieder aufgehoben wird. Ein leidenschaftlicher Kampf der Deutschen des Reichs und Österreichs um ihr Recht hätte als moralische Macht dahin gewirkt. Leider war von einem solchen Kampf nichts zu mer-

ken. Nichts geschah, nicht einmal durch private Initiative, um die getrennten Volksteile einander kulturell, etwa durch wechselseitig organisierte Massenbesuche näherzubringen und so den Anschluß vorzubereiten. Der Österreicher blieb für den Deutschen ein Ausländer und bekam und bekommt es oft deutlich zu spüren. Er mußte wie jeder andere Ausländer angemeldet werden, und er kann heute noch nicht ohne besondere an den Tag gebundene Erlaubnis nach Deutschland, auch wenn es seit Jahrzehnten seine Wahlheimat ist, zurückkehren. Eine Einbürgerung ist ebenso schwer durchführbar wie vor 1914, wo man sich auch zur Einbürgerung von Österreichern in manchen Bundesstaaten gar nicht, in anderen nur ungern entschloß. Statt um Deutsch Österreich zu kämpfen, war Deutschland damit beschäftigt auf englische Weisung Frankreich und nebenbei die neuen Nationalstaaten politisch zu bekämpfen. Das Sicherheitsmotiv für das Anschlußverbot wurde dadurch verstärkt. Die Tatsache der Selbständigkeit Österreichs wäre unabänderlich geworden, wenn nicht das Siechtum dieses lebensunfähigen Landes die ganze Welt immer von neuem beschäftigt und das Erstarken des Nationalgefühls in Österreich begünstigt hätte.

Seit Jahren taucht nun immer wieder der Plan auf die österreichische Frage durch Bildung einer Donauföderation loszuwerden. Eine solche Konstruktion steht im schroffsten Gegensatz zu der hier vertretenen Politik des europäischen Zusammenschlusses auf Grund der nach dem Selbstbestimmungsrecht gegliederten Nationalstaaten. Die föderative Idee würde in einem solchen Donaubund nicht erfüllt sondern verfälscht werden. Es sei ganz davon abgesehen, daß eine solche Föderation ein Phantom ist, weil es ja noch nicht 2 Staaten gibt, die bereit sind sich an ihr zu beteiligen. Österreich könnte in einer solchen Föderation nach seiner zentralen Lage nur eine zentrale, das heißt herrschende Rolle spielen. Aber welcher Nachfolgestaat ließe das zu? Österreich leidet schon heute, ohne Föderation, schwer an der Verkümmern seiner Produktionskräfte. Die Sanierungskontrolle wird für gegnerische kapitalistische Interessen mißbraucht, wie zum Beispiel der an der Kontrolle beteiligte tschechische Kapitalismus eine einwandfreie englische Privatanleihe zur Elektrifizierung der Bundesbahnen verhindert hat, damit die tschechischen Grubenherren nicht die österreichischen Bundesbahnen als Kunden verlieren. (Erfreulicherweise hat der Völkerbund, in seiner Junitagung, die im Mai vom Finanzkomitee abgelehnte Elektrifizierung auf Österreichs Einspruch aber doch genehmigt und die Verwendung der Völkerbundsanleihe dafür gestattet.) An eine Föderation Gleichberechtigter ist also gar nicht zu denken. Im übrigen wäre sie, wenn wir sie schon annehmen wollen, wirtschaftlich reaktionär. Sie würde eine neue Verengung Europas darstellen. Für das 19. Jahrhundert genügte sie. Das 20. Jahrhundert braucht mehr: die Föderation des Kontinents.

Die Freunde der Donauföderation unter der deutschen Linken sind zum Teil deswegen gegen den Anschluß, weil sie die österreichische "Seele" vor dem Aufgehen in die neudeutsch-preußische "Seelenlosigkeit" behüten wollen. Auch dieser Grund ist nicht ausschlaggebend. Gewiß gibt es eine österreichische Kultur, die sich einiges von dem Bestehen des ältern deutschen Wesens selbständig bewahrt hat. Aber diese österreichische Kultur ist doch nur ein Teil der alten deutschen Gesamtkultur, die niemals uniform gewesen ist. So wie es eine österreichische Kultur gibt, gibt es eine schwäbische, eine rheinische, eine hanseatische, eine weimarische, eine altberlinische Kultur.

Diese Kulturen zur vollen Auswirkung zu bringen und zu einer höhern Einheit zusammenzufassen, als es das Kleindeutschland von 1871 war, ist gerade die Aufgabe einer gesamtdeutschen Föderation, aus der man Deutsch Österreich keineswegs ausschließen darf.

Es ist wahr, daß Österreich nicht so ohne weiteres an Deutschland angeschlossen, nicht einfach angehängt werden kann wie ein letzter Eisenbahnwagen an einen sonst fertigen Zug. Österreich muß geistig, wirtschaftlich, geographisch in einen neuen deutschen Staatsorganismus aufgenommen werden, dessen Bildung hier seit 1918 programmatisch verlangt wurde. Das ganze deutsche Land muß nach Stammes- und Kulturmerkmalen neu gegliedert werden. In diesem aus homogenen Teilen bestehenden, nicht zentralistischen und nicht partikularistischen, sondern unitarisch fühlenden, aber in allen Gliedern sich selbst regierenden Großdeutschland wird Deutsch Österreich den Platz finden, der ihm gebührt, und der einer der wesentlichsten im europäischen Sinn sein wird.

Vorläufig muß Deutsch Österreich weiter um den Anschluß kämpfen, auf der einen Seite gegen das Anschlußverbot der Ententestaaten, auf der andern gegen die Anschlußlethargie in seiner eigenen Mitte und in weiten deutschen Volkskreisen. Es muß, wie alle anderen Völker, den Leidensweg des nationalen Selbstbestimmungsrechts gehen, es muß den Anschluß erleiden, bis er zur Herzenssache der Nation geworden ist. Ein Vorbild können ihm seine Anschlußgegner von heute, die Tschechen, bieten. Mit bewunderungswürdigem politischen Instinkt haben sie seit Jahrzehnten ihre nationale Befreiung als Bundesgenossen Frankreichs vorbereitet. Noch mitten im Habsburgerstaat pflegten die Tschechen eine demonstrative Freundschaft für Frankreich, die sich in gegenseitigen Besuchen der Kommunen Prag und Paris wiederholt kundgab. Der böhmische Landtag war auch das einzige Parlament der Welt, das 1871 offiziell gegen die Annexion Elsaß-Lothringens protestierte. Heute haben diese Tschechen als Frucht eines langen Kampfes und einer zielklaren außenpolitischen Orientierung ihren Staat geschaffen. Eine solche Leistung kann uns in doppelter Art zum Vorbild dienen: für die Macht des Willens einer Nation zur Selbstbestimmung und Selbstverantwortung und für die Bedeutung einer richtigen Außenpolitik.

Beides werden Deutsch Österreich und Deutschland einsetzen müssen, um zum Ziel der nationalen Vereinigung zu gelangen. Arbeiten sie auf den kontinentalen Zusammenschluß hin, dann wird das Anschlußverbot sinnlos. Der Kontinent wird dann den Anschluß wünschen, um in Frieden mit Deutschland, dem Land der europäischen Mitte, arbeiten zu können.

HEINRICH STÜHMER · LEHREN DER HEIMARBEIT- AUSSTELLUNG 1925



WISCHEN der ersten Ausstellung von Erzeugnissen gewerblicher Heimarbeit im Jahr 1904 und der letzten im Mai dieses Jahres liegen 21 Jahre gewerkschaftlicher Tätigkeit und sozialpolitischen Schaffens, liegen Krieg, politische Umwälzung und Inflation bis zum vollständigen Verfall unserer deutschen Währung und zu ihrer Wiederaufrichtung durch die Rentenmark. Da ist die Frage wohl berechtigt, ob das alles an den Heimarbeitern und Heimarbeiterinnen spurlos vorübergegangen ist. Diese Ausstellung sollte Auskunft darüber geben.

Die Antwort der Besucher wird verschieden ausgefallen sein, je nachdem der einzelne die ausgestellten Gegenstände der verschiedenen Berufe auf ihre Qualität und den bei der Arbeit erzielten Stundenlohn mit kritischem Auge geprüft hat. Es gibt leider in der Heimarbeit immer noch Löhne von 4 bis 10 Pfennig die Stunde, die wahre Hungerlöhne zu nennen sind, und es kommen leider immer noch Fälle vor, in denen kleine Kinder helfen müssen das kümmerliche Einkommen der Eltern um ein geringes zu erhöhen. Aber daneben war eine nicht unbedeutende Anzahl von Gegenständen ausgestellt, die zu tariflich vereinbarten Löhnen bis zu 95 Pfennig pro Stunde hergestellt waren. Es ist deshalb wohl angebracht auf diese Unterschiede ein wenig einzugehen.

In die Kategorie der am schlechtesten bezahlten Heimarbeit fallen zunächst alle jene Verrichtungen, die keine besondere Übung erfordern, wie das Bündeln von Etiketten, Befestigen respektive Aufziehen von Knöpfen auf Karten, Bemalen von minderwertigen Spielsachen aus Papiermaché, Holz oder Metall und dergleichen Dinge mehr. Bei der Herstellung von Kinderspielsachen, Puppen, Mundharmonikas, Christbaumschmuck, Masken und ähnlichen Artikeln werden überhaupt die schlechtesten Verdienste erzielt; dazu sind diese schwer festzustellen, weil das Material nicht vom Unternehmer sondern vom Heimarbeiter, der als selbständiger Hausgewerbetreibender gilt, geliefert wird. Ferner gibt es eine große Anzahl von Arbeiten der Textilindustrie, die sehr schlecht entlohnt werden. Wenn die Arbeit des Handwebers, der immer noch wieder vorkommt, ausgestorben sein wird, was wohl bald geschehen sein dürfte, dann treten an ihre Stelle alle jene Arbeiten wie Häkeln, Klöppeln, Sticken, Stopfen, Stricken usw., die nicht immer minderwertig sind sondern sogar hochwertig sein können. Während in der Textilbranche die minderwertige in der Heimarbeit hergestellte Ware mit der Maschinenarbeit konkurrieren muß, fehlt es der wirklich guten Handarbeit an genügendem Absatz, weil sie keine Massenartikel liefert.

In der Holzindustrie sind es neben den Musikinstrumentenmachern die Bürstenmacher und die Korbflechter, die am schlechtesten verdienen. Diese Heimarbeit ist allerdings nur in bestimmt abgegrenzten Gebieten des Deutschen Reichs anzutreffen. Zwischen der Anfertigung von Korbsesseln aus Peddigrohr in der Werkstatt und in der Heimarbeit besteht gar kein Unterschied, weil beides Handarbeit ist, und doch bekommt der Heimarbeiter nur die Hälfte des Lohns, den der Werkstattarbeiter erhält. Der Hausgewerbetreibende, der neben seiner Arbeit auch noch das Rohmaterial liefert, ist vom Kaufmann als Verleger abhängiger als der Geselle vom Meister.

Eine umfangreiche Heimarbeit finden wir auch noch in der Eisen- und Metallindustrie, die sich über 27 verschiedene Branchen verteilt. Es werden unter anderm angefertigt Besatzartikel (Knöpfe, Haken, Ösen, Schnallen), Beschläge, chirurgische Instrumente, elektrotechnische Installationsartikel, Musikinstrumente, Nadeln, Nägel, Spielwaren, Schlösser und Schlüssel, Schmuckwaren aus edlem und unedlem Metall, Uhren und Zinnspielwaren. Die Löhne schwanken zwischen 6 und 90 Pfennig pro Stunde. Eine Besserung in der Lage der Heimarbeit in den Branchen der Metallindustrie ist ebenfalls nicht zu erwarten; dort kämpft der Heimarbeiter gegen die Konkurrenz verbesserter und vervollkommneter Maschinen, noch dazu auf einem Gebiet, das in der Technik am weitesten vorgeschritten ist.

Die Gesamtzahl der in der Heimarbeit beschäftigten Glasarbeiter Thüringens wird auf 6000 geschätzt. Neben Christbaumschmuck und Puppenaugen aus Glas werden Medizinflaschen und -gläser sowie Thermometer und chirurgische Glasinstrumente hergestellt. Hier handelt es sich um alteingesessene Hausarbeit, die sich vom Vater auf den Sohn vererbt, obwohl diese Kategorie von Heimarbeitern unter den elendesten Verhältnissen lebt. Mit diesen Branchen ist die thüringische Puppen- und Spielwarenindustrie in Sonneberg verwandt. Auch diese Hausarbeiter liefern das Material selber, und die ganze Familie bildet eine einzige Arbeitsgemeinschaft. Fabriken gibt es in dieser Branche gar nicht. Der Abnehmer der Ware ist der Großkaufmann, der lediglich für den Absatz sorgt. Alle Motive und Neuerungen sind Erfindungen dieser sogenannten Hausgewerbetreibenden. Die Absatzgebiete sind die Spielwarengeschäfte und die Warenhäuser; auch findet ein Export nach Amerika statt. Der Verdienst ist, weil unregelt, sehr verschieden. Der gewerkschaftliche Zusammenschluß der Beteiligten im Fabrikarbeiterverband, der früher bestand, ist leider in die Brüche gegangen oder zum mindesten doch stark gelockert worden.

Zu der Papier und Pappe verarbeitenden Industrie gehören die Anfertigung von Kartonnagen, Etuis und Galanteriewaren, die Tüten- und Beutelindustrie sowie die Herstellung künstlicher Blumen. Hier wird noch mit 300 bis 400 Heimarbeitern und 4000 Heimarbeiterinnen gerechnet. Ein Teil dieser Arbeiten, insbesondere aber die Anfertigung künstlicher Blumen, wird sehr schlecht entlohnt.

Dagegen sind die Löhne der Heimarbeiter in der Lederhandschuhindustrie, der Lederwarenindustrie in Offenbach, der Schuhfabrikation und im Schuhmacherhandwerk sowie in der Zigarrenfabrikation tariflich geregelt. Das gleiche trifft im großen und ganzen auf sämtliche Branchen der Bekleidungsindustrie zu, wo 31 440 Heimarbeiter und 55 418 Heimarbeiterinnen den abgeschlossen und auch für sie gültigen Tarifverträgen unterstehen. Dieser Erfolg ist allerdings zum größten Teil den Errungenschaften der gewerkschaftlichen Entwicklung nach dem Krieg zu danken. War es doch gerade die Bekleidungsindustrie gewesen, die die Öffentlichkeit durch den großen Streik im Jahr 1896 auf die Mißstände aufmerksam machte und so den allgemeinen Ruf nach gesetzlichem Schutz für die Heimarbeit auslöste. Auch auf der Heimarbeitsausstellung 1906 waren erst ganz geringe Anfänge einer tariflichen Lohnregelung zu verzeichnen. Die Höhe der Löhne ist natürlich, ebenso wie bei den Arbeitern in Fabrik und Werkstatt, stets hart umstritten, und es muß ein dauernder und hartnäckiger Kampf um jede kleine Verbesserung geführt werden.

Der Fortschritt, den, neben anderen Verbänden, der Bekleidungsarbeiterverband durch Jahrzehnte eifriger Agitation und rastloser Tätigkeit auf dem Gebiet der Tarifpolitik auch für die Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen erzielt hat, deutet wohl am besten auf den Weg hin, der einzig und allein mit Erfolg beschritten werden kann. Allerdings muß der Anfang zunächst mit den bestentlohten gelernten Arbeitern gemacht werden, weil anders eine Hebung der Lage der minder qualifizierten Heimarbeiterinnen nur schwer möglich ist. Die Arbeitskräfte, die am unentbehrlichsten sind, müssen in Zeiten guter wirtschaftlicher Konjunktur den Druck auf die Arbeitgeber ausüben, um dann solidarisch eine Lohnaufbesserung auch der niederen

Schichten nach sich zu ziehen und in Qualität und Quantität der geleisteten Arbeit eine Angleichung zu bewirken. Ist es doch auf diese Weise gelungen nicht nur eine Entlohnung gleich der der Fabrik- und Werkstattarbeiter zu erreichen sondern auch noch einen Heimarbeiterzuschlag für besondere Auslagen und Aufwendungen, die für den Werkstattarbeiter nicht in Betracht kommen. Damit soll aber nicht etwa gesagt sein, daß dadurch, daß die tarifliche Regelung der Entlohnung erreicht wird, die Löhne selber eine ausreichende Höhe erlangt haben und keiner Verbesserung mehr bedürfen. Um so weniger, als eine Garantie auch für die Einhaltung der Tariflöhne nur dort gegeben ist, wo die Arbeiter stark genug sind und den Mut aufbringen die Bezahlung der Tariflöhne zu verlangen.

Der hier vorgezeichnete Weg ist in denjenigen Berufen schwieriger zu beschreiten, in denen nur weibliche Heimarbeiter beschäftigt sind, und in denen das Angebot von Arbeitskräften die Nachfrage andauernd übersteigt. Da bleibt dann nur der andere Weg noch übrig, daß die nach dem Hausarbeitsgesetz gebildeten Fachausschüsse eingreifen, Mindestentgelte festsetzen und dann für verbindlich erklären. Diese Mindestentgelte, die in den meisten Fällen allerdings sehr niedrig gehalten sind, haben dann die gleiche rechtliche Wirkung wie ein Tarifvertrag oder ein für verbindlich erklärter Schiedsspruch eines Schlichtungsausschusses oder des Reichsarbeitsministeriums. Hierzu kommt, daß Arbeitgeber und Zwischenmeister mit einer Buße belegt werden können, wenn sie ihre Heimarbeiter und -arbeiterinnen unter den Mindestentgelten entlohnen. Das ist jedoch ein Notbehelf, der nur in Fällen angewendet werden kann, in denen auf anderm Weg eine Regelung des Lohns nicht zu erreichen ist. Und auch hierbei gilt die Voraussetzung, daß die Beteiligten den Mut besitzen den ihnen zustehenden Lohn zu fordern. Das dürfte meist nicht ohne den starken Rückhalt des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses der Fall sein. Lange genug hat es ja gedauert, bis die Gesetzgebung sich dazu bequemte diesen Weg zu beschreiten; ich habe als Berichterstatter im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat über den Entwurf ausgeführt, daß dieser Schritt bereits vor 25 Jahren hätte getan werden müssen. Aber immerhin ist es ein nicht zu unterschätzender Fortschritt in der Heimarbeiterschutzfrage, den uns die neue Zeit gebracht hat, der unter dem alten Regime wohl lange hätte auf sich warten lassen.

Die Heimarbeitsausstellung dieses Jahres konnte also ihren Vorgängern gegenüber in der Entlohnung der Heimarbeit unbestrittene Fortschritte nachweisen, wenn auch noch gar vieles zu tun übrig bleibt. Hierzu gehört unter anderm der weitere Ausbau des Hausarbeitsgesetzes, zum Schutz der Heimarbeiter vor der Ausbeutung. Aber das müssen wir uns auch endlich klar machen: Der Appell an die öffentliche Meinung *allein* tut es nicht; Sympathien können nicht ohne weiteres in wirtschaftliche Macht umgewertet werden. Gewiß, in bedingter Weise können die Konsumenten für die Heimarbeiter wirken. In Amerika hat man zu diesem Zweck die Kontrollmarke eingeführt. Aber leider ist in Deutschland zu wenig Sympathie für sie vorhanden; zudem würde ja nur der Absatz im Inland davon berührt, nicht der Export. Man verwende deshalb vielmehr alle Sympathie für die traurige Lage der Heimarbeit darauf die beteiligten Heimarbeiter auf die Notwendigkeit ihrer gewerkschaftlichen Organisation aufmerksam zu machen. Der gewerkschaftliche Zusammenschluß ist die Vorbedingung für die Besserung ihrer Lebenslage und verleiht jedem einzelnen Heimarbeiter den Mut und

Sie beherrscht nichts,
Befiehlt nichts,
Erzwingt nichts.
Wie also soll die kleinste Seele
Von einer andern beherrscht werden?
Die unsichtbaren Dinge zerstören den Körper,
Und die sichtbaren Dinge zerstören die Seele.
Der Mensch lebt und stirbt in einer Welt, die er nicht sehen kann.
Und möchte doch über die Seele seines Bruders Gewalt haben.

CHRISTIAN HERRMANN · GEISTIGE STRÖMUNGEN IM MODERNEN FRANKREICH

UNE geistige Kraft, mit der ein Volk die Kulturen anderer Völker erfaßt und verstehend durchdringt, ist nicht immer die selbe. Denn die Weite und Tiefe des Blickes hängt von der eigenen Geisteslage ab, die gerade in Deutschland im Verlauf seiner Geschichte heftigen Schwankungen ausgesetzt war. Dementsprechend ist auch das Bild, das wir uns von anderen Kulturen machen, mehr oder weniger eindringend. Denn das Verstehen fremder Eigenart ist nur da möglich, wo die eigene Individualität in allen Zügen ins Selbstbewußtsein erhoben und damit kein Hindernis in der Erfassung des andern, des Fremden, des Abweichenden, mehr ist. Eine solche Erkenntnis fremder Kulturen, deren Methodologie noch immer nicht geschrieben ist, ist nun ganz besonders schwierig, wenn es sich um Erfassung noch lebender, sich gleichzeitig mit der unsern entfaltender Kulturen handelt. Während man bei abgeschlossenen sogenannten toten Kulturen viel eher zur Erfassung des Ganzen, des Kultursinns, kommen kann, von dem aus das einzelne zu verstehen ist, haben wir bei den noch lebenden ein unabgeschlossenes Gebilde vor uns, das zwar ihr Wesen in jedem ihrer Auswirkungen enthält, dieses aber nur in der Totalität der Glieder birgt. Diese Antinomie macht sich in eigentümlicher Weise in der historischen Auffassung und Beurteilung bemerkbar. Denn ob und wie ein einzelnes Kulturgebilde der betreffenden Kultur eigentümlich ist oder von außen aufgenommen wurde, hängt von der Auffassung ab, die über das "Wesen" dieser Kultur besteht. Andererseits kann aber dieses Wesen nur aus den einzelnen Tatbeständen gefunden werden. Ist man sich dieser methodologischen Problematik bewußt, so wird man vorsichtig in der Formulierung von Urteilen wie: Dies und jenes ist wahrhaft deutsch, oder es ist undeutsch. Denn, was alles deutsch sein kann, offenbart erst die Geschichte. Es ist immer eine Vergewaltigung des geschichtlichen Lebens, wenn über Erscheinungen, die zunächst nicht leicht in Zusammenhang mit dem übrigen Geistesleben zu bringen sind, ausgesagt wird, sie seien der betreffenden Kultur fremd. Ob dann nicht vielmehr ihre Wesenheit noch nicht tief genug erfaßt war?

Vor einer solchen Aufgabe stehen wir seit mehreren Jahren bei Frankreich. Gegenüber den schöpferischen Ideen und Kräften, die dort in der Gegenwart und schon seit etwa einem Vierteljahrhundert am Werk sind, reichen unsere traditionellen Vorstellungen in keiner Weise mehr aus. Das Bild, das man sich in weiten Kreisen Deutschlands noch immer von Frankreich macht, ist

wesentlich von 2 Vorstellungen bestimmt, die beide nicht mehr zutreffen, weil sie eine historische Form des französischen Geisteslebens als absolut setzen. Frankreich ist heute nicht mehr das Land der Galanterie, des graziösen Esprits und einer hochkultivierten, das ganze Leben beherrschenden Erotik: das schien es im 18. Jahrhundert. Frankreich ist auch nicht das Land der *décadence*, des physischen Niedergangs und der seelischen Auflösung: das schien es in der Epoche des *fin de siècle*, auch in der des alles auflösenden Skeptizismus eines Renan. Wer 1914 Frankreich in dem Zustand zu sehen vermeinte, wie es um 1880 herum schien, dem bedeutete der Verlauf des Krieges eine furchtbare Überraschung. Aber abgesehen von der verkehrten Einstellung auf ein nicht und sicher nicht mehr zutreffendes Bild der geistigen Lage war auch die Beurteilung der *Décadence*kunst verkehrt. Deren sublimen Stimmungen und egozentrisches Eingestelltsein bargen wohl den Verlust der Realität und die Zerbröckelung der geistigen Substanz in sich, aber, dies muß man beachten, es war doch nur das geistige Experiment einer kleinen Schar feiner und überwacher Künstler; das Massiv des französischen Volkes blieb davon ganz unberührt. Und daß diese *Décadence*stimmung nur ein geistiges Experiment, ein Spiel war, das wird dem Tieferblickenden an jedem der betreffenden Autoren klar; denn im Hintergrund stand doch deutlich, stark und unzerstörbar das Bewußtsein einer Kraft, die das Leben zu gestalten und zu beherrschen vermag. Es ist eben eine immer wieder auftretende Fähigkeit des gallischen Geistes: von seinem Zentrum so weit Abstand zu nehmen und sich scheinbar ganz in eine weit abseits liegende Möglichkeit des seelischen Lebens zu verlieren, um alle Blumen, die dort in den Gärten wachsen, kennenzulernen, und seien es auch die giftigsten, und bei allen Abenteuern doch wieder in sich zurückzukehren. Romain Rolland sagt in *Jean Christophe*: »Man hat so oft davon [von Frankreichs Untergang] gesprochen, seit Jahrhunderten. Und immer hat unsere Geschichte diese Befürchtungen dementiert. Wir haben ganz andere Prüfungen bestanden, seit der Zeit der Jungfrau von Orléans, wo, in dem verödeten Paris, die Wölfe in Scharen herumlungerten. Die überhandnehmende Immoralität, die Genußsucht, die Erschlaffung, die Anarchie der Gegenwart erschrecken mich nicht. Geduld! Wer dauern will, muß aushalten... Alle diese Bewegungen berühren das wahre französische Volk nicht... 10 mal ist im Lauf der Jahrhunderte eine heroische Jugend auf die Erschöpfungsperioden gefolgt, in denen Europa auf den glänzenden, geschminkten Untergang Frankreichs wartete.«

Die überraschende Regenerationsfähigkeit Frankreichs ist die Folge jener oben erwähnten Einstellung, durch die auch bei den größten politischen Katastrophen und den gewagtesten geistigen Abenteuern der Kern der französischen Geistigkeit nicht angegriffen wird. Eine weitere Folge dieser Einstellung ist die den deutschen Besuchern immer wieder erstaunliche Beobachtung einer festen Tradition in der privaten und gesellschaftlichen Lebensführung des französischen Bürgers. Eduard Wechßler, der feinsinnige und gelehrte Romanist, sieht darin einen Widerspruch zu dem so revolutionären geistigen Leben. Aber von einem Widerspruch zu sprechen und zu verlangen, daß alle Äußerungen einer Kultur in jeder Hinsicht übereinstimmen, ist ein schlecht angebrachter Rationalismus. Das Leben ist eben die Fähigkeit Sichwidersprechendes zur Einheit zusammenzufassen, und sein Wert ist um so höher, je größer die Spannung zwischen den auseinander-

strebenden Elementen ist, die zu höherer Einheit gebunden werden. Abgesehen aber davon ist die Achtung vor der Tradition in der äußern Lebensführung geradezu die Grundlage für die Ermöglichung der so verwegenen, alles wagenden französischen Geistigkeit. Es ist ein fester Boden gegeben, den man bei den kühnsten Flügen nie aus den Augen verliert, auf dem man immer wieder Notlandungen vornehmen kann. So erfolgte denn auch, nachdem die *décadentistische* und *symbolistische* Kunst eine ungemeine Verfeinerung des Empfindungslebens gebracht hatte, die Rückwendung in den neunziger Jahren. Daß der Dreyfusprozeß, wenn auch nicht der Anstoß, so doch ein wichtiger Faktor in der Wendung des französischen Geisteslebens zum Nationalismus gewesen ist, hängt damit zusammen, daß in Frankreich die Sphäre des staatlichen Lebens in einer sehr engen Verbindung mit den übrigen Gebieten der geistigen Kultur steht. Die Autonomie gegenüber dem Staat, in der sich diese in weitem Umfang bei uns befinden, existiert in Frankreich nicht; darum auch besteht dort für alle künstlerischen, wissenschaftlichen und philosophischen Bewegungen so leicht die Möglichkeit sich politisch auszuwirken. Die französische Wissenschaft ist gewiß nur theoretischen Normen unterworfen, wie die Entwicklung der Mathematik und der Naturwissenschaften deutlich erweist; ebenso unterliegt die Entwicklung der Kunst nur der Gesetzmäßigkeit eines sehr ausgebildeten Kunstgefühls. Dennoch (oder gerade darum) zittern die Erlebnisse und Erschütterungen der politischen Sphäre in den anderen Kulturgebieten nach. Sie erwecken neue Ideen, die, von allgemein weltanschaulicher Struktur und Bedeutung, sich überall auswirken.

So beginnt denn mit dem Anfang der neunziger Jahre eine Periode der französischen Geistesgeschichte, die den Begriff des Nationalen in den Mittelpunkt des Denkens und Schaffens stellt. Wie sich dieser Nationalismus ausbildet, welche verschiedenen Formen er annimmt, welche Gegenbewegungen er hervorruft, in welcher Weise sich mit ihm eine neukatholische Bewegung verbindet und doch auch wieder von ihm unterscheidet, das hat vor einiger Zeit sehr eingehend und anschaulich Hermann Platz in einem Werk dargestellt, das er *Geistige Kämpfe im modernen Frankreich* nannte. Zahlreiche Quellennachweise geben dem methodisch sehr exakt gearbeiteten Buch einen hohen Wert für jedes eindringende Studium. Aus diesen Untersuchungen geht nun mit entscheidender Deutlichkeit hervor, was schon frühere Beurteiler wahrscheinlich machen konnten: daß nämlich der französische Nationalismus, wie er geistig-kulturell fundiert ist, auch vor allem im Geistigen seine Auswirkung sucht, während ihm das Politische nur einen Folgeprozeß darstellt.

Die Nachkriegszeit hat in fast allen europäischen Ländern einen Nationalismus erzeugt, darunter bekanntlich auch in Deutschland. Versucht man nun den deutschen Nationalismus auf klare Formeln zu bringen, was bei der Verschwommenheit seiner Ideologie nicht einfach ist, um durch eine Gegenüberstellung mit dem französischen, wie er sich vor etwa einem Vierteljahrhundert ausbildete, dessen Eigenart deutlich zu machen, so kann man dies sagen: Die deutsche Spielart, die Folgeerscheinung eines verlorenen Krieges, ist von der Trauer um den Kriegsverlust getragen. Die Nation wird um bestimmter politischer Ziele willen in den Mittelpunkt des Denkens gestellt. Die kulturellen Güter werden danach bewertet, wie sie für den

politischen Zweck nutzbar gemacht werden können. Daraus folgt dann, daß man gerade Gipfelpunkte des deutschen Geisteslebens ignoriert, weil sie kosmopolitisch eingestellt sind und sich mit ihnen eine aggressive Außenpolitik nicht begründen läßt. Daher kommt es, daß der deutsche Nationalismus sich von den höchsten Gütern des deutschen Geisteslebens bewußt abwendet, den Erlebnis- und Gesichtskreis geflissentlich beschränkt und eine biedere Gemütlichkeit oder eine bramarbasierende Großsprecherei pflegt, die Sentimentalität und Brutalität als wahres Deutschtum ausgeben. Soziologisch kommt in Betracht, daß der deutsche Nationalismus im wesentlichen von Angehörigen derjenigen Gesellschaftsschichten getragen wird, die früher die regierenden waren. Dadurch gewinnt er einen reaktionären Charakter, aber ohne die romantisierende Verherrlichung der historischen Vergangenheit, wie etwa bei Gentz und Adam Müller. Der französische Nationalismus ruht auf ganz anderen Grundlagen und ist infolgedessen auch ganz anders konstruiert. Die psychologische Selbsterfaserung des Ichs war in der Periode der Décadence- und Stimmungskunst so weit getrieben worden, daß sich das Ich zu verlieren drohte. Den Halt, den es in sich nicht mehr finden konnte, mußte es außerhalb seiner suchen. So war die Anlehnung an Volkstum, Geschichte und Kirche dialektisch notwendige Folge dieser Ichkultur. Der französische Nationalismus ist also aus der Not des französischen Geistes hervorgegangen, wie er sich in seinen führenden Persönlichkeiten darstellte und erlebte. Die Tragik und der geistige Kampf, aus dem er geboren wurde, das Erlösende, das ihm seiner Entstehung nach anhaftet, insofern das Ich wieder Gehalt gewinnt, gaben ihm Leben und innere Spannkraft und befähigten ihn eine neue Periode der französischen Geistesgeschichte einzuleiten und ihr die produktiven Ideen zu geben. Im Gegensatz zu dem deutschen Nationalismus ist der französische modern. Er wird getragen von den vorwärtsschreitenden Geistern, die auch da noch vorwärtsschreiten, wo sie die Tradition verherrlichen.

Es ist sehr interessant die Entwicklung der Führer des Nationalismus zu betrachten. Man findet da bei jedem die deutlichsten Erweise für die oben ausgesprochene These über die Entstehungsgrundlagen des französischen Nationalismus. So sehen wir, wie Maurice Barrès, über den Ernst Robert Curtius eine sehr wertvolle Monographie schrieb, sich aus der engsten Verflochtenheit mit der psychologischen Kunst löst und in drangvoller Sehnsucht nach dem greift, was über ihm ist, ihm Sinn geben kann. Dieses Überindividuelle findet er in seinem lothringischen Volkstum. Man kann verfolgen, wie die allseitige Durchleuchtung des Ichs ihn immer mehr zur Erkenntnis seiner allgemeinen Bedingtheit und Relativität führt, und wie ihm das an sich sinnlos gewordene Ich eine Bestimmung erhält, wenn es sich in eine größere Gesamtheit eingliedert, von der es sich abhängig weiß und demgemäß bestimmen läßt. Es folgt dann die Erlösung bringende Entdeckung, daß Boden und Vergangenheit es sind, die dem Individuum Halt geben, und nicht der wirklichkeitsfremde, vom Leben abgezogene Intellekt. Boden und Vergangenheit, Landschaft, blutmäßige Einheit des Volkstums und die Bildungsmächte der Geschichte machen vereint die Grundlage wert- und gehaltvollen Menschentums aus. Darum kommt es vor allem auf deren Pflege an, darum gilt es sich in ihre, in uns lebende, geheimnisvoll raunende Seele zu versenken.

In dieser Begründung des Nationalismus fällt auf, daß eigentlich keine politische Einstellung nachweisbar ist. Und tatsächlich, es ist echt französisch von der Nation als einer historischen und volklichen Gegebenheit auszugehen, und nicht vom Staat. In dem Sinn verdient der französische Nationalismus wirklich diesen Namen, während der deutsche, der den politischen Gedanken in den Vordergrund schiebt, etwas prinzipiell anderes darstellt. Bei Barrès ergeben sich als politische Folgerungen nur, daß die Regierung die Grundlagen des Volkstums zu pflegen, Angriffe darauf abzuwehren habe. Man hat dabei nicht nur an äußere Angriffe zu denken, sondern auch an die von den radikalen linken Parteien ausgehenden, die traditionsfeindlich gerichtet sind. So kämpfte denn auch Barrès gegen die Combessche Kirchenpolitik für die Erhaltung der Kirchen und seit 1904 in immer schärferem Maß gegen Deutschland, weil er von daher einen Angriff befürchtete. Es liegt in den Voraussetzungen dieses Nationalismus, daß er nicht politisch aggressiv sein kann sondern nur defensiv gerichtet ist. Die Gedankenwelt Barrès' ist ein schwer überschaubarer Bau, der in seinen Einzelheiten nicht leicht zur Harmonie zu bringen ist. Unter dem Einfluß Goethes, des deutschen Idealismus, vor allem Hegels und Hartmanns, aber auch der deutschen historischen Schule, hat Barrès seinen Nationalismus ausgebildet, dem aber gerade das dort beherrschende Moment: der Gedanke der Völkerindividualität als einer qualitativen, unwiederholbaren Einmaligkeit, fehlt. Zwar, ganz fehlt er nicht bei Barrès, überall schlägt er durch und scheint auch gelegentlich zu der Konsequenz führen zu wollen, die keinen Primat unter den Völkern kennt und jede Völkerindividualität aus sich heraus versteht. Aber dies wird doch nie zur Klarheit gebracht, weil ihm die lateinische Tradition entgegensteht, auf die Barrès eben infolge seiner historischen Einstellung gerade hingeführt wurde. Die lateinische Tradition aber enthält den Gedanken des Völkerprimats als ein wesentliches Moment, aus dem sich mit Folgerichtigkeit der Gedanke der Führerschaft der französischen Kultur vor allen anderen Kulturen herleitet. Das höchste Gut der Menschheit ist in der französischen Kultur geborgen, und darum sind ihre Hüter der Menschheit für die Unversehrtheit dieser Kultur verantwortlich. Was jedoch nur durch den Klassizismus geschehen kann. »Nationalismus«, sagt Barrès, »ist eine Disziplin, eine wohldurchdachte Methode, die uns mit allen echten Ewigkeitswerten verbinden, und die sich in unserem Lande ununterbrochen weiter entwickeln soll. Kurz, der Nationalismus ist Klassizismus.« Nun ist aber gerade die Begründung, die Barrès dem Nationalismus gibt, nicht klassizistisch sondern viel eher romantisch, und es zeigt sich die interessante Erscheinung, daß der Nationalismus dem traditionellen französischen Geistesleben, das zu pflegen er gerade im Sinn hat, als eine nicht klassizistische Bewegung gegenübersteht und in seiner historischen Einstellung etwas ganz anderes ist als die bisherige Tradition aufzuweisen hat. Dies bedeutet aber: Der Nationalismus, der Erwecker der Tradition, führt über sie und damit auch über sich hinaus. Eine Konsequenz, die denn auch bald gezogen wird. Bei Barrès hat der Nationalismus so viel Spannweite, daß die Pflege der Tradition auch von der Republik erwartet wird, der Traditionalismus also nicht, wie bei Bourget und Maurras, zur Monarchie zurückstrebt. Gegenüber dem reichen und vielgliederten Gedankengebäude Barrès' sind die eben Genannten einfacher und überschaubarer. So ziehen sie aus ihren allgemeinen Prämissen den Schluß zugunsten einer politischen Reaktion, um,

charakteristischerweise, dem Geistesleben die volle Bewegungsfreiheit zu geben. Bourget sagt: »Wir müssen aufsuchen, was uns noch von dem alten Frankreich geblieben ist, und uns mit allen Fibern daran klammern: unter dem künstlichen zerstückelten Departement die Provinz mit ihrer natürlichen, durch die Jahrhunderte festgelegten Einheit, unter der zentralisierten Verwaltung die städtische Autonomie, unter unserer offiziellen toten Universität die lokalen fruchtbaren Universitäten wiederfinden, die auf dem Grund und Boden beharrende Familie durch die Testierfreiheit wiederherstellen, die Arbeit schützen durch die Wiederherstellung der Zünfte... Die Revolution hat deshalb die Quellen der französischen Lebenskraft so sehr zum Versiegen gebracht, weil sie ein Regime aufgerichtet hat, in dem der Staat in sich alle Kräfte des Landes zentralisiert, und weil er jeglichen Zusammenhang zwischen unserer Vergangenheit und unserer Gegenwart zerschnitten hat.« Es sind dies, ebenso wie bei Maurras, die Gedankengänge des Regionalismus, die sich gegen den Zentralismus der Verwaltung wenden und im Namen des Lebens das alte Frankreich wieder heraufrufen wollen. Wobei dieses alte Frankreich nun aber doch wieder ganz moderne, in die Zukunft weisende Züge trägt. So eben gerade in der Kontroverse Regionalismus kontra Zentralismus.

Und hier sind wir bei einem wesentlichen Punkt zum Verständnis des französischen Nationalismus gelangt. Bei allen seinen Wortführern ist der oberste Sinn die Unversehrtheit eines reinen und starken Lebens. Der Nationalismus ist, wie wir oben sahen, keine politische Theorie. Er ist viel eher eine Kulturethik und Kulturpädagogik. Aber die Verankerung des geistigen Lebens in der Tradition und den Gegebenheiten des Bluts und der Landschaft erfolgt doch nicht um des ganz besondern Eigenwerts dieser Kultur willen, so oft dies Motiv auch, wie bei Barrès, anklingt, sondern um des Lebens als des obersten Wertes willen. Die Kraft des Lebens, der *élan vital* Bergsons, dessen Lehre seit 1900 ungeheuer zu wirken begann, offenbart sich immer mehr als das oberste Ideal, dem Denken und künstlerisches Schaffen dienen. Der Aktivismus einer Lebensphilosophie stellt sich immer deutlicher als der geheime Untergrund des Nationalismus heraus. Aus dieser seiner Struktur verstehen wir nun auch sein Ethos, das die Vaterlandsliebe, den Glauben, den Heroismus, den disziplinierten Willen zu Tugenden macht, die sich überall auszuwirken haben. Aus der Forderung nach Disziplin folgt in der Kunst die Hinwendung zum Klassizismus, in der Religion die Neigung zum Katholizismus. Diese Ideen hatte die französische Jugend mit Begeisterung aufgenommen; durch sie war sie wieder tiefgläubig geworden. Wohl gemerkt, es waren keine religiösen Stimmungen, die 20 Jahre früher schon der Symbolismus gepflegt hatte, sondern ein tiefes Erfülltsein von unbedingt geltenden Werten und die Bereitschaft das ganze äußere und innere Leben nach ihnen zu gestalten. Das Heer und der Heeresdienst erschienen in den Augen dieser neuen Jugend als eine Schule der Sittlichkeit. So bildete sich ein Gesinnungsmilitarismus aus, der nicht im Dienst einer militärischen Eroberungsidee stand, auch nicht das Heer als Instrument des innenpolitischen Kampfes betrachtete, sondern seinen Wert lediglich in der Erziehung zu einer harten willensstarken Männlichkeit sah. In den im Jahr 1912 veröffentlichten Ergebnissen einer Umfrage unter dem Titel *Les jeunes gens d'aujourd'hui* wird dieses Spartanertum der neuen Jugend klar.

Aus der geistesgeschichtlichen Bewegung, wie sie sich in Frankreich unter der Führung der nationalistischen Idee entwickelte, wurde im Verlauf des letzten Jahrzehnts eine die geistigen Kräfte immer tiefer aufgrabende Strömung. Aus dem Ausland wirkten Dostojewskij und Walt Whitman, deren Lehren vom unmittelbaren Lebenswillen den im Nationalismus steckenden aktivistischen und lebensphilosophischen Kern von der Umhüllung befreite. Eine neue Generation von Künstlern und Schriftstellern wie André Gide, Paul Claudel, Charles Péguy, André Suarès, auch Romain Rolland, erhebt sich weit über die klassische französische Tradition. Für diese neue Ausdrucksform des französischen Geistes besteht keine Beziehung mehr zum Lateinertum, und alles, was von daher an Kulturnormen kommt, wird abgelehnt. So protestiert Gide gegen Rémy de Gourmont und gegen Barrès, wenn sie den französischen Geist auf die Pflege der klassizistischen Tradition festlegen wollen. Lateinische Kultur, so gehen Gides Gedanken, sei die Kultur eines dünnen Erdreichs, das nur wenige dünne Gräser sprießen lasse. Aber es käme auf die Fülle eines, auf fruchtbarstem Boden stehenden Waldes an, den es zu kultivieren gelte. In Übereinstimmung mit diesen Gedanken sucht denn auch Gide das Leben in seiner sinnverwirrenden Fülle auf, dessen Kraft und Unmittelbarkeit seine Sehnsucht locken. Was Gide und alle die anderen Genannten im Tiefsten bewegt, das ist das inbrünstige Sehnen und Verlangen nach großem und erfülltem Menschentum. Die Nation ist nun kein oberster Wert mehr. Sie wird nur insofern positiv gewertet, als sie der Verwirklichung des obersten Zieles dient, das aber immer zu weit und umfassend ist, als daß es durch die Pädagogik des Nationalismus erreicht werden könnte. Deshalb treffen wir in der neuesten Generation überall eine Kritik am Nationalismus an, die seine Einseitigkeiten zu überwinden sucht. Bezeichnend hierfür ist die Clartébewegung, die nach dem Krieg hervortrat. Bei Suarès und Péguy kommt die neue Einstellung aus einer Lebensmetaphysik, die einen letzten, tiefsten Punkt zu erfassen sucht, von dem sie alles Menschliche liebend umspannen kann, die sich aber zum schärfsten Kampf gezwungen sieht, wo sie Erstarrung und tote Lebensgestaltung findet. Bei Claudel gar ist eine Sphäre erreicht, die den Kampfplatz hinter sich gelassen hat; er wirkt aus der Fülle heraus als schon Begnadeter. Hier wird denn auch ganz deutlich, wie andere Wege der neue Geist geht als die geschichtlich überlieferten Formen gestatten. Hier ist nichts mehr von rationaler Formkultur, nichts mehr von den Tendenzen des Zentralismus, und die Überhelle eines immer wachen Intellekts hat hier einer tiefen Ergriffenheit und einer großen menschlichen Wärme Platz gemacht.

Wie sehr bei uns die Kenntnis des großen Kulturvolks, das unser westlicher Nachbar ist, im argen liegt, erkennt man daran, daß nicht einmal in der hochkultivierten Geistigkeit des Georgekreises das Verständnis für Frankreich ganz frei von Trübungen ist. Wenn in dem sonst sehr bedeutenden Buch Berthold Vallentins über Napoléon (einer der wesentlichsten Erscheinungen der letzten Jahre, auf die gar nicht genug hingewiesen werden kann) behauptet wird, Frankreich entbehre der Ursprünglichkeit und unmittelbaren Lebendigkeit, so ist das eine groteske Verkennung des wahren Sachverhalts, die beweist, daß selbst ein so nach Wahrheit strebender und tief verstehender Geist wie dieser Autor unvermerkt einer übernommenen Konvention unterliegt. Im genauen Gegensatz zu der bei uns üblichen Meinung hat nämlich die französische Geistesgeschichte bewiesen, daß formale Bändigung

des Lebens immer nur das Korrelat gegen ein Übermaß des reinen Gehalts ist. Anders aber als in Deutschland ist die Form nicht das dem Gehalt Entgegengesetzte und von außen Hinzukommende sondern in ursprünglicher Einheit mit ihm ein Verhältnis, das für uns sehr schwer verständlich zu machen ist und uns leicht den Gehalt überhaupt übersehen läßt. An der Entstehung der geistigen Strömungen, an dem Ursprungsort, wo sie hervorbrechen, kann man deutlich sehen, welche Bedeutung gerade in Frankreich die irrationalen Momente des Lebens haben, und wie es aus ihnen unerschöpflich quillt. Wie sollte es auch anders sein? Frankreich ist seit einem Jahrtausend das schöpferischste Land in Europa. Die wesentlichsten Gedanken und Bewegungen auf allen geistigen Gebieten kamen von daher. Gerade der Sozialist hatte jetzt, am 19. Mai, am 100. Todestag Saint-Simons, Veranlassung daran zu denken, daß auch der moderne Sozialismus, und zwar in seiner eigentlichen, noch heute von Nichtsozialisten wie Sozialisten wenig erkannten Grundidee: der Lehre von der produktiven Arbeit als dem Fundament der Gesellschaft, von einem Franzosen verkündet wurde, von eben dem originalen Geist, der, ein Jahrhundert vor Wilson, den Völkerbund zur Verhütung aller Kriege verlangte (und nebenbei den Plan eines Isthmusbahndurchstichs lange vor dem Bau des Suez- und des Panamakanals entwarf). Wenn man der Genesis der Ideen, übrigens auch der kühnsten technischen Erfindungen, nachgeht, führen viele Spuren nach Frankreich. Aber es fehlt den Franzosen die Neigung zur praktischen Durchführung des geistig Erzeugten. Andere Völker müssen in der Konsequenz und Zähigkeit des Durchdenkens und der Verwirklichung der aufgenommenen Ideen die ergänzende Arbeit leisten. Aus diesem Verhältnis des Aufeinanderangewiesenseins ergibt sich eine Folgerung. Alle wirtschaftlichen und politischen Hemmungen für ein genaues und gegenseitiges Verständnis und für ein gemeinsames Arbeiten müssen beseitigt werden. Das Leben eines jeden der europäischen Völker, namentlich aber der beiden Nachbarn Frankreich und Deutschland, gewänne unendlich an Fruchtbarkeit, wenn der wechselseitige Austausch nicht so unsinnig erschwert wäre durch Schranken, die nur der gegenseitigen Unkenntnis und dem Mißverständnis ihr Dasein verdanken.

DAVID LUSCHNAT · DER WÄCHTER DER QUELLE

IM nördlichen Polargebiet gibt es eine heiße Quelle, die wild aus einem Felsen hervordampft. Ein alter Eskimo hat sich dort angesiedelt. Er lebt von den Gaben, die die Besucher ihm zukommen lassen. Jemand fragte ihn einmal, warum er nicht in südlichere Gegenden ziehe und sich einen bequemen Lebensabend schaffe, er müsse doch reich sein. Er sei nicht reich, meinte der Alte, und er habe auch den Auftrag bis an sein Lebensende hier zu bleiben.

Das war dem andern unbegreiflich. Als der Alte in keiner Weise verstanden wurde, nahm er ein Gefäß, schöpfte von der Quelle und stellte es in die Sonne.

»Es gibt sanfte Menschen und wilde Menschen«, begann er. »Das Wasser in diesem Gefäß ist ganz still und wird immer kühler. Es friert aber nicht. Es bleibt immer Wasser. So ist der sanfte Mensch. Die Lichtkugel, die du dort siehst, das ist der Allesmensch. Der ruft die Seele des sanften Menschen. Und die Seele folgt ihm und steigt aus dem Gefäß des

Körpers empor. Wenn das Gefäß ganz leer ist, sagt man: Der Mensch ist tot. Das ist aber nicht so. Die Seele des sanften Menschen ist nur ganz dünn geworden wie Luft, und deshalb kann man sie nicht mehr sehen. Sie ist aber doch da. Sie ist nur näher an den Allemenschen herangeflogen, um ein wenig Licht zu trinken. Das ist es. Ich bin ein sanfter Mensch. Du aber bist ein wilder Mensch. Du kommst ganz neu aus der nackten Erde hervor wie diese Quelle. Und ebenso wie diese Quelle dampft deine Seele und macht viel Geräusch. Warum das aber so ist, und wie es dir weiter geht, das kann ich nicht sagen. Das mußt du selber in Erfahrung bringen. Mich hat der Allemensch gebeten auf die Quelle zu achten, damit sie nicht allzu schrecklich dampft und vielleicht sogar das Eis der ganzen Welt in Wasser verwandelt. Deshalb sitze ich hier und darf nicht fortgehen. Für dich aber wird es vielleicht das Richtige sein, wenn du dir ein stilles Wasser suchst, um es ein wenig in Bewegung zu bringen. So glaube ich. Willst du es genau wissen, so mußt du den Allemenschen fragen.«

Der andere hatte aufmerksam zugehört. Nun sagte er: »Du bist, was ich nicht bin. Was ich aber bin, das weiß ich nicht.«

»Deine Antwort zeigt, daß du mich verstanden hast. Jetzt aber mußt du von hier fortgehen. Wenn du dort angekommen bist, wo du bleiben sollst, so wirst du auch wissen, wer du bist.«

ADOLF BEHNE · VERNUNFT ODER REPRÄSENTATION IM STÄDTEBAU?



IN Mann baut einen Schrank in einem sonst schon eingerichteten Zimmer. Der Schrank wird herrlich, aber der Künstler hat gar nicht bemerkt, daß die Tür zur Wand steht. Der Schrank ist ganz köstlich geworden, aber man kann ihn nicht aufmachen. Was tun? Da man das Kunstwerk nicht unsanft berühren darf, bleibt nichts übrig als durch die Wand eine Öffnung zu brechen, dort, wo die Schranktür ist. Die Öffnung führt in einen Raum, der keinen Zugang hat. Man bricht in ihn eine Tür und baut eine neue Treppe quer durch das Haus zu diesem Raum. Die Treppe mündet in eine Sackgasse. Man muß die schließende Häuserwand durchbrechen und stößt auf den Fluß, der hier keine Brücke hat. Die Brücke wird gebaut. Aber auch am andern Ufer müssen Änderungen vorgenommen, Straßenbahnen umgelegt werden usw. Die halbe Stadt muß schließlich umgebaut werden, damit man an den wunderschönen Schrank herankann.

Das klingt grotesk, ist aber die tatsächliche Geschichte der neuen Museen Messel-Hoffmanns auf der Insel.

Ich will den Bau Messel-Hoffmanns hier nicht kritisieren. Zwar meine ich, daß er genau so wenig gut ist wie Innes Bibliothek, wie Raschdorfs Dom, wie Hoffmanns Stadthaus; aber nehmen wir einmal an, er sei so schön wie Bramantes schönster Bau, und nehmen wir selbst an, er sei nicht nur schöne Fassade sondern auch in sich ein gut organisierter und gut belichteter Museumsbau, so wäre er doch als Leistung des Städtebaus eine Groteske, genau so wie jener Schrank..

Das Museum hat einen monumentalen Zugang, feierlich, pompös, grandios. Nur — man kann ihn nicht benutzen. Karl Scheffler hat in der Vossischen Zeitung vom 16. Mai 1925 ganz offen gesagt: damit dieser Zugang einen Sinn bekomme, muß 1. eine Brücke über den Kupfergraben gebaut werden, muß 2. eine neue Straße durchgebrochen werden, die diese Brücke mit dem Hegelplatz verbindet. »Diese Achsenstraße ist erforderlich, weil die repräsentative Schauseite des Museums notwendig eine Zufahrtsstraße braucht.« Der gewaltige Ehrenhof des Museums braucht eine große Distanz. Also bauen wir Berlin um. Diesen Vorschlag hat ja Ludwig Hoffmann als Messels Nachfolger am Bau schon vor dem Krieg tatsächlich gemacht. Wie aber ist es möglich, daß ein Karl Scheffler jetzt im Ernst auffordern kann dem innern Widersinn dieses Bauwerks heute oder in der Zukunft derartige Opfer zu bringen? Ich lasse hierbei ganz die Tatsache außer Betracht, daß vor dem Krieg Messel, der zumindest die Brücke für sein Projekt vorgesehen hat, und auch Ludwig Hoffmann derartige große Ausgaben zur höhern Ehre einer formalen Kulissenwirkung relativ leicht verantworten konnten, daß aber heute, nach dem Krieg, und in einem Volk, das sehr viel ärmer und elender geworden ist, ein solcher reiner Luxusstädtebau unverantwortlich wäre. Ich sage, daß ich davon ganz absehen und die Frage nur so stellen will: Sollen wir einen einmal begangenen Fehler durch immer neue Irrtümer weitertreiben (bis in das Grotteske), oder sollen wir endlich städtebauliche Vernunft in ihr Recht einsetzen?

Messel stellte sich eigentlich den Besucher seines Museums folgendermaßen vor: Er beginnt sein Kunststudium in Schinkels Altem Museum, schreitet also vom Lustgarten her die Freitreppe empor: ein würdiger Beginn. Nachdem er die Antike studiert hat (30 Minuten), betritt er durch den bekannten Übergang das Neue Museum. Hier studiert er die assyrische und ägyptische Kultur (30 Minuten) und betritt durch einen von Messel vorgesehenen neuen Schwibbogen das Deutsche Museum, wo er alles hier aufgestellte Material, inklusive Pergamon, in allen Stockwerken und in allen Sälen eingehend studieren kann (45 Minuten). Über die Gleise der Stadtbahn führt ihn dann eine letzte Brücke in das Kaiser Friedrich-Museum und in die italienische Kunst. Nachdem er hier in ruhigem Genuß den 50. Kilometer Kunst genossen hat, verläßt er hochoberhöhen Hauptes das Kaiser Friedrich-Museum gegenüber dem Standbild Friedrichs III. Er hat dann übrigens bis zum Mittagessen noch Zeit zur Museumsstraße zurückzugehen und in der Nationalgalerie auch die Kunst des 19. Jahrhunderts gründlich kennenzulernen. »Das Problem des Architekten«, führt Walter Curt Behrendt in seiner Messelmonographie aus, »bestand darin die einzelnen Museen zu einer zusammenhängenden Gruppe zu verbinden, die der Besucher durch das Alte Museum am Lustgarten betritt und durch das Kaiser Friedrich-Museum wieder verläßt, ohne daß er das Freie zu betreten braucht.« Solch ein Museumsbesuch schiene mir mehr eine moderne Art der Folter als eine Freude zu sein. Das Wichtige an dieser Sache ist auch nur, daß sich Messel den Zugang im Prinzip vom Lustgarten respektive von der Museumsstraße aus dachte. Und das ist auch das einzig gesunde Prinzip. Von der Museumsstraße her führt ein Weg auf den forumartigen Platz, von dem aus Neues Museum und Nationalgalerie zugänglich sind. Es wäre möglich gewesen von ihm aus auch den neuen Bau und auch das Kaiser Friedrich-Museum zu öffnen. Messel rechnet damit, daß der Besucher vom Lustgarten

herkommt. Er legt aber weit weg von ihm ein grandioses Portal an einen Flußlauf, der keine Brücke hat. Dem Forum, dem offenen Raum, dreht sein Bau den Rücken zu. Dort, wo der natürliche Zugang ist, finden wir alles hermetisch geschlossen, und dort, wo die pompöse Öffnung ist, kann sie nicht benutzt werden. Die Vernunft findet nur einen schmalen Schwibbogen offen. Da haben wir den Schrank, der mit der Tür gegen die Wand steht. Selbst die Brücke über den Kupfergraben als gegeben angenommen, wäre der Zugang über sie weder bequemer noch kürzer noch sonst irgendwie von Vorteil. Künstlerisch? Es wäre künstlerisch viel richtiger gewesen dem Wasserlauf die geschlossene Wand zuzuwenden, das heißt die Wand des Kaiser Friedrich-Museums, die die Stadtbahn durchstößt, möglichst geschlossen fortzusetzen, statt ein neues Loch in sie zu reißen. Warum also? Aus Gründen der äußerlichsten Repräsentation. Alle aufrichtige Bewunderung für andere Arbeiten Messels, die oft mit großer Feinheit gerade die gegebene Situation weiterführen (wie das Museum in Darmstadt, das Rathaus in Ballenstedt, das Verwaltungshaus der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Berlin), können uns nicht hindern auszusprechen, daß dieses letzte im kaiserlichen Auftrag entstandene Werk Messels in den gleichen Fehler rücksichtsloser Monumentalrepräsentation verfallen ist wie die sonstigen Prunkbauten jener Ära.

Daran ist nun nichts mehr zu ändern. Aber irgendeine Fortführung dieser Art Städtebau ist vollkommen undenkbar: nicht nur, weil wir die ungeheuren Summen für Brückenbau und Straßendurchbruch bis zum Hegelplatz (die die städtebauliche Situation für die Fassade Messels nachträglich schaffen müssen, da die *gegebene* Situation für die Gestaltung nicht ergriffen wurde) sehr viel notwendiger zum Wohnungsbau brauchen, sondern mindestens ebenso sehr deshalb, weil wir auch für bessere Zeiten unter den Kult der Achse ganz entschieden einen dicken Strich machen müssen. Man wird, wie die Dinge heute liegen, die Brücke über den Kupfergraben ausführen müssen. Es wäre das Richtige sie als einen möglichst leichten, unauffälligen Steg zu konstruieren. Der Straßendurchbruch darf ernsthaft nicht in Frage kommen. Einem ganz äußerlichen Säulen- und Fassadenkult derartige Opfer zu bringen sind wir heute doch nicht mehr verbildet genug. Ganz gegen den gesunden Menschenverstand geht es heute nicht mehr.

Schade, daß man diesen teuren Schrank nicht einfach umdrehen kann.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Kommunalsozialismus / Hugo Lindemann

Finanzausgleich Am 23. April sind die 9 Entwürfe, die das Steuerwesen und die Aufwertung neu regeln sollen, dem Reichstag vorgelegt worden, nachdem der Inhalt schon lange vorher der Öffentlichkeit bekannt gegeben worden war und diese aufs lebhafteste bewegt hatte. In dieser Rundschau interessieren nur die Gesetzentwürfe, die für die Finanzgebarung der Gemeinden von Einfluß sind, also vor allem

der Gesetzentwurf über Änderung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, der Entwurf eines Gesetzes über die gegenseitigen Besteuerungsrechte des Reiches, der Länder und der Gemeinden, sowie die Entwürfe eines Einkommen- und Körperschaftssteuergesetzes.

Der Entwurf über den Finanzausgleich hält an dem alten System fest, das durch die Verantwortung des Reichs für Umfang und Maß der steuerlichen Anforderungen und für die richtige Verteilung des Steueraufkommens charak-

terisiert ist. Die Begründung betont, daß die Übernahme und Erfüllung der Verpflichtungen des Londoner Abkommens für das Festhalten an den alten Grundgedanken des Finanzausgleichs bestimmend sein muß; denn, so heißt es in der Begründung, die Nichterfüllung dieser Verpflichtungen kann politische Folgen haben, die alle Wiederaufbauarbeit vergeblich machen, und kann dadurch Zukunftshoffnungen auf lange Zeit zerstören. Daraus muß das Reich die doppelte Konsequenz ziehen: sowohl die Beherrschung des Steuersystems in möglichst vollem Umfang zu behaupten, wie sich den Anteil an dem Steueraufkommen zu sichern, der ihm die obliegenden Leistungen ermöglicht. Daher ist zentrale Gesetzgebung und Verwaltung auch für die Zukunft notwendig. Der Entwurf zieht daraus die Konsequenz, insofern er die Befristung des Finanzausgleichs, die bisher in dem Gesetz üblich war, nunmehr aufgibt. Dadurch kommt auch zum Ausdruck, daß die Verteilung der Steuererträge unter die 3 Körperschaftsgruppen dauernd sein soll. Entscheidend ist nun hier, daß die Vorlage die Beteiligung der Länder an der Einkommen- und Körperschaftssteuer vom 1. Oktober 1925 ab von 90 auf 75% des Einkommens herabsetzt, also zu dem Satz des Finanzausgleichsgesetzes vom 23. Juni 1923 zurückkehrt. Diese stärkere Beteiligung des Reichs an der Einkommensteuer wird in den Motiven so begründet: Es müssen für das Reich die Anteile am Steueraufkommen sichergestellt werden, deren es bedarf, um seinen innen- und außenpolitischen Aufgaben gerecht zu werden, insbesondere um die Reparationsverpflichtungen zu erfüllen. Das ist ohne Zweifel richtig. Nur liefert dieser Satz nicht den Beweis dafür, daß gerade 25 % des Reichs statt der früheren 10% notwendig sind. Sehr gesucht ist der 2. Grund. Wenn das Reich seine Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenz auf dem Gebiet der Steuern wahrnehmen könne, müsse es für diese Kompetenz durch eine nicht zu geringe Beteiligung an den Zentralsteuern eine Grundlage haben. Das heißt einmal Ursache und Wirkung vollständig verkehren, zum andern aber spricht sich darin eine eigenartige Auffassung von den Beziehungen aus, die zwischen dem Reich auf der einen Seite, den Ländern und Gemeinden auf der andern Seite bestehen und durch die Reichsverfassung geregelt sind. Um dem Reich die Möglichkeit zu geben durch

seine Gesetzgebung die wichtigen und ertragreichen Steuern zu regeln, wird seine Beteiligung an diesen proklamiert. Hat man diese Beteiligung einmal durchgesetzt und damit auch die Gesetzgebung über sie in seine Hand gebracht, so ist damit die Finanzmacht des Reichs über Länder und Gemeinden für die Dauer stabilisiert. Kein Wunder, daß bei einer derartigen Auffassung die Bestrebungen in den Ländern die alte Finanzhoheit zurückzugewinnen fortgesetzt verstärkt worden sind. Die Frage ist doch einfach die, ob Länder und Gemeinden mit dem Anteil von 75 % an der Einkommensteuer und Körperschaftssteuer bei Aufrechterhaltung ihrer Beteiligung an der Umsatzsteuer von 20% des Aufkommens auskommen können, oder ob, wie der Reichsrat durch seine Beschlüsse behauptet, das unmöglich ist. Auch der Deutsche Städtetag ist der gleichen Ansicht wie dieser und sucht sie durch eine Statistik in seinen Mitteilungen zu begründen. Die Zahlen beruhen auf Haushaltsplänen der Jahre 1923 und 1924, während die Zahlen für 1925 durch besondere Umfragen gewonnen wurden. Es konnten von der Umfrage, an der 51 preußische Städte beteiligt waren, nur die Angaben von 11 Städten verwandt werden. Diese Zahlen zeigen ein starkes Anwachsen des Finanzbedarfs von 62,5 Mark pro Kopf der Bevölkerung im Jahr 1913 auf 76,5 im Jahr 1925. Von den einzelnen Verwaltungszweigen sind es die Schulverwaltungen und die Wohlfahrtspflege, die für dieses Anwachsen verantwortlich gemacht werden müssen. Auch die Bauverwaltung erfordert wesentlich höhere Aufwendungen. So sind im Jahr 1925 für die Bauverwaltung 8,4 Millionen Mark gegen 3,9 Millionen im Jahr 1913, für die Schulverwaltung 19,2 Millionen gegen 15,8, für Wohlfahrtspflege 27,4 Millionen gegen 5,6 Millionen Mark vorgesehen. Die letzte erfordert nicht weniger als 35,4% des Finanzbedarfs, also annähernd so viel wie die Schulverwaltung im Jahr 1913, deren 34,6% von damals auf 25,2% herabgegangen sind. Eine starke Abnahme des Aufwands für Wohlfahrtspflege wird kaum zu erwarten sein. Wenn sich auch die wirtschaftliche Lage Deutschlands in den nächsten Jahren vielleicht etwas bessern mag, wofür allerdings zurzeit keine besonderen Anzeichen vorhanden sind, wird der Minderaufwand infolge des Rückgangs in der Zahl der Unterstützten, wenn er eintritt, zum größten Teil durch eine Aufbesserung der Leistungen

ausgeglichen werden, die ohne Zweifel notwendig ist. Davon, daß die Kommunen im Geld schwämmen, kann gar keine Rede sein. Gewiß mögen einzelne Gemeinden im Jahr 1924 günstige Finanzverhältnisse gehabt haben, aber diesen Ausnahmefällen steht die große Anzahl der Gemeinden gegenüber, deren Finanzlage äußerst ungünstig ist. Sicher wird der Zuschußbedarf im Rechnungsjahr 1925 größer sein als im Vorjahr, der etwa 32 bis 36,7% je nach den Schätzungen betrug. Der Deutsche Städtetag nimmt für 1925 einen Mehrzuschußbedarf von 67% an, die Begründung will nur 50% konzedieren und hat darauf ihre Rechnung aufgebaut. Der Zuschußbedarf der Gemeinden und Länder für 1925 wird mit rund 5320 Millionen angenommen, von denen 3000 Millionen auf die Gemeinden fallen. Es sollen nun durch Einkommen- und Körperschaftssteuer 1650 Millionen aufgebracht werden, wovon 900 Millionen für die 1. Hälfte des Rechnungsjahres gleich 90% und 750 Millionen für die 2. Hälfte mit 75% berechnet werden. Der Anteil an der Umsatzsteuer erbringt für das 1. Halbjahr mit 20% 150 Millionen, im 2. Halbjahr mit 30% 225 Millionen. Die 5% Aufbesserung soll nach der Begründung den Ländern und Gemeinden die Umstellung auf die neuen Verhältnisse möglich machen. Dem Ausfall bei der Einkommensteuer von 150 Millionen steht aber nur ein Mehr von 75 Millionen bei der Umsatzsteuer gegenüber. Die Begründung gibt dazu die weisen Worte, daß der vorgeschlagene Finanzausgleich nicht deshalb als fehlerhaft anzusehen sei, wenn sich die Gemeinden Beschränkungen auferlegen müßten, um mit der geringern Beteiligung am Steueraufkommen auszukommen. Gewiß, wir müssen uns alle Beschränkungen auferlegen. Man mag zugeben, daß die Gemeinden nicht immer diesem Satz nach ihre Verwaltung geführt haben, und daß auch, wenigstens in einigen besser gestellten Gemeinden, manches gemacht worden ist, was mit der allgemeinen Verarmung Deutschlands in einem gewissen Kontrast steht. Die große Mehrzahl der Gemeinden aber hat sich in der Tat die stärksten Beschränkungen auferlegen müssen, und wie weit sie gehen, davon weiß das große Heer der Fürsorgebedürftigen ein nur zu klägliches Lied zu singen. Das Reich hat die Fürsorge für alle durch den Krieg und die Nachkriegszeit verarmten Bevölkerungsteile glücklich den Gemeinden zugewälzt, ohne ihnen die ausreichenden

Steuermittel zu geben, deren sie bedürften. Da machen sich dann solche Ausführungen der Begründung wie die angeführten wenig vorteilhaft, und sie sind kaum geeignet, für die vorgeschlagene Regelung zu werben.

Die Begründung kommt zu dem Endergebnis, daß dem Bedarf von 5320 Millionen für Länder und Gemeinden eine Deckung von 5395 Millionen zur Verfügung stehen. Der Reichsrat übt eine sehr scharfe Kritik an dieser Berechnung und errechnet für Preußen allein einen Fehlbetrag von 377 Millionen Mark. Er weist aber auch weiter darauf hin, daß mit der Vergrößerung des Anteils der Reichsregierung an der Einkommen- und Körperschaftssteuer der Schritt vorwärts in der Richtung der Trennung der Steuerquellen, den die 3. Steuernotverordnung gemacht habe, wieder zurückgetan werde.

Die wichtigste Neuerung, die der Entwurf bringt, ist die selbständige Erhebung von Zuschlägen oder, wie er sie nunmehr nennt, von Anteilen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände vom 1. April 1926 ab. Die Länder und Gemeinden erhalten das oft und lang von ihnen geforderte Zuschlagsrecht zur Einkommen- und Körperschaftssteuer. Es kann nun hier nicht die Aufgabe sein über seine Berechtigung zu diskutieren. Es ist hier immer der Standpunkt vertreten worden, daß durch seine Beseitigung und durch die Konzentrierung der Erhebung der Einkommensteuer beim Reich schwerer Schaden für die Finanzgebarung der Gemeinden entstanden ist, der nur durch die Wiederherstellung der Verantwortung für diese beseitigt werden könne. Man braucht also auch kein so großes Unglück darin zu sehen, daß der Grundsatz der Verantwortung des Reichs für Umfang und Maß der steuerlichen Anforderung in einem der wichtigsten Punkte durchbrochen wird, um die Worte der Begründung zu gebrauchen. Es ist unmöglich, das hat die Erfahrung gezeigt, daß das Reich mit der Übernahme der Verantwortung für die Erhebung der Steuer auch gleichzeitig die Verantwortung für die gesamte Finanzgebarung der Länder und Gemeinden übernimmt. Beide aber hängen aufs engste zusammen. Die Begründung macht längere Ausführungen über organischen Bedarfsausgleich und mechanischen, wie sie es nennt. Dabei versteht sie unter dem System eines organischen Bedarfsausgleichs eine solche Anordnung, bei der die besonderen Le-

bensverhältnisse des einzelnen Landes und der einzelnen Gemeinde die Höhe der Steuer unmittelbar bestimmen. Bei dem mechanischen Bedarfsausgleich dagegen wird die gleichmäßig über ein größeres Gebiet erhobene Steuer nach einem Verteilungsschlüssel auf die Gemeinden verteilt. Dabei kann natürlich das unmittelbare Verhältnis zwischen dem Bedarf und der Höhe der Steuer in der einzelnen Gemeinde nicht berücksichtigt werden. Es müssen Schemata aufgestellt werden, nach denen die Verteilung der Steuer erfolgt. In den Maßstäben wird dann der Versuch gemacht die Größe des Bedarfs an bestimmten Merkmalen zur Wirkung zu bringen. Ein Verteilungsschlüssel, der die gesamten den Bedarf bestimmenden Momente berücksichtigt, ist natürlich unmöglich, da das Verhältnis der Bedarfsquoten zu einander von Gemeinde zu Gemeinde verschieden ist und sich in den Gemeinden fortgesetzt verschiebt. Gerade weil dieses Problem des Verteilungsschlüssels überhaupt nicht lösbar ist, wurde ja von den Gemeinden die Einführung von Zuschlägen gefordert. Die Hoffnung der Begründung, daß dieses Problem in der Zukunft einer für deutsche Verhältnisse geeigneten Lösung entgegengeführt werde, kann man daher nicht teilen.

Wie sieht nun der Entwurf die mit der Einführung von Zuschlägen verbundenen Schwierigkeiten zu überwinden? Ein Einwand, der von den Gegnern des Zuschlagsrechts erhoben wird, weist darauf hin, daß das Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer nicht den Gemeinden allein gegeben werden könne, sondern daß auch die Länder ein solches für sich fordern und damit selbstverständlich den Löwenanteil für sich in Anspruch nehmen werden. Ernst Reuter sieht in seinem Artikel Der neue Finanzausgleich (in der Gemeinde 1925 Seite 211 und folgende) darin eine »neue Konservierung unserer lächerlichen Kleinstaaterei«. Er ist absoluter Zentralist. Wer auf einem andern Standpunkt steht, den Föderalismus nicht für so verabscheuungswürdig hält wie er, wird diese »Konservierung« nicht so tragisch nehmen. Gewiß werden die Länder neben den Gemeinden Zuschläge oder Anteile, wie sie jetzt genannt werden, erheben, und der Entwurf des Gesetzes geht auch davon aus. Danach setzt jedes Land und jede Gemeinde den Anteilssatz für jedes Jahr fest, und zwar können sie Anteile an den Steuern erheben, die als Vorauszahlung oder auf

Grund einer Veranlagung erhoben werden, und an den Steuern, die von den Arbeitgebern nach den Vorschriften über den Steuerabzug vom Arbeitslohn einbehalten werden. Es sind also im wesentlichen die Einkommen- und Körperschaftssteuern, die hier in Betracht kommen. Die Steuer wird in Steuereinheiten zerlegt. Steuereinheit ist ein Hundertstel der Steuerbeträge, die nach dem Tarif des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes zu erheben wären. Die Länder und die Gemeinden setzen die Zahl der Steuereinheiten fest, die sie in Anspruch nehmen wollen. Nehmen Länder und Gemeinden zusammen mehr als die Zahl der Steuereinheiten in Anspruch, die nach Abzug des Reichsanteils von 25% nach der Vorlage der Reichsregierung, von 10% nach der des Reichsrats übriggeblieben sind, so werden insgesamt mehr als 100 Einheiten erhoben und die Tarifsätze der Steuergesetze überschritten. Daß bei einer solchen Erhebung doppelter Zuschläge Verschiedenheiten von Land zu Land und von Gemeinde zu Gemeinde entstehen können, liegt auf der Hand. Das ist vor dem Krieg auch so gewesen, und es werden daher die gleichen Wirkungen eintreten, wie sie damals eingetreten sind, das heißt eine verschiedene Steuerbelastung der Steuerzahler je nach ihrem Wohnsitz. Wenn von den Gegnern der Zuschläge behauptet wird, daß die industrielle Entwicklung unseres Landes ein einheitliches Steuersystem und eine einheitliche Steuererhebung verlange, so ist sicherlich dagegen nichts einzuwenden. Daran rüttelt aber auch der Entwurf der Regierung gar nicht. Das Steuersystem und die Steuererhebung bleiben einheitlich. Nur die Höhe der Steuer wird verschieden sein. Übrigens übersehen die Gegner der Zuschläge, daß die Gleichheit der Steuerbelastung (und diese meinen sie, wenn sie von einem einheitlichen Steuersystem und einheitlicher Steuererhebung reden) auch bisher nirgendwo bestanden hat. Länder und Gemeinden sind mit den Erträgen der Einkommen- und Körperschaftsteuer nicht ausgekommen und mußten sie durch eine Reihe anderer Steuern ergänzen. Die Höhe dieser Steuern ist aber von Land zu Land und von Gemeinde zu Gemeinde verschieden gewesen und damit auch die Steuerbelastung.

Technisch viel schwieriger war es die Lohnsteuer mit den Zuschlägen zu verbinden. Da die Lohnsteuer an der Quel-

le, das heißt beim Arbeitgeber erhoben wird, muß eine Verrechnung zwischen Betriebs- und Wohnsitzgemeinde überall da erfolgen, wo der Besteuerte an dem einen Ort wohnt und an einem andern arbeitet. Der Entwurf sieht davon ab der Wohnsitzgemeinde das Recht zur Erhebung von Anteilen einzuräumen. Die Verwaltungsarbeit wäre für die Arbeitgeber, die je nach dem Wohnsitz der Arbeitnehmer verschiedene Gemeindeanteile, gegebenenfalls verschiedene Landesanteile abziehen müßten, so groß geworden, daß ihnen diese nicht hätte zugemutet werden können. Infolgedessen muß an die Stelle der Wohnsitzgemeinde die Beschäftigungsgemeinde treten. Das Verfahren ist nun nicht gerade sehr einfach. Denn es muß ein Ausgleich eintreten und den Wohnsitzgemeinden ein gewisser Anteil ausgezahlt werden. Zu diesem Zweck müssen die Wohnsitzgemeinden ihre Ausgleichsansprüche bei der Beschäftigungsgemeinde rechtzeitig anmelden und dabei die Zahl der Arbeitnehmer angeben, die am Tag der letzten allgemeinen Personenstandsaufnahme in der Wohnsitzgemeinde gewohnt haben und in der Beschäftigungsgemeinde beschäftigt waren. Sie können Ansprüche aber nur dann erheben, wenn mehr als 20 in der Wohnsitzgemeinde wohnende Arbeitnehmer in der Beschäftigungsgemeinde beschäftigt waren. Die Ausgleichsansprüche werden nun in der Weise berechnet, daß die Zahl der Arbeitnehmer, die am Tage der letzten allgemeinen Personenstandsaufnahme in der Wohnsitzgemeinde gewohnt und in der Beschäftigungsgemeinde beschäftigt waren, mit dem Betrag multipliziert wird, der in der Beschäftigungsgemeinde als Gemeindeanteil in den einzelnen Monaten des Rechnungsjahrs durchschnittlich auf den Kopf des Arbeitnehmers abgeführt worden ist. Der Entwurf gibt in § 31 den Ländern die Möglichkeit für ihre Gemeinden andere Bestimmungen als die des Reichsgesetzes über die Berechnung der Ausgleichsansprüche und das Verfahren zu erlassen. Das Verfahren setzt also einmal die Aufnahme der in Betracht kommenden Arbeitnehmer voraus und weiter die monatliche Berechnung des durchschnittlichen erhobenen Steuerbetrags auf den Kopf des Arbeitnehmers in der Beschäftigungsgemeinde. Es ist nun vor allem insofern anfechtbar, als der Berechnung des Ausgleichsbetrags die Anzahl der Arbeitnehmer an einem Stichtag zugrunde liegt, und alle Veränderungen, die im Lauf des Jahres stattgefunden haben, un-

berücksichtigt bleiben. Entscheidend ist die Wirtschaftsfrage am Tag der letzten Personenstandsaufnahme. Sie kann sich ändern, ohne daß diese Änderung auf die Zahl der zu zahlenden Beträge einwirken kann. Im allgemeinen wird das Verfahren eine stärkere Belastung der Beschäftigungsgemeinde zugunsten der Wohnsitzgemeinde darstellen.

Kurze Chronik Bei der Erwähnung der Denkschrift über die Anwendung des *Besoldungssperrgesetzes* war in dieser Rundschau (in diesem Band Seite 167) gesagt worden: »Jedenfalls hat das Reichsministerium den Beweis dafür gebracht, daß übertrieben hohe Beträge an leitende und hohe Kommunalbeamte gezahlt werden.« Die Denkschrift ist nun sowohl vom Deutschen Städtetag wie vom Reichsbund der Kommunalbeamten und Angestellten angefochten worden. Die Eingabe des Deutschen Städtetags an den Reichstag faßt das Ergebnis ihrer Ausführungen dahin zusammen, daß die amtliche Denkschrift des Finanzministers mit Angaben operiere, die mit den Tatsachen nicht entfernt in Einklang zu bringen sind. Das mag im einzelnen Fall richtig sein. Bei durchaus objektiver Würdigung des vorliegenden Materials kann aber die Behauptung nicht als widerlegt gelten, daß Gemeinden an leitende und hohe Kommunalbeamte Gehälter gezahlt haben, die beträchtlich über die Friedenssätze hinausgehen und in keinem Verhältnis zu der Bedeutung des Amtes stehen. \diamond Der Berliner Magistrat stimmt dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung zu die Budapester Straße nebst der Sommerstraße fortan Friedrich-Ebert-Straße zu nennen. Gleichzeitig wurde, damit sich die Ungarn nicht verletzt fühlten, das Stück des Kurfürstendamms zwischen Kaiser Wilhelm Gedächtnis-Kirche und Corneliusbrücke in Budapester Straße umbenannt. \diamond Die Stadt Köln hat eine Wertzuwachssteuer eingeführt, nach der alle die Grundstücksveräußerungen besteuert werden, bei denen der Veräußerer das Grundstück nach dem 31. Dezember 1919 erworben hatte. Als steuerpflichtiger Wertzuwachs gilt der Unterschied zwischen dem auf Goldmark umgerechneten Erwerbspreis und dem Veräußerungspreis. Zu beiden kommen Zuschläge hinzu. Die Steuer steigt von 10% des Wertzuwachses bei einer Wertsteigerung bis zu 50% des Erwerbspreises, zuzüglich der Anrechnungen, bis zu 50% bei einer Wertsteigerung von mehr als 50%.

Nationale Bewegung / Adolf Reichwein

Sunjatsen † Am 13. März starb Sunjatsen in Peking (siehe auch die Rundschau Innenpolitik, in diesem Band Seite 303 und folgende). Leberkrebs war die Todesursache. Gerüchte sprachen aber von einem Giftmord. Es ist bezeichnend, daß sie aufkamen. Denn romantisch war das Leben Sunjatsens, romantisch sollte auch sein Ende gewesen sein. Sunjatsen war der Sohn eines armen Bauern. Die Taipingrevolution, die gegen die Usurpatoren der Mandschudynastie gerichtet war, wurde das Ereignis seiner Jugend und stand als symbolische Erinnerung stets im Mittelpunkt seines geistigen Daseins. Er lernte früh europäische Wissenschaft kennen, war Zeit seines Lebens ein stark ideenmäßig bestimmter Mensch. Er hatte vielleicht einen kleinen Stich ins Literatenhafte und Agitatorische. Aber nicht mehr als eben dies. Sonst hätte er sich nicht so lange als wirklich geistige, sogar als führende geistige Macht in China halten können, wie er es tatsächlich viele Jahre getan hat. 1895 organisierte er von Kanton, dem revolutionär gestimmten Mittelpunkt des Südens, aus, einen ersten größeren Aufstand, nachdem er früher schon in Macao, dem portugiesischen Hafen, eine Jungchinesische Partei gegründet hatte. Der Aufstand schlug fehl. Sunjatsen floh nach Amerika. Ein Wanderleben begann; Agenten verfolgten ihn über die ganze Erde. Sein Ideal blieb immer: seinem Volk Freiheit und nationale Einheit zu erobern. 1911 schlug die Stunde des Erfolgs für die revolutionäre Bewegung. Sunjatsen wurde Präsident der provisorischen Republik in Nanking; denn jener Erfolg war, wenn irgendeines, so sein persönliches Verdienst. Sofort begann ein Personenstreit. Jüanschikai verdrängte Sunjatsen und wurde endgültig Präsident. Sunjatsen zog sich nach dem Süden zurück, der seit jener Zeit nur noch in lockerer Verbindung mit dem Norden blieb. Dort spielte er nach dem Sturz der Anfu-partei /1920/ die führende Rolle. Vielleicht hätte es China zum Glück erreicht, wenn bei der Diktatorenkonferenz in Peking auch der reine Klang der Stimme Sunjatsens hätte ertönen können; denn einer der Uneigennützigsten ist er zeitlebens gewesen. Immer häufiger wurde in letzter Zeit behauptet, daß er bolschewistische Neigungen hatte. Man wies darauf hin, daß

bei seinen Truppen russische Fliegerständen, man erinnerte an die Rede, die er am 7. November 1924 öffentlich am Jahrestag des bolschewistischen Staatsstreichs hielt, und in der er eine Verbindung der chinesischen Politik mit der russischen forderte. Man übersah und übersieht dabei, aus welchen Gründen Sunjatsen solche Verbindung wünschte. Die sozialen Verhältnisse liegen in China ganz anders als in Rußland. Hier wie dort ist zwar vorwiegend bäuerliche Bevölkerung. In Rußland bestand jedoch Großgrundbesitz, und seine Eroberung bildete den Köder, den die Bolschewisten den armen Bauern hinhielten; in China fehlt ein solcher Großgrundbesitz, so daß jenes Lockmittel für den chinesischen Bauern gar nicht existierte. Dazu kommt, daß es in China noch weniger industrielle Arbeiter gibt als in Rußland (nach neueren mündlichen Angaben des chinesischen Gesandten in Berlin 10 Millionen bei einer Gesamtbevölkerung von 400 Millionen Einwohnern). Das alles wußte Sunjatsen sehr wohl. Für ihn war die gewünschte politische Verbindung mit Rußland nur die einzig mögliche Garantie für eine zukünftige Befreiung Chinas aus der Umklammerung der fremdländischen imperialistischen Bestrebungen. (Er verkannte dabei Wesen und Möglichkeiten des Bolschewismus.) Hier stehen wir an dem Kernpunkt seines politischen Programms: Befreiung der Nation von dem wirtschaftlichen Terror der Fremden, durch Entfaltung der eigenen Kräfte. Dies ist das politische Vermächtnis Sunjatsens. Es wird noch lange nach seinem Tod als geistige Macht fortwirken, eine stärkere Macht als das von ihm aufgestellte Heer; denn es enthält das Höchste, was ein politischer Führer zu geben hat: den lösenden politischen Gedanken. Er ist niedergelegt in seinem zusammenfassenden Industrialisierungsprogramm (The International Development of China (New York, S. P. Pictman's Sons).).

Georgien Im Spätsommer des Jahres 1924 wurde Georgien von einem Aufstand gegen das bolschewistische System erschüttert, der von vornherein den Charakter der Verzweiflung so deutlich zeigte, daß die Auffassung geäußert wurde, der Aufstand sei von den Bolschewisten provoziert worden, um die georgischen Revolutionäre niedermetzeln zu lassen. Das georgische Problem innerhalb Rußlands ist so alt wie die Zugehörigkeit

Georgiens zum russischen Verband. Es ist eigentlich das ewige Problem der Geschichte Rußlands, die es im Spiel der wechselnden Machtsphären seiner sämtlichen Nachbarn zeigt. Die 2000jährige Geschichte des georgischen Staates birgt eine ununterbrochene Kette von Kämpfen um seine Selbständigkeit; immer wieder mußte er seine eigene volkliche Verfassung gegen Römer, Mongolen, Araber, Türken und Perser durchsetzen. Im 18. Jahrhundert setzte der großrussische Druck von Norden ein, der zunächst durch den Vertrag von 1783 abgeleitet wurde; der Vertrag, abgeschlossen zwischen Katharina II und Herakles II, bestimmte, daß Rußland die georgische Königsdynastie der Bagratiden unter dem Vorbehalt russischer Investitur anerkenne, dafür Georgien seine politischen Beziehungen zu Persien und zur Türkei russischer Leitung unterstelle; sonst blieb es autonom. Rußland brach diesen Vertrag von Fall zu Fall, bis schließlich Georgien der allgemeinen russischen Verwaltung verschmolzen war. Aufstände wurden grausam unterdrückt. Dieser latente Widerstand blieb bis zur russischen Revolution im März 1917 bestehen. Da glaubte man die Zeit der Selbstbestimmung wiedergekommen, das zarische Moskowitertum zerbrach. Die Bolschewisten waren gegenüber den Sozialrevolutionären, denen sich die Menschewisten anschlossen, überall in einer solchen Minderheit, daß in Georgien eine konstituierende Versammlung unter menschewistischer Führung zustande kam. In den Berichten der Kommunistischen Internationale zur georgischen Frage wird diese Tatsache lediglich festgestellt und besonders auf die traditionelle Betonung der lokalen Organisation im georgischen Menschewismus hingewiesen (nach bolschewistischer Auffassung; Betonung der Lokalgewalt = Neigung zu Opportunismus). In dem sehr aufschlußreichen Buch Erich Obsts Russische Skizzen /Berlin, Kurt Vowinckel/ wird der georgischen Frage ein besonderes Kapitel gewidmet. Obst hat Georgien kurz nach dem letzten Sommeraufstand besucht. Er führt den Selbstständigkeitsdrang des Georgiers auf die geopolitische Struktur des Landes zurück. Der Georgier sieht im Leninismus, der dem Zarismus gefolgt ist, nur eine andere Form des Moskowitertums; der Sommeraufstand galt nach Obst nicht dem Sowjetsystem (das ja auch in Rußland selbst nicht besteht sondern nur den Namen für die bolschewistische Herrschaft abgibt) sondern Moskau.

Georgien hatte vorher versucht selbständig zu bleiben. Dem unglücklichen Frieden mit der Türkei, der unter anderem den halbjährigen Verlust von Batum brachte, folgte nach der Niederlage der Mittelmächte die Wiederherstellung der alten Grenze; bis 1920 blieb Batum provisorisch von Engländern besetzt, die es dann formell der Republik Georgien übergaben. Bis zum Februar 1921 blieb Georgien selbständiger Staat. Seine innere Entwicklung in diesen Jahren läßt sich schwer mit einigem Anspruch auf Gültigkeit fixieren. Von georgischer Seite wird hervorgehoben, daß sich die wirtschaftliche Lage nach anfänglicher Depression zuletzt wieder sichtlich gebessert habe; von bolschewistischer Seite wird versichert, daß die georgische Landesverwaltung der Jahre 1917 bis 1921 die Schuld am wirtschaftlichen Verfall des Landes trage. Rußland bestätigte im russisch-georgischen Friedensvertrag vom 7. Mai 1920 die Autonomie des georgischen Staates. Nachdem Georgien 1917 die Bildung einer bolschewistischen Regierung abgelehnt hatte, begründeten die sogenannten Kaukasischen Volksräte, die nach dem Prinzip der formalen Demokratie zusammentraten, am 19. April 1918 die Transkaukasische Republik, der Georgien, Armenien, Aserbeidschan angehörten. Unter dem Zwang der türkischen Waffen traten Aserbeidschan und Armenien im Sommer 1918 aus der Transkaukasischen Föderation aus; Georgien erklärte nochmals seine Unabhängigkeit, die de facto noch im gleichen Jahr von Deutschland und Argentinien, im Jahr 1919 von den Ententeregierungen anerkannt wurde. Die de jure-Anerkennung seitens Deutschlands erfolgte am 29. September 1920; noch im selben Jahr folgten Frankreich, Belgien, Italien, England, Japan, Österreich. Ungeachtet des Friedensvertrages wurde Georgien im Februar 1921 durch die bolschewistische Macht erobert, die seitdem eine ausgesprochene Minderheitsregierung nach den auch sonst üblichen Methoden ausübt. Der Sommeraufstand 1924 ist in dem Unabhängigkeitsdrang des georgischen Volkes begründet gewesen. Baku und Batum haben sich ihm nicht angeschlossen. Tiflis blieb ruhig, dagegen ergriffen die Bergarbeiter des Erzgebirgs von Tschiaturi gegen Moskau die Waffen. Studentische Jugend führte, Kleinbauern und Arbeiter schlossen sich an. Daran ermesse man, was von der bolschewistischen Behauptung zu halten ist, das Ganze sei ein letzter Aufstand der alten Fürsten und

ihrer Helfershelfer gewesen. Nach der bolschewistischen Statistik sind bei Gelegenheit dieses Aufstands mehrere Hundert Personen standrechtlich erschossen worden; wer solche Statistiken zu lesen versteht, weiß, daß diese Zahlen zu niedrig sind. Die Gelegenheit wurde benutzt, um die junge Intelligenz schwer zu treffen, und diese für jeden organisatorischen Aufbau, am meisten für einen sozialistischen Neubau so unentbehrliche Intelligenz war in Georgien schon dünner gesät als anderswo.

Daß Georgien einem auf föderativer Basis zu errichtenden russischen Imperium auch innerlich angehören wird, ist außer Zweifel. Dem Selbständigkeitsdrang des georgischen Volkes wird dann durch nationalkulturelle Autonomie Genüge geschehen. Die ganze Frage wird eben ein anderes Gesicht haben, wenn es sich nicht mehr um ein bolschewistisches sondern um ein freies Rußland handelt. Georgien hat für das Russische Reich eine ähnliche Bedeutung wie Ägypten mit dem Suezkanal für Großbritannien. Es ist die Brücke zur Baumwolle des Turkestan. Es ist daneben auch die Brücke für die süd- und kleinasiatische Agitation. Georgien hat neben seiner ökonomisch so wichtigen Westostachse (transkaukasische Bahn als kürzeste Verbindung vom Schwarzen zum Kaspischen Meer, Schlagader des ganzen innerasiatischen Verkehrsystems) eine ebenso wichtige Nord-südachse. Denkt man sich Georgien aus dem komplexen Gebilde des russischen Imperiums entfernt, so bedeutet das zugleich den Verlust von Armenien, Aserbeidschan, Shiwa, Buchara, Turkestan, das heißt des glänzenden Glacis, von dem aus heute Rußland in die Ereignisse Persiens, Mesopotamiens, überhaupt der islamitischen Welt bis Tanger und Benares hinübergreift. Das ist der Hintergrund des Bildes, das erst in dem zukünftigen Russischen Reich vollendet werden wird.

Ku Klux Klan Die Vereinigten Staaten haben auch ihre "völkische" Bewegung, eine Form "hundertprozentigen" Yankeetums, die der deutschvölkischen Art verwandt ist. Eine merkwürdige Erscheinung jedenfalls, daß innerhalb der sonst so gebändigten angelsächsischen Welt, die man doch im allgemeinen sogar dank dieser Bändigung für kühl und sachlich erachtet, der Ku Klux Klan Hunderttausende von Anhängern sammeln konnte. Der heutige Ku Klux Klan hat von der

gleichnamigen Organisation, die unmittelbar nach dem großen Bürgerkrieg vor 60 Jahren ihre Wirksamkeit entfaltete, nur eben diesen Namen und den Charakter des geheimen Femgerichts übernommen. Solche "Übernahme" historischer Erscheinungsformen deutet auf Mangel an Originalität und auf innere Schwäche hin; darüber kann auch vorübergehende Machtentfaltung nicht täuschen. In diesem tiefern Sinn ist auch der Ku Klux Klan unzeitgemäß. Nicht etwa, weil er den teils romantischen, teils gruseligen, mittelalterlich anmutenden Hokuspokus seines Rituals von seinem Vorgänger vor 2 Generationen geerbt hat; das könnte bei dem etwas exzentrisch aufs Außergewöhnliche, Groteske angelegten Yankee noch verstanden werden. Jedoch hinter dieser ganzen Mystagogie verbirgt sich nicht eine zielbewußte, durchdachte Politik organisierter und doch selbständiger Menschen, sondern der Wahn einer Gruppe, die ihr Volk für erleuchtet und über allem stehend hält, im übrigen etwas Bündel, wie wir sie aus den Konventen und Festen unserer Werwölfe und Jungdeutschen Ordensbrüder kennen.

Nach dem Bürgerkrieg fiel über die besiegten Südstaaten, deren weiße Bevölkerung kriegsgeschwächt, deren schwarzes Volk der jungen Freiheit noch unkundig war, ein Schwarm von Schwindlern und Ausbeutern her, die zu wahrer Landplage ausarteten. Da entstand im Süden der Bund mit dem mysteriösen Namen Ku Klux Klan, der sich mit Erfolg die Aufgabe setzte das Land von jenen Zweifelhaften zu befreien. Der Erfolg der Feme, die zum Schrecken der Neger aus der Rüstkammer des Mittelalters die weißen Kapuzenmäntel mit den riesigen dunklen Augenlöchern wieder hervorgeholt hatte, war durchschlagend. In einem Maß wuchs ihre Macht, daß die Regierung gegen sie einschritt und sie aufhob.

Der heutige Klan entstand als Bewegung nach dem Krieg. Der Krieg hat die Selbständigkeitsbewegung der farbigen Völker gewaltig gestärkt. So entzündete sich, in den letzten Jahren hie und da in Amerika, Afrika, Asien akut aufflammend, ein Rassenkampf, dessen eigentliche Erschütterungen noch vor uns liegen. Der Klan fand nach dem Krieg in den Vereinigten Staaten den günstigsten Ansatzpunkt beim Problem der sogenannten farbigen, nicht weißen Rassen (colored people), das sich ja nachgerade zu dem Problem der Staaten entwickelt hat.

Die Unterbindung der europäischen Einwanderung im Krieg führte zu empfindlichem Arbeitermangel in den nördlichen Industriebezirken der Staaten, der sich um so mehr bemerkbar machte, je mehr die Industrie im Kriegsdienst ihre Leistungen steigerte. Zum Ersatz griff man in das Negerreservoir des Südens. Es begann die Negerwanderung nach dem Norden, begleitet von einer intellektuellen Entfaltung der schwarzen Rasse im Land, die sich bald in geist- und wirtschaftspolitische Macht umsetzte; führend war in diesem Prozeß die Society for the Advancement of colored people. Die Entwicklung geht gegen den dauernden Widerstand der weißen Bevölkerung vor sich, die den Schwarzen fast durchweg als Paria ansieht und behandelt. In den Südstaaten haben heute noch Straßenbahnen und Eisenbahnzüge getrennte Abteile für Weiße und Schwarze; ein Neger darf dort nicht im gleichen Raum mit einem Weißen sein. Im Norden ist von dieser strengen Kastenbildung schon manches abgebrockelt; immerhin ist gemeinsames Wohnen von Weißen und Schwarzen in einem Haus noch streng verpönt, und ein weißes Mädchen, das mit einem Schwarzen getanzt hat, ist gesellschaftlich erledigt. Je stärker sich nun die Organisation der Neger entwickelt, um so mehr sucht sie die Last dieser Deklassierung abzuwälzen. Sie gründet Neger Schulen und Negeruniversitäten; "schwarze" Konsum- und Baugenossenschaften entstehen, genossenschaftlich begründete Hotels für Neger tauchen auf, Negerbanken erweisen sich als lebensfähig. Selbst im Norden konnte sich nach den Pogromen von 1919 eine Lebensversicherungsgesellschaft eigens für Neger mit Erfolg entwickeln; diese Liberty Life Insurance Company, mit ihrem schönen Geschäftsgebäude in Chicago, ihren Filialen und 650 schwarzen Angestellten, verfügt heute schon über ein Kapital von 6 000 000 Dollars. Man ergänze dieses Bild durch die zugewanderten "gelben" Asiaten, auch durch die seit Beginn dieses Jahrhunderts zunehmenden Einwandererströme aus Ost- und Südeuropa, und man hat den bunten Hintergrund, vor dem der Ku Klux Klan, unterstützt übrigens von der Yankeeplutokratie (was an gewisse Vorkommnisse der deutschvölkischen Bewegung erinnert), sein Spiel aufführt: für die "von Gott vorgesehene" Vorherrschaft der angelsächsischen Rasse in Amerika, für die "nordic blonds". Daneben stellt sich der Ku Klux Klan

auch als Erbe des Puritanismus dar, er bekämpft als solcher die katholische Kirche und wirft sich zum Beschützer der äußern guten Sitte auf. Als Zeichen führt er das flammende Kreuz; danach benennt er seine in vielen Städten herausgegebene Zeitschrift *The Fiery Cross*. Seine Mittel sind nächtliche Überfälle, Verprügelungen, Mißhandlungen von Frauen und Männern, die auf seinem Index stehen.

Politisch ist der Klan reaktionär im Sinn der Plutokratie, er bekämpft darum natürlich alles "Rote"; er will auf Yankeeart feudal sein. Man soll ihn nicht ernster nehmen als er ist. Immerhin haben nicht umsonst Sozialisten und die Progressive Partei La Follettes den Kampf gegen seinen Terrorismus auf ihr Programm geschrieben. Im Ku Klux Klan ist eine neue Inquisition erstanden, die in gewissen Regierungsstellen, die das Bestehende erhalten möchten, mit Sympathie betrachtet wird.

Kurze Chronik Am 1. April wurde die *Hebräische Universität in Jerusalem* feierlich eröffnet:

ein Akt, der sich in eindrucksvoller Form vollzog und nicht nur für die nationale Neugestaltung des jüdischen Volkes, sondern in seinen Auswirkungen auch im allgemeinen Menschheitssinn von Bedeutung ist. ◊ In den ersten Maitagen trat in Faridpur der *bengalische Provinzialkongreß* zusammen. Das und Gandhi waren anwesend. Als Richtlinie gab Das den Satz aus: Wenn Swaradsch innerhalb des British Empire erreichbar ist, soll die Freiheit niemals durch revolutionäre Gewalt gewonnen werden. Er hält das aber für unmöglich in der jetzigen Gesetzesatmosphäre, fordert politische Amnestie und Anerkennung von Swaradsch durch den Reformakt. Das schloß seine Erklärung mit den Worten: »Was ich zu erreichen suche, ist ein Bündnis der indischen Staaten, von denen es jedem freigestellt ist seiner Kultur und Tradition zu folgen, jeder jedoch gebunden im gemeinsamen Dienst aller: ein großes Staatenbündnis innerhalb des größern Bündnisses der freien Nationen.« Die Opposition der Radikalen war stark. Gandhi trat vermittelnd ein, so daß der Kongreß nicht gesprengt wurde und Das durchdrang. ◊ Zum Oberkommissar Ägyptens ist, als Nachfolger Lord Allenbys, der konservative Abgeordnete *Sir George Lloyd* ernannt worden. Er war bis zum Jahr 1923 Gouverneur in Bombay und galt in England als guter Kenner des Ostens.

Frauenbewegung / Meta Corssen**Schwangerschaftsunterbrechung**

Im Jahr 1920 hatten die beiden sozialistischen Parteien im Reichstag Anträge eingebracht, die eine Modifizierung beziehungsweise Aufhebung der §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches verlangten (siehe diese Rundschau, 1923 Seite 111 und folgende). Zu entscheidenden Verhandlungen darüber ist es nicht gekommen. In letzter Zeit hat man sich verschiedentlich wieder mit der Frage beschäftigt. 2 Weltanschauungen stehen sich hier gegenüber, und zwischen ihnen wird der Kampf um die Gestaltung des Gesetzes ausgekämpft werden. Die eine, die der Forderung nach eingeschränkter oder uneingeschränkter Freigabe der Abtreibung zugrunde liegt, gründet sich auf die Idee der menschlichen Freiheit. Sie findet einen besonders deutlichen Ausdruck in einem Aufsatz Olga Misars in der Frau im Staat, betitelt Der Kampf gegen den Mutterschaftszwang in Österreich. Hier wird bedingungslose Freigabe gefordert, aus dem Gedanken heraus, daß die Frau selbst entscheiden muß, ob sie Mutter werden will, daß sie die Mutterschaft nicht willenlos erleiden sondern sie in Freiheit und Verantwortung auf sich nehmen soll. Was durch das Strafgesetz erzwungen ist, hat keinen sittlichen Wert, erst in völliger Freiheit können sich sittliche Kräfte entfalten. Dieser Anschauung gegenüber steht die andere, religiös begründete, die in dem Walten der Natur göttliche Fügung sieht. Daher ist Tötung des keimenden Lebens ein Verbrechen, das wie jedes andere strafrechtlich verfolgt werden muß. Diese Gedankengänge führt Hermann Muckermann, ein Vertreter katholischer Weltanschauung, in seiner kleinen Schrift Um das Leben der Ungeborenen /Berlin, Ferdinand Dümmler/ aus. Zwischen diesen beiden Auffassungen, die in ihren Grundzügen im öffentlichen Leben vor allem von 2 großen Parteien vertreten werden: von der Sozialdemokratie und vom Zentrum, ist grundsätzlich eine Einigung unmöglich. Von der Idee aus ist das Problem wohl überhaupt nicht lösbar. Theoretisch ist der Gedanke, die Mutterschaft sei ein Schicksal, an dessen Hoheit die menschliche Willkür nicht tasten dürfe, ebenso unangreifbar wie der andere, dies Heiligste und Intimste, was einer Frau geschehen kann, müsse nur ihr selbst, nur ihrer eigenen Bereitschaft ohne fremde Einmischung überlassen sein. (Es ist bemerkenswert, daß Muckermann, so

vollständig er auch im Gegensatz zu den Befürwortern der Freigabe steht, dennoch ihren Motiven volle Gerechtigkeit widerfahren läßt.) Anders ist es dagegen, wenn man die Auswirkung der beiden Theorien in der Wirklichkeit betrachtet. Dann zeigt es sich, daß diejenigen, die an der jetzigen Form des Rechts festhalten wollen, mit dem Leben, wie es ist, in schärfsten Widerspruch geraten. Das Büchlein Muckermanns ist dafür ein wertvoller Beweis, weil es die Anschauung, die ihm zugrunde liegt, bis zur letzten Konsequenz durchführt. Der Verfasser lehnt nämlich nicht nur die freie Entscheidung der werdenden Mutter, nicht nur die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die sogenannte soziale Indikation, nicht nur die Zulassung des Eingriffs in Fällen von Vergewaltigung sondern auch die medizinische Indikation ab; er verlangt, freilich nicht in Form einer unbedingten Forderung, aber doch als wünschenswertes Ziel, daß unter keinen Umständen in den Gang der Natur eingegriffen, daß lieber das Leben der Mutter geopfert werden soll. In der Tat ist dies der einzig konsequente Standpunkt, aber er ist offensichtlich unvereinbar mit heute ganz allgemein geltenden Anschauungen auch solcher Kreise, die die Aufhebung der Strafbestimmungen jetzt noch ablehnen. Denn der Grundsatz, daß in Fällen der Gefahr das Leben der Mutter erhalten werden muß, wird juristisch nicht beanstandet. Man hat an einer Stelle schon dem Willen des Menschen ein Recht zum Eingriff eingeräumt. Und nun beweisen gerade die Schriften, die zur Verteidigung der Abtreibungsparagraphen geschrieben werden, daß das Leben an diesem Punkt nicht haltgemacht hat. Muckermann spricht davon, daß sich unter den Ärzten die Anschauungen über die Zulässigkeit des künstlichen Eingriffs in letzter Zeit stark gewandelt hätten. (Allerdings glaubt er in allerletzter Zeit wieder eine rückläufige Bewegung feststellen zu können.) Neben einer ausgedehnten medizinischen wird auch die soziale Indikation, die theoretisch noch stark bekämpft wird, schon häufig angewendet. Vor allen Dingen aber ist in weiten Kreisen, zuerst in den sozial höheren, jetzt auch in proletarischen, vollständig das Gefühl für die Rechtswidrigkeit der Abtreibung geschwunden. Man schätzt die Zahl der jährlich in Deutschland stattfindenden künstlichen Fehlgeburten auf $\frac{1}{2}$ Million. Daß dies nicht einfach mit dem Sinken

der gesellschaftlichen Moral, wachsendem Leichtsinne oder ähnlichem erklärt werden kann, beweist die Tatsache, daß die meisten Abtreibungen an verheirateten Frauen ausgeführt werden. Äußerer Druck, wirtschaftliche Not sind in den meisten Fällen die zwingenden Gründe. Darüber herrscht unter allen Einsichtigen Übereinstimmung, und so hat sich die Praxis der Rechtsprechung tatsächlich dem allgemeinen Bewußtsein weitgehend angepaßt. Die im Gesetz vorgesehenen Strafen werden kaum noch verhängt, ja, ein Vertreter des Zentrums, der frühere preußische Justizminister Am Zehnhoff, erklärte im preußischen Landtag für weitgehende Milderung der Strafen eintreten zu wollen, bis zur Herabsetzung der Mindeststrafe auf 1 Tag Gefängnis, wodurch die Abtreibung ganz geringfügigen Vergehen gleichgestellt würde. Dies alles beweist, daß zwischen dem geltenden Recht und der Wirklichkeit ein Widerspruch klappt; ein Widerspruch, der unendlich viel Elend, Siechtum und zerstörtes Leben bedeutet. Denn das Gesetz verhindert in zahllosen Fällen, daß die Eingriffe, zu denen man sich unter dem Druck der Not entschließt, sachgemäß ausgeführt werden, und viele Frauen und Mütter gehen so an Kurpfuschereien zugrunde. Diesem Elend, das die ärmeren Klassen viel mehr bedroht als die bemittelten, denen leichter ein Arzt zur Verfügung steht, wollen die Befürworter der Freigabe der Abtreibung, vor allem der Bund für Mutterschaft, abhelfen. In einer Schrift Fort mit der Abtreibungsstrafe! /Leipzig, Ernst Oldenburg/ haben sich Helene Stöcker, die Vorsitzende des Bundes für Mutterschutz, der Arzt Heinz Stabel und der Rechtsanwalt Siegfried Weinberg in diesem Sinn geäußert. Im Vordergrund steht überall das soziale Moment. Keiner, der für die Straffreiheit der Abtreibung eintritt, will damit ihre Billigung ausdrücken; Stöcker erklärt sie unter allen Umständen für eine »traurige, ernste und bedauerliche Notwendigkeit«. Die künstlichen Eingriffe sollen nicht gefördert und vermehrt, sie sollen, und nur in Fällen der Not, von kundiger Hand ausgeführt werden. Nach dem mehrheitssozialistischen Antrag soll der Eingriff, der von einem approbierten Arzt mit Einwilligung der Schwangeren innerhalb der ersten 3 Monate vorgenommen wird, straffrei sein. Die Entwicklung hat gezeigt, daß das Strafgesetz die Würde der Mutterschaft nicht hat schützen können. Muckermann klagt, daß die Mutterschaft ihres Hei-

lignums entkleidet und sehr oft als unerwünschte Bürde und Last empfunden würde. Diese Tatsache ist nicht zu bestreiten. Vielleicht gelingt es, wenn die ganze Verantwortung für das Kind auf die Seele der Frau gelegt wird, und wenn gleichzeitig die Gesamtheit mit Energie an einer bessern Gestaltung der äußeren Voraussetzungen für das Leben des Kindes arbeitet, die verlorene Heiligkeit wieder zu gewinnen. Sind die Fesseln des Gesetzes gefallen, so ist der innere erzieherische Einwirkung ein um so weiterer Raum geöffnet. Muckermann sagt an einer Stelle, das Strafrecht brauche nicht jede sittlich unerlaubte Handlung mit Strafen zu bedrohen. Unter diesem Gesichtspunkt duldete ja auch das kanonische Recht in früherer Zeit die Abtreibung bis zur 10. Woche. (Diese Tatsache wird freilich von Katholiken jetzt bestritten.) Hier könnten sich vielleicht doch die entgegengesetzten Welten berühren. Die äußere Freiheit bedeutet ja nur, daß die sittliche Verantwortung dem einzelnen übertragen wird. Heute, wo das Gesetz sie ihm in gewissem Grad abnimmt, ist das Gefühl dafür vielfach verloren gegangen, es ist von der Auflehnung gegen den Zwang eines nicht mehr verstandenen Gesetzes verdrängt worden. Man darf nicht unterschätzen, daß das Bestehen solcher Gesetze das Rechtsbewußtsein verwirrt und das Verantwortungsgefühl schwächt. Dem freigewordenen Menschen, der freigewordenen Frau kann es wieder tiefe Überzeugung werden, daß die Mutterschaft eine Gnade und ein Heiligtum ist, an dessen Vollendung sie ohne zwingenden inneren oder äußern Grund nicht rühren wird. Gewiß wird es auch Leichtsinrige und Bequeme geben, die eine Umgestaltung des Gesetzes ausnutzen werden. Aber solche gab es immer, sie werden durch den Zwang nicht besser, und sie sind es sicher, die sich auch heute schon dem Gesetz am ersten zu entziehen wissen; sie fallen auch, wie die Zahlen beweisen, für das Problem in seiner Gesamtheit nicht stark ins Gewicht. Daß man der Ehrfurcht vor dem werdenden Leben auch im Gesetz eine gewisse Stütze geben will, zeigt der sozialdemokratische Antrag dadurch, daß er die Abtreibung nur innerhalb der ersten 3 Monate, in denen die Frucht noch unentwickelt ist, für straffrei erklären will (siehe dazu auch den Artikel Quesels Die Strafflosigkeit der Abtreibung, in den Sozialistischen Monatsheften 1920 II Seite 655 und folgende).

Auch innerhalb der Frauenbewegung ist die Stellung dem Problem gegenüber nicht einheitlich. In der Frau vom März 1925 bekämpft die Ärztin Hilde Adler in einem Aufsatz zur Frage des § 218 des Reichsstrafgesetzbuches die Freigabe der Abtreibung, jedoch nicht aus der grundsätzlichen Einstellung heraus, wie etwa Muckermann, sondern vorwiegend aus Zweckmäßigungsgründen. Sie glaubt nicht, daß die Aufhebung der Strafparagrafen zu einer Zunahme des unehelichen Geschlechtsverkehrs führen würde (ein Argument, das sonst bei der Verteidigung der Paragrafen eine große Rolle spielt), wohl aber, daß sie eine Bevorzugung der Abtreibung gegenüber den empfängnisverhütenden Mitteln zur Folge haben und daher eine Vermehrung der venerischen Krankheiten hervorrufen würde. Die Redaktion der Frau bemerkt zu diesem Aufsatz, daß die Anschauungen auf dem Gebiet der sexuellen Sittlichkeit nicht gelockert werden dürften, weil das stets auf eine Brutalisierung und sexuelle Versklavung der Frau hinausliefe. Gegenüber dem Standpunkt, wie er in dem Buch Muckermanns vertreten wird, könnte man die hier vorgetragenen Ausführungen mit ihrer Empfehlung antikonzeptioneller Mittel schon als Lockerung sittlicher Anschauungen bezeichnen. Immerhin liegt hier in der Tat eine Gefahr, die man nicht unterschätzen soll. Man muß hoffen, daß durch die Freiheit die Stärke der Frau wachsen wird ihr zu begegnen.

Die gesetzgebenden Körperschaften in den Ländern und im Reich haben sich in den letzten Jahren mehrfach mit dem Problem beschäftigt. Im Juni 1924 wurde in der *hamburgischen* Bürgerschaft ein Antrag angenommen, in dem der Senat ersucht wird bei der Reichsregierung unverzüglich für Abänderung der §§ 218 und 219 einzutreten. Nach dem Antrag soll Straffreiheit bei allen Verstößen gegen die Abtreibungsparagrafen gewährt werden, ausgenommen bei wucherischer Ausbeutung oder fahrlässiger Verletzung. Im Juli 1924 fand im Bevölkerungspolitischen Ausschuß des *preußischen* Landtags eine Debatte über die Anträge der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei statt, die Amnestie für die auf Grund der §§ 218 und 219 Verurteilten verlangten. Die Anträge wurden ebenso wie eine Resolution der Sozialdemokratischen Partei auf die Reichsregierung im Sinn ihres Antrags von 1920 einzuwirken mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien ab-

gelehnt. Doch hat sich die preußische Regierung bereit erklärt für eine Milde rung der Strafen einzutreten. Im Reichstag begründete am 18. März 1925 die Abgeordnete Anna Margarete Stegmann, eine Nervenärztin, den sozialistischen Antrag, indem sie auf die wirtschaftliche Not hinwies, die Tausende von Frauen zur Zerstörung ihres Mutterglücks treibt. Der Reichsjustizminister erklärte, daß er seinen ablehnenden Standpunkt in dieser Frage niemals aufgeben werde.

In *Österreich* ist die Bewegung schon seit mehreren Jahren im Fluß. Der Bund österreichischer Frauenvereine hat vor längerer Zeit Gesetzesvorschläge ausgearbeitet, nach denen die Frauen, die kranke Kinder zu erwarten haben, oder die in so großer wirtschaftlicher Not sind, daß sie ihre Kinder nicht erhalten können, die Schwangerschaft unterbrechen dürfen.

In der *Schweiz*, wo man im Jahr 1920 in Basel schon den Versuch gemacht hatte eine gesetzliche Regelung, wie sie in Deutschland der sozialistische Antrag anstrebt, durchzuführen (siehe diese Rundschau, 1921 I Seite 404), weisen die krassen Gegensätze der Rechtsprechung, wie sie in den verschiedenen Kantonen bestehen (in Genf und Zürich werden Abtreibungen kaum verfolgt, im Aargau werden sie mit schwersten Zuchtstrafen belegt), dringend auf die Notwendigkeit einer Neugestaltung des Strafrechts hin.

Auch in *Amerika* werden heftige Kämpfe um die Frage der Geburtenregelung ausgefochten, wie aus einem offenbar aus sozialistischem Lager stammenden Pamphlet *Birth Control and Republican Prosperity* von Charles Smith /New York, Selbstverlag/ hervorgeht, in dem der Verfasser die Gegner freiheitlicher Bestrebungen parodiert.

Eherecht

Am 18. März wurde im Reichstag auch die Frage der Ehescheidung besprochen, deren Erleichterung ein sozialdemokratischer Antrag forderte, und zwar in ähnlichem Sinn wie sie auch der Bund deutscher Frauenvereine erstrebt (siehe diese Rundschau 1924 Seite 521 und folgende). Auch hier erklärte der Reichsjustizminister seinen ablehnenden Standpunkt nie aufgeben zu wollen. Daß auch in dieser Frage die Formen des Rechts hinter der Wirklichkeit des Lebens zurückgeblieben sind, beweist die Statistik der Ehescheidungen für das preußische Staatsgebiet. Sie zeigt seit dem Jahr 1914,

wo die Anzahl der Ehescheidungen rund 11 000 betrug, eine ständige Zunahme, nur während des Krieges vorübergehend einen Rückgang. Von 8500 im Jahr 1918 stieg sie auf 13 300 im Jahr 1919 und steigerte sich in den folgenden Jahren weiter: 1920 22 534, 1921 25 160, 1922 23 711. Unter den Ehescheidungsgründen ist Ehebruch häufiger geworden. Diese Tatsachen zeigen, daß durch starren Zwang die Heiligkeit der Ehe nicht geschützt werden kann. Aber eine Erleichterung der Ehescheidung läßt sich ohne große Benachteiligung und Gefährdung der Frau als des wirtschaftlich weit schwächeren Teils nicht durchführen, wenn nicht gleichzeitig das eheliche Güterrecht neu geregelt wird. Die "Freiheit", die in Rußland eingeführt ist, wo zur Scheidung nur die Willenserklärung eines der Gatten notwendig ist, bedeutet daher, daß für die Frau keine besonderen Sicherungen geschaffen sind, in den meisten Fällen für sie eine starke Benachteiligung. Der Bund deutscher Frauenvereine legt in seiner Propaganda für Umgestaltung des Eherechts großen Nachdruck auf die Neuregelung des ehelichen Güterrechts. Er fordert Gütertrennung und eine Erziehungsgemeinschaft in der Ehe, die der Frau die Hälfte des in der Ehe vom Mann Erworbenen sichern würde, soweit diese Hälfte das, was die Frau eventuell selbst in der Ehe erworben hat, übersteigt. Einen Vorschlag, der sich in gewisser Weise mit diesen Bestrebungen berührt, machte Heinrich Peus in der Neuen Generation, in einem Artikel Heimstätte und Ehefreiheit, der mit Wärme für die Rechte der Frau eintritt. Voraussetzung ist die Einführung der gesetzlichen persönlichen Wohnungssparpflicht. Jeder Staatsbürger soll verpflichtet werden einen bestimmten Prozentsatz seines Einkommens für eine eigene Heimstätte zu sparen. Diese Sparpflicht, die für beide Geschlechter in gleicher Weise bestehen soll, wird nach der Verheiratung vom Mann für die Frau, die neben ihrer Hausarbeit keinen Beruf ausübt, mitübernommen. Bei der Ehescheidung aber soll der Frau ohne Rücksicht auf die Schuldfrage das Heim, das von beiden erspart ist, verbleiben, nur belastet mit dem Sparbetrag des Mannes. Diese Sicherung der Frau würde eine größere Freiheit in der Gestaltung der Ehe ermöglichen; diejenige Freiheit würde gesichert, die die Würde des ehelichen Lebens schützt, nicht die Willkür, die mit der Lösung der Ehe spielt.

Sexualpädagogik - Die Freiheit allein, so sehr heute auch um sie gekämpft werden muß, ist noch kein letztes Ziel. Es hilft nichts, daß erstarrte Formen gestürzt werden, wenn nicht neues, besseres Leben an ihre Stelle tritt. Dieser wichtigeren Aufgabe dient in erster Linie die Erziehung. Sie muß den Menschen, schon den heranwachsenden, warnen und von innen her festigen gegen Gefahren, gegen die man ihn durch Zwang von außen fälschlich geglaubt hat schützen zu können. Ein wesentliches Stück vorwärts auf diesem Weg führt die ausgezeichnete Schrift des Berliner Arztes Max Hodann Bub und Mädels, Gespräche unter Kameraden über die Geschlechterfrage, das in der Sammlung *Entschiedene Schulreform* /Leipzig, Ernst Oldenburg/ erschienen ist. Der Verfasser hat in Gruppen der proletarischen Jugendbewegung mit Knaben und Mädchen sexuelle Probleme behandelt, und aus dieser pädagogischen Praxis heraus ist das Büchlein erwachsen. Zunächst werden in voller Offenheit die Organe und Vorgänge des Geschlechtslebens besprochen, in einer Offenheit, die wie ein reinigender Wind alles unschöne Tuscheln und Kichern über das Verhüllte und Verbotene wegfeht und zur Ehrfurcht vor dem Wunder des Werdens und Wachsens erzieht. Dann bespricht der Verfasser mit den Knaben und Mädchen die Regelung des sexuellen Lebens durch die heutigen Gesetze und gesellschaftlichen Anschauungen; er erklärt ihnen vom Standpunkt sozialistischer Gesellschaftsauffassung, wie diese Formen durch die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse bedingt sind, wie sie heute ihre innere Berechtigung verloren haben und mit dem Wanken der Gesellschaftsordnung selbst ins Wanken geraten. Er sucht die Jugend dahin zu leiten, daß sie in sich selbst einen Halt findet. Sie soll sich dem Leben in seiner Fülle und Schönheit öffnen, Kräfte schöpfen aus allen seinen Quellen, aber sich nicht verlieren an die Gewalt der Triebhaftigkeit. Hodann stellt nicht absolute Forderungen auf, an deren Starrheit so oft junge ringende Menschen scheitern, aber er warnt sie eindringlich sich körperlich an einander zu binden, ehe sie reif sind an Leib und Seele, er weist mit allem Nachdruck hin auf die Schwere der Verantwortung, die aus solcher Bindung erwächst. Reich und frei und zugleich stark zu sein in der Beherrschung; dazu will das Buch der Jugend, die heute irrt und sucht, den Weg zeigen.

Kurze Chronik Nach der preußischen Schulstatistik von 1921, die erst 1924 veröffentlicht wurde,

ist die *Berufsschulpflicht* für Mädchen erst ganz unvollkommen durchgeführt, es sind von den fortbildungsschulpflichtigen Knaben 50%, von den Mädchen 9% eingeschult. ◊ Die Anzahl der an *deutschen Universitäten* studierenden Frauen ist von 8591 im Sommer 1923 jetzt auf 7474 zurückgegangen. Die Verteilung auf die Fakultäten zeigt im Gegensatz zu der früher fast ausschließlichen Bevorzugung des philosophischen und medizinischen Studiums ein stärkeres Interesse auch an anderen Fächern, besonders an Nationalökonomie und Rechtswissenschaft. ◊ Der Bund für Mutterschutz wies in einem Flugblatt vom 24. Dezember 1924 aus Anlaß seines 20 jährigen Bestehens darauf hin, daß durch die neuesten, im Reichsrat beschlossenen Richtlinien für die Reichswochenfürsorge, nach denen das Inkrafttreten der Fürsorge von der Bedürftigkeit abhängen soll, die gesamte *Mutterschutzfürsorge* schwer gefährdet wird (siehe diese Rundschau, in diesem Band Seite 168). ◊ In London ist vom Stadtrat beschlossen worden, daß Ärztinnen, die in städtischen Krankenhäusern angestellt sind, ihren Dienst aufgeben müssen, wenn sie sich verheiraten. Ein *Eheverbot* besteht dort auch noch für Lehrerinnen. ◊ Die Dozentin an der Handelshochschule in Mannheim *Elisabeth Altmann-Gottheiner* ist zum Professor ernannt worden. Ihre wissenschaftliche Tätigkeit galt vor allem sozialpolitischen Fragen; der Frauenbewegung leistet sie seit Jahren durch intensive Mitarbeit wertvolle Dienste. ◊ Am 25. Februar vollendete *Martha Hoppe*, Vorstandsmitglied im Deutschen Textilarbeiterverband, ihr 65. Lebensjahr. Sie wirkt seit 2 Jahrzehnten werbend und lehrend für die gewerkschaftliche Organisation der Textilarbeiterinnen. Daß dem Verband heute mehr als 200 000 weibliche Mitglieder angehören, die sich zum Teil lebhaft an den Organisationsarbeiten beteiligen, ist größtenteils ihr Verdienst. Die Leser dieser Zeitschrift kennen auch ihren instruktiven Beitrag zur Artikelserie über die Berufsarbeit der Frauen (Frauenerwerbsarbeit und Textilindustrie, in den Sozialistischen Monatsheften 1917 III Seite 919 und folgende). ◊ Am 5. Mai wurde *Hedwig Heyl* 75 Jahre alt. Sie hat auf dem Gebiet der Jugendfürsorge und der wirtschaftlichen Frauenbildung Hervorragendes geleistet.

WISSENSCHAFT

Psychologie Wolfgang Metzger

Sexualpathologie Den umfassendsten Überblick über die geschlechtlichen Seelenstörungen und Verirrungen gibt immer noch *Richard von Krafft-Ebing's* Psychopathia sexualis, die vor kurzem in der 16. und 17., von Albert Moll völlig umgearbeiteten Auflage erschien /Stuttgart, Ferdinand Enke/. Der Aufbau des Buches läßt noch deutlich den Versuch der jugendlichen Forschung erkennen die Perversitäten nach Objekten einzuteilen (die Versuchung dazu ist auf diesem Gebiet besonders groß); doch hat Moll in seiner Bearbeitung nicht nur das alte Belegmaterial gesichtet und es durch charakteristisch neues bereichert sondern auch die theoretischen Erörterungen dieses jetzt schon als klassisch zu wertenden Werkes in weitgehendem Maß modernisiert.

Wie weit die Sexualpathologie inzwischen doch über den Standpunkt eines äußerlichen Klassifizierens hinausgekommen ist, zeigt noch eindringlicher *Arthur Kronfeld's* Beitrag zu diesem Thema in Gustav Aschaffenburgs Handbuch der Psychiatrie /Wien, Franz Deuticke/. Er zeigt zugleich, daß die treibende Kraft bei diesen wissenschaftlichen Fortschritten die Psychoanalyse ist, ohne die man hier keinen Schritt mehr tun kann. Mit Rücksicht auf seinen Zweck ist das Buch selbst zu sehr gedrängter Bericht, als daß eine noch gedrängtere Darstellung seines Gedankengangs möglich wäre. Es sei nur hervorgehoben, daß in der starken Verwertung des Subjektiv-Phänomenalen bei allem geschlechtlichen Geschehen ein bedeutender Fortschritt gegenüber den Aufstellungen der Psychoanalytiker über das "eigentlich" Wirkliche liegt. Der Verfasser setzt von diesem Standpunkt aus den Menschen nicht mehr aus erogenen und neutralen Zonen zusammen, bei welcher Auffassung jede beliebige Art geschlechtlicher Erlebnisse dann einfach den Erregungen dieser Zonen und der Lösung dieser Erregungen zugeschoben, und alles, was der Mensch sonst noch "dazu" erlebt, als bloße Verkleidung oder Verzierung dieses lokalen Vorgangs gedeutet wird. Vielmehr sucht er das geschlechtliche Erleben als ein Gesamterleben des Menschen im Zusammenhang mit seinem sonstigen Erleben zu verstehen; und dies ist etwas durchaus anderes, als wenn man alles übrige Erleben kurzerhand als "eigentlich sexuell" erklärt.

Die umstrittenste Frage der Sexualpsychopathologie behandelt in selbständiger Art *Max Rudolf Senfs* Schrift *Homosexualisierung* / Bonn, A. Marcus & E. Weber/. Sie stellt einen Versuch dar die Homosexualität, im Gegensatz zu den heute herrschenden Erklärungsweisen, nicht aus der jeweiligen biologischen Konstitution abzuleiten sondern aus einer verständlichen Entwicklung des normalen Geschlechtstrieb. Besonders einleuchtend wirkt in dem Buch die Aufstellung einer allgemeinen Theorie der geschlechtlichen Perversionen. Der Verfasser fußt zwar an sich ebenfalls auf der psychoanalytischen Lehre, auch auf Annahmen, deren Richtigkeit zweifelhaft ist, unterscheidet sich aber von ihren sonstigen Vertretern in einem wichtigen Punkt. In völlig mechanistischer, atomistischer Auffassung sieht die Psychoanalyse, wenn dies auch nicht immer ausdrücklich zugestanden wird, in den, an die verschiedenen erogenen Zonen gekoppelten Perversionen, die sich aus der allgemeinen Geschlechtlichkeit, und zwar ziemlich weitgehend auch bei normalen Menschen, herauslösen können, die Bausteine der Geschlechtlichkeit. Die normale, gesunde Geschlechtlichkeit ist für sie nichts weiter als die Summe dieser Bausteine, und von diesem Standpunkt aus werden dann die Kinder, statt für triebunsicher, schwankend, tastend, für polymorph pervers gehalten. (Gegen diese Auffassung sprechen nach dem neuen Stand der Psychologie und Biologie nicht mehr, wie die Psychoanalytiker vielfach meinen, ausschließlich ästhetische oder Gefühlsgründe.) Senf sieht demgegenüber in den Perversionen einen Zerfall des ursprünglichen eindeutigen und unzerdachten Gesamttriebs. Die Hauptursache liegt in dem Zwang und der Kompliziertheit der kulturellen und gesellschaftlichen Gesamtgebilde, in die der Mensch hineingeboren, und in denen irgendwie die "runde" Gesamtfaltung gehindert wird (und, wie man hinzufügen möchte, um so mehr, je stärker der Mensch durch seine Konstitution an ihr leidet und von ihr gehemmt wird), in der Hypertrophie einzelner Seiten des Erlebens, die dann weitere Entwicklungen nach sich ziehen kann. So bahnt sich auch ein Weg zum Verständnis der Perversionen geistig sonst völlig gesunder Menschen und ihres gelegentlichen vorübergehenden Anklingens wohl bei der Mehrzahl der absolut gesund zu nennenden Menschen, und wir wären der grotesken, aber durchaus nicht seltenen

Annahme enthoben, daß bei ihnen allen ein versteckt perverses Grundwesen vorliege. Daraus folgt freilich noch nicht, was Senf selbst daraus folgern möchte: daß die Konstitution unwesentlich ist. Vielmehr stellt diese wohl eine Teilsache dar, wie man nach den letzten Forschungen, zum Beispiel Ernst Kretschmers, annehmen muß; was übrigens in keinem Widerspruch zur Senfschen Lehre steht. Ferner begeht Senf an einer entscheidenden Stelle einen folgeschweren logischen Sprung. Die Wandlung der »orgastischen Fixierung«, des Schwerpunkts geschlechtlichen Erlebens, von der natürlich - ursprünglichen Vereinigung zweier ganzer, einander liebender Menschen bis zu den sonderbaren Erlebnisformen typischer Homosexueller erkennt er als logisch notwendig, das heißt als eine verständliche Entwicklung, in der jeder Schritt den folgenden unvermeidlich nach sich zieht. Und nun schließt er von dieser »logischen Notwendigkeit« auf die reale Notwendigkeit dieses Wandels in jedem Fall, oder vielmehr er identifiziert unbemerkt beide und wundert sich dann, daß der Wandel in Wirklichkeit doch verhältnismäßig so selten eintritt. Willkürlich erscheint auch die Behauptung, daß nur bei Männern »echte« Homosexualität vorkomme.

Weibliche Eigenart

Die Arbeit *Otto Lipmanns* *Psychische Geschlechtsunterschiede* /Leipzig, Johann Ambrosius Barth/ sucht die Frage der Gemeinschaftserziehung durch exakte Prüfung auf allen statistisch zugänglichen Gebieten von allen Schlagwörtern und voreiligen Verallgemeinerungen zu befreien. Da durchweg nur Einzeleigenschaften und Einzelleistungen außer allem Zusammenhang verglichen werden, da es fernerhin fraglich ist, ob die Tabelle der geprüften Leistungen irgendwie vollständig, und die Bedingungen dem geprüften Menschen jeweils gemäß waren, so hat man wenig von dem Resultat der Wertungen, wonach bei den Knaben 60%, bei den Mädchen 40% zu ihren Gunsten ausfielen. Im ganzen entspricht die Verteilung der vorzüglich ausgebildeten Eigenschaften, bestimmten Begabungen, Fleiß usw. den sonstigen Erfahrungen des Lehrers. Für die Frage der gemeinsamen Erziehung ergibt sich: Wenigstens im einzelnen ist der Unterschied der Begabungen viel stärker zwischen den Individuen innerhalb eines Geschlechts als der durchschnittliche zwischen den Geschlechtern. Allerdings kommt es da nicht bloß auf die

Begabung an. Und überhaupt erscheinen die Ergebnisse solcher statistischen Untersuchungen wie auch sonst, an der lebendigen Mannigfaltigkeit, die erfaßt werden soll, gemessen, als recht flau und unzureichend.

Mehr aus dem ganzen Menschen heraus sucht *Richard Baerwalds* Schrift *Das weibliche Seelenleben und die Frage seiner Gleichwertigkeit* /Buchenbach, Felsenverlag/ die Unterschiede der Geschlechter zu verstehen, wobei er ebenso die »Minderwertigkeitsmerkmale«, die »physiologischen Tatsachen« entkräftet, wie er sich von dem Dogma freihält, es dürfe von Natur kein geistiger Unterschied da sein. Ein guter Blick für das Wirkliche und Notwendige zeichnet das Büchlein aus, das trotz allem noch in der Mutter die Frau sieht, die ihren besten Beruf gefunden hat. Die Lösung des heute so verworrenen Problems der Mutterschaft ist nach dem Verfasser nur auf einem Weg möglich: Es muß der Frau wieder irgendwie erstrebenswert erscheinen Mutter zu werden. Die Mutter soll für jedes Kind staatlich besoldet werden. Damit müßte zugleich eine Umstellung der Arbeitslöhne auf einfachen Junggesellenbedarf einhergehen. Der Arbeitgeber brauchte dann auf die etwa vorhandene Familie nicht mehr Rücksicht zu nehmen, der Lohn würde dadurch erst zum reinen Arbeitslohn, und alle Steigerungen mit zunehmendem Alter könnten auf rein sachlichem Boden: der gesteigerten Leistung, Zuverlässigkeit oder Verantwortlichkeit, ruhen. Die sehr großen Schwierigkeiten der Lösung sieht Baerwald wohl; er weiß, daß der Staat sein Geld nicht blindlings ausgeben könnte, daß er die Bezahlung an Bedingungen, vor allem an die voraussichtliche Lebentüchtigkeit des erwarteten Kindes, knüpfen müßte, und daß er die Wahrscheinlichkeit der Erfüllung dieser Bedingungen zu einem möglichst frühen Zeitpunkt, das heißt nicht erst bei der Geburt des Kindes, kennen zu lernen suchen müßte. Die Folgerungen, vor die sich Baerwald derart unversehens gestellt sieht, kann man sich leicht ausmalen. Es sei nur bemerkt, daß sie zu seiner sonstigen Auffassung vom Menschen und von einem natürlichen Zustand des menschlichen Lebens absolut nicht passen. Sein Grundgedanke scheint mir trotz allem erwägenswert. Die physiologischen Hypothesen des theoretischen Teils (Dissoziation der Hirnteile usw.) überschlägt man ohne Verlust. Mit dem Hervortreten der Sonderart des weiblichen Geschlechts im Verbrechen

beschäftigt sich das Werk des bekannten Kriminalisten *Erich Wulffen* *Das Weib als Sexualverbrecherin* /Berlin, Paul Langenscheidt/. Sein Gedankengang ist ein gutes Beispiel dafür, wie das Vorhandensein von Perversionen zu dem unberechtigten Schluß führen kann, alles Ordentliche und Erfreuliche sei auf einem Grund von Scheußlichkeiten aufgebaut, der das "eigentliche" Wesen darstelle. Wulffen will die negativen Bewertungen, die moralischen Aburteilungen der italienischen kriminalistischen Schule überwinden. Es bleibt aber trotz allen gegenteiligen Versicherungen beim guten Willen, denn die Entlastung der einzelnen Frau gelingt ihm nur dadurch, daß er die Gesamtheit belastet; er findet in jedem weiblichen Wesen den schlummernden Trieb zum Verbrechen. In jeder Frau die versteckte "Dirne", womit er beileibe nichts gegen das weibliche Geschlecht gesagt haben will. Und zwar mag die Frau stehlen, morden, lügen und begehen, was immer sie will, es ist immer ein Sexualverbrechen. Es ist klar, daß bei der innigen Einheit und Verschlungenheit typisch weiblichen Erlebens dieser Beweis leicht zu führen ist. Nur bleibt immer höchst fraglich, ob die Zentrierung dieses innigen Zusammenhangs auf diese Weise jedesmal richtig gesehen ist. Unbeschadet dieser und anderer Ausstellungen soll aber festgestellt werden, daß das Werk Wulffens eine Publikation hohen Interesses darstellt und geeignet ist den leichtfertigen Urteilenden bedenklich und nachdenklich zu machen. Damit dient es der Gerechtigkeit. Den Juristen erinnert es an die Wahrheit, die er, außer in politischen Prozessen, so gern vergißt, nämlich die: Wenn zwei das selbe tun, ist es nicht das selbe. Brauchbares Material enthält das Buch in Fülle.

Lebensfragen Der Krieg und die ihm folgenden Nöte mit all ihren seelischen Erschütterungen und Bedrückungen verstärkten noch das durch die Daseinshemmungen unserer Zivilisation ohnehin schon dringliche Verlangen: durch "innere Mittel", durch Selbstzucht, durch eine Wandlung unserer Grundeinstellung zum Schicksal, zu einem lebenswerten Dasein zu gelangen. 2 lesenswerte Schriften, die hierzu helfen wollen, liegen vor. Was sie von einander unterscheidet, deuten schon ihre Titel an: *Wolfgang Bohm*, ein Nervenarzt, nennt seine Studie *Die Selbstheilung der kranken Seele durch Erkenntnis und Vertiefung* /Leipzig,

Max Altmann/, *Richard Baerwald* die seinige: Der Mensch ist größer als das Schicksal, Betrachtungen über die Methode des sieghaften und frohgemuten Lebens /Leipzig, J. C. Hinrichs/. Bohn sucht das Übel an der Wurzel zu fassen; er möchte den an sich und der Welt Leidenden zu der Wunschlosigkeit des mystischen Weisen führen, um ihn endlich vor jedem Leid zu bewahren. Der Vertiefte strebt nach der Abgeschiedenheit, und unabhängig verweilt er, und nichts in der Welt begehrt er.« Der Verfasser hat das Tiefste, was seit Buddha in aller Mystik vom richtigen Leben gesagt und erlebt worden ist, zu einem organischen Ganzen vereinigt; er hat ein Ideal daraus aufgebaut, das unsere Achtung fordert, das manchem helfen wird, vor dem aber der taffrohe Mensch Europas, sollte es ihm auch recht schlecht gehen, ein gewisses Frösteln empfindet, wenn er ihm nicht überhaupt sogleich ein entschlossenes Nein entgegenstellt.

Dem Menschen Europas entspricht eher Baerwalds Art, die darauf gerichtet ist, daß in allem Erleben immer auch eine gute Seite zu finden sei, wie man auch das Gewitter nicht scheue, das die Luft reinigt, und die auf das Greisenideal der Wunsch-, Schmerz- und Leidenschaftslosigkeit verzichtet. Allerdings zeigt sich ein wesentlicher Unterschied zwischen seinen Vorschlägen: Die einen, in denen die (angenehmen oder unangenehmen) Gefühle, wenn auch nicht ausdrücklich, als abgelöste Bestandteile auftreten, von denen die angenehmen (optimistischen) mit aller Gewalt eingebläut werden sollen, hat am besten Nietzsche im Zarathustra als die Methode des guten Schlafs geschildert. Durch die Gewalttätigkeit ihrer Methode und ihre Isolierung sind sie immer hart an der Grenze des Selbstbetrugs, wenn nicht sogar darüber, der in vielen Fällen zwar betäuben, aber nie heilen kann. Wesentlichen Menschen sind solche Vorschläge immer abstoßend. Die anderen Vorschläge Baerwalds gehen gar nicht auf die Gefühle und Stimmungen des Menschen aus, als ob das Dinge wären, die man an- und ausziehen kann. Sondern es sind Anweisungen, wie man eine sachliche Stellung zu den Dingen gewinnt, es sind Hinweise auf die tieferen Zusammenhänge, Anleitungen, wie man vom Augenblick und seiner Begrenztheit und Enge loskommt. Diese sind das Beste an dem Buch.

Alle die Tausende junger Menschen, die einem geistlosen, rückwärtsgerichteten

Nationalismus (dem Widerspiel wahren Nationalgefühls) zum Opfer fallen, sollten *Paul Feldkellers* lebendiges Schriftchen Vaterland /Buchenbach, Felsenverlag/ lesen. Es zeigt, wie für jene Nationalisten das Vaterland etwas Zufälliges ist, da sie jedes andere Land, in dem sie geboren wären, ebenso vergöttern würden. Daß das wirklich Wertvolle am Vaterland gerade von denen geschaffen wurde, die ihrem eigenen Gesetz folgten, ohne Rücksicht auf geltende, ohne Rückblick auf geschichtlich gewordene Normen, von denen, die während ihres Lebens stets als "Vaterlandsverräter" verschrien wurden, während sich die Nationalisten dann auf sie berufen und sich mit ihren Lorbeeren schmücken. Man denke an Kant oder Goethe. Wie wir uns selbst zu verhalten haben, um dem Vaterland wahrhaft zu dienen, ist damit schon gesagt: »Es gibt keine besondere patriotische Pflicht neben dem einen, allumfassenden Sittengesetz.« Feldkeller veröffentlichte ferner eine kulturphilosophische Monographie über den Patriotismus /Buchenbach, Felsenverlag/. Er behandelt darin die Stellung, Wertung und Begründung des Patriotismus bei den verschiedensten Philosophen seit Kant und kritisiert sie auf Grund seiner eigenen phänomenologischen Betrachtungsweise. Er kommt zu dem Schluß, daß die jeweilige begriffliche Begründung des Patriotismus völlig zufällig ist und eben dadurch eindeutig auf einen Instinkt als Realursache hinweist. Den Schluß des vorliegenden 1. Bandes bildet eine lehrreiche Schilderung der verschiedenartigen Typen des »unkritischen Vaterlandsbegriffs« und des auf ihn begründeten Patriotismus.

Der Verfasser der Schrift Kapitalismus und Sozialismus als seelisches Problem /München-Gladbach, Volksvereinsverlag/, *August Piper*, sieht, sicher sehr mit Recht, im Geist des Kapitalismus eine der tiefsten Ursachen für die seelischen Zerstörungen, die seelische Verödung der Gegenwart. Er hebt hervor, daß der Rationalismus, den man so oft für ein Wesensmerkmal des Sozialismus nahm, es ganz und gar nicht sei, ihm vielmehr nur als Begleiterscheinung seiner Entstehungszeit beigegeben schien. Er hebt auch die geistig-sittlichen Fehler hervor, die die Sozialdemokratie von Kriegsbeginn an gemacht hat. Das Heilmittel, das er für die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Notstände unserer Zeit, die Ursachen unserer seelischen Leiden empfiehlt, ist der Geist der Versöhnlichkeit und des gegenseitigen Verständnisses;

wirtschaftlich die Rückkehr zu einer berufsständischen Ordnung, der »organischen Volksgemeinschaft« aus dem Geist der Bruderliebe der Religion Christi.

Neuauflagen Otto Bobertag gab als 15. Band der Bibliothek der Philosophen (München, Georg Müller/ *Bernard de Mandevilles* viel umstrittene Bienenfabel oder Der Einzelnen Laster, des Ganzen Gewinn neu übersetzt heraus. Er schrieb eine temperamentvolle kritische Einleitung, die Mandeville aus seiner Zeit heraus zu begreifen sucht und ihn vor allem als konsequenten Psychologen und schließlich Ethiker darstellt. Einige andere Schriften Mandevilles sind beigegeben. Im Interterritorialen Verlag Renaissance in Wien brachte Anna Nußbaum eine deutsche Ausgabe der Phantasieen eines einsamen Wanderers von *Jean Jacques Rousseau* deutsch heraus. Über dieses Werk noch etwas auszusagen ist heute wohl überflüssig. Es genügt, daß Rousseau der Verfasser ist, und daß er, worauf in der überaus verständnisvollen Vorrede hingewiesen wird, in dieser seiner letzten Schrift, in den Konfessionen absichtlich weggelassene oder einfach vergessene »Aufzeichnungen von Träumen, Betrachtungen, Erinnerung an Vergangenes« gemacht habe. Die Übersetzung ist gut; man spürt den Fluß des Französischen dahinter, ohne daß das Deutsche darunter Schaden litte.

Gemeinverständliche Schriften Georg Sommers Büchlein *Leib und Seele* (in der Teubnerschen Sammlung Aus Natur und Geisteswelt) ist zu begrüßen, sofern es im Anschluß an Driesch zeigt, daß man Lebensvorgänge und seelisches Geschehen wie Formbildung und Handlung mit Maschinenvorstellungen nie erfassen kann. Die Annahme einer besondern Seelensubstanz, die im Lebewesen mit der gewöhnlichen Materie verbunden ist und dort das Naturgeschehen lenkt, ist aber keine bessere Lösung des Problems, denn für die neue Substanz bleiben alle Rätsel unverändert bestehen. Zudem weisen die neueren Forschungen auf eine viel einfachere und umfassendere Lösung hin.

Totenliste Ende November 1924 starb der amerikanische Psychologe *Edmund Clark Sanford* mitten in den Vorbereitungen zur Gedenkfeier für seinen Vorgänger *Granville Stanley Hall*, über dessen Tod erst das vorige Mal in dieser Rundschau (in

diesem Band Seite 48) berichtet wurde. Sanford war lange Zeit Präsident des Clark College in Worcester /Massachusetts/. Er galt in Amerika als einer der bedeutendsten Experimentalpsychologen. Seine Arbeiten befaßten sich hauptsächlich mit Entwicklungsfragen. Zu Beginn des Jahres 1925 wurde die Ärztin und Psychoanalytikerin *Hermine Hug-Hellmuth* von ihrem Neffen ermordet, dessen Erziehung sie sich nach dem frühen Tod seiner Mutter zur Aufgabe gestellt hatte. Hug-Hellmuth hatte sich besonders der Psychologie des Kindes gewidmet; über dies Gebiet sind in den psychoanalytischen Zeitschriften (Zentralblatt für Psychoanalyse, Internationale Zeitschrift für Psychoanalyse, Imago) zahlreiche Arbeiten von ihr erschienen. In weiteren Kreisen wurde man auf sie aufmerksam, als sie die Schriften Aus dem Seelenleben des Kindes /Wien, Franz Deuticke/ veröffentlichte, und besonders als sie sich als Herausgeberin des Tagebuchs eines halbwüchsigen Mädchens /Leipzig, Internationaler Psychoanalytischer Verlag/ bekannte, das bei seinem ersten Erscheinen so viel Aufsehen, Anstoß und Unglauben erweckte, weil es von für gewöhnlich sorgsam verschwiegenen und natürlicher- und gesunderweise, bald vergessenen Erlebnissen spricht, Erlebnissen, die aber auch bei seelisch und sittlich gesunden Kindern nicht weniger wirksam sind und zur Zeit ihres Auftretens oft tief in das Leben eingreifen, meist ohne daß der Erzieher mehr sieht als die Symptome, deren Ursache er in dem ihm bekannten Erleben des Kindes vergebens sucht. Es ist tragisch, daß Hug-Hellmuth nun dem Menschen zum Opfer fiel, an dessen schwierigerem, reizbarem und rücksichtslosem Wesen sie viel zu leiden, aber eben so viel zu lernen hatte: sie kam an den Erfahrungen mit ihm zu der Erkenntnis, die Einfachheit und der Friede der kindlichen Seele sei mindestens meistens bloß Schein, und wurde dadurch zu ihren weiteren Untersuchungen getrieben. Es ist jetzt billig zu fragen, welchen Wert die Einsichten in die Kindesseele hatten, die sie zu verbreiten bemüht war, da sie das Geschehene nicht zu verhüten imstande waren. Ernster, überhaupt für die ganze Richtung, der sie angehörte, ist die Frage, wie weit an diesem und ähnlichen Fällen gewonnene Erkenntnisse auf solche Menschen übertragen werden dürfen, die an ihren ehemaligen Erziehern nicht zu Mördern und an den geheimen Erlebnissen zu Beginn der Reife nicht zu Schriftstellern werden.

Kurze Chronik Es ist erfreulich, wie die Psychologie die durch den Krieg hervorgerufene, für die Wissenschaft so unnatürliche und hemmende Isolierung zu überwinden sich müht. In Amerika merkt man, daß in der europäischen Psychologie in den letzten 10 Jahren einiges vor sich gegangen ist, mit dem es sich verlohne bekannt zu werden. Zurzeit halten sich in den Vereinigten Staaten 3 namhafte europäische Psychologen auf. Seit dem Sommer 1924 liest Anathon Aall /Kristiania/ an der Columbia University, Kurt Koffka /Gießen/ erst an der Cornell University, dann an der Harvard University, seit März 1925 Wolfgang Köhler /Berlin/ an der Clark University, später dann voraussichtlich an der California University. ◊ Über die Tätigkeit der Berliner Psychoanalytischen Poliklinik liegt der 2. Bericht vor, der die Zeit vom Juni 1922 bis zum März 1924 umfaßt /Leipzig, Internationaler Psychoanalytischer Verlag/. Er enthält ausführliche Richtlinien für die Unterrichts- und Ausbildungstätigkeit, der sich die Anstalt in der letzten Zeit mit besonderem Eifer widmete. Bemerkenswert ist, daß die an der Klinik unternommenen Versuche die Analyse mit anderen psychotherapeutischen Verfahren zu kombinieren keine dazu geeigneten auffinden ließen, daß aber neuerdings in aus irgendwelchen Gründen für die Analyse nicht geeigneten Fällen statt ihrer Hypnose mit einfachen Heilsuggestionen angewandt wird. ◊ Am 1. September 1924 eröffnete das Jugendamt Hamburg Heilpädagogische Beratungsstellen für Kinder und Jugendliche, diese wollen sich nicht nur mit offensichtlich kranken sondern mit allen irgendwie »auffälligen« Kindern befassen. ◊ Ganz anderen Zwecken soll die Psychologisch-Pädagogische Beratungsstelle dienen, die dem Psychotechnischen Institut Zürich angegliedert wurde. Es hatte sich bei den Untersuchungen des Instituts sehr häufig herausgestellt, daß die geistigen Fähigkeiten der Prüflinge viel besser entwickelt sein könnten als sie es tatsächlich waren. Die neue Beratungsstelle will in allen solchen Fällen zu einer möglichst günstigen Weiterentwicklung der brachliegenden Fähigkeiten verhelfen. ◊ In Rom wurde eine Montessorigesellschaft gegründet. Maria Montessori veranstaltet vom 1. April bis Ende Juli 1925 in London ihren 12. Internationalen Lehrkurs über moderne Kindererziehung. Auskunft erteilt der Verlag Julius Hoffmann in Stuttgart.

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Soziologie Der Leiter des im Jahr 1919 in Köln gegründeten Forschungsinstituts für Sozialwissenschaften Leopold von Wiese hat den 1. Band einer allgemeinen Soziologie erscheinen lassen /Münchener Duncker & Humblot/. Der Standpunkt des Verfassers, die Auffassung der Grundfragen, mit denen es die Soziologie als Gesellschaftslehre zu tun habe, stimmt mit der Richtung überein, in der sich das hier früher besprochene soziologische Buch Alfred Vierkants bewegte (siehe diese Rundschau und die Rundschau Philosophie, 1924 Seite 137 und 716 und folgende). Eine Gesellschaftslehre, die systematisch ihren Gegenstand behandeln will, muß nach Wiese von einer klassifizierenden Übersicht aller Beziehungen ausgehen, die im Kontakt der Individuen unter einander und mit bereits gewordenen sozialen Gebilden möglich sind. In diesem Sinn nennt er diesen Band Beziehungslehre. Statt von den Zwecken auszugehen, die den in Stämmen und Staaten sich abspielenden gesellschaftlichen Lebensprozessen auf Grund der allgemeinen menschlichen Natur von vornherein gesetzt sind (eine Betrachtungsweise, die dann die eminente Rolle der Ökonomie, des materiellen, Produktion und Verteilung umfassenden Bedarfsdeckungsmodus für die Ausgestaltung des Gesamtprozesses, unmöglich übersehen kann und in der Beziehung hierauf einen leitenden Gesichtspunkt für die Untersuchung von »Bau und Leben des sozialen Körpers« findet), lehnt er einen solchen Gesichtspunkt für die reine Soziologie ausdrücklich ab. Das Aufsuchen all der möglichen und wirklichen Beziehungen von Mensch zu Mensch in dem gesellschaftlichen Zusammensein gibt aber doch auch nicht die mindeste Handhabe, die für ein systematisches Eindringen in die Struktur des Gesamtprozesses fruchtbar werden kann. Wie uferlos das Unternehmen, wie sehr diese Beziehungen jeder Bemühung spotten sie nach einem System von Merkmalen zu klassifizieren, tritt in der von dem Autor dem Band beigelegten großen »Tafel der menschlichen Beziehungen in soziologischer Betrachtung« dem Leser am frappantesten vor Augen. Ganze Kolonnen von Nomenklaturen, nach Stichworten zusammengestellt, marschieren da auf, ohne daß irgendein leitendes Prinzip der Ordnung sichtbar würde. Die Natur der Sache schließt die Anwendung brauch-

barer Klassifikationsmerkmale, wie sie etwa auf dem Gebiet der Botanik und Zoologie gegeben sind, hier völlig aus. Ganz andere Ziele setzt sich der von *Max Scheler* im Auftrag des Kölner Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts herausgegebene Sammelband *Versuche zu einer Soziologie des Wissens* (München, Duncker & Humblot). Das Werk repräsentiert, und zwar in durchaus interessanter Weise, jene Richtung, von der es in dem Vorwort zum Buch Wieses heißt, »daß sie es vorziehe im Namen der Soziologie Geschichtsphilosophie, Wert und Sinndeutungen, Spekulationen über Geist und Kultur zu geben«. Der Eindruck, den man schon aus anderen neueren Publikationen Schelers gewann: daß er mit der Pose barbarisch blinder Instinkt- und Machtverherrlichung, die, freilich vor 10 Jahren, sein ominöser Genius des Krieges markierte (siehe auch diese Rundschau, 1915 I Seite 152 und folgende), endgültig gebrochen hat, wird durch die überraschend geistvolle und perspektivenreiche, den Band einleitende Abhandlung *Probleme der Soziologie des Wissens* vollauf bestätigt. Für das Gären und Wogen sich drängender Einfälle und Gedanken reicht selbst seine ungewöhnlich bildsame Sprachgewalt kaum aus. Der Reichtum von Nuancierungen dehnt die Sätze oft über jedes Maß. Die Lektüre verlangt Anstrengung, aber der Leser, der die Mühe auf sich nimmt, fühlt sich am Ende nicht betrogen. Die Dunkelheiten entspringen nicht, wie sonst so oft, gedanklicher Wirrnis oder einer Sucht des Vornehmuns und Imponierens, sie sind nur ein Effekt der Überfracht, die in den Ausführungen zu verladen ist. Was sich aus diesen Anfängen schließlich herauskristallisiert wird, insbesondere, ob der Scheler vorschwebende Gedanke einer Fundamentierung der Soziologie auf eine Grundstruktur menschlichen Wesens zu Resultaten führt, kann erst die Zukunft zeigen. Aber leidenschaftlicher Wille und starke Kraft sind vorhanden. Unbeschadet seines Glaubens an die Metaphysik, in der er die höchste Blüte menschlichen Geistes sieht, ist doch Schelers allgemeiner Standpunkt soziologischer Betrachtung wesentlich realistisch. Zwar hält er jeden Versuch einer »Ableitung« des geistigen Bewußtseinsinhalts einer Epoche (ihrer Religion, ihrer Philosophie usw.) aus den »Realfaktoren des Gesellschaftslebens«, also insbesondere aus der Ökonomie, für aussichtslos; aber ebenso entschieden ver-

wirft er jede Philosophie, die, wie die Hegelsche, den Gang der Geschichte als einen letzthin geistigen Prozeß ausdeuten will, der in den anderen Zweigen des Gesellschaftslebens sich nur abbildet und widerspiegelt. Jenen Realfaktoren komme vielmehr eine durch die jeweils gegebenen Machtverhältnisse und die strukturbedingten Klasseninteressen vorgezeichnete Eigenbewegung zu. Und dies gegebene "Reale" grenzt so von vornherein nach Scheler den Spielraum ab, in dessen Rahmen eine geistige Entwicklung jeweilen überhaupt möglich ist, und innerhalb dessen sie sich aus bloß Gedanklichem allererst in irgendeine auf die Fortgestaltung dieses Realen wirkende Kraft und Macht umsetzen kann. In der geschichtlichen Betrachtung der Realfaktoren meint er eine Stufenfolge der Phasen unterscheiden zu können, in deren 1. die Bluts- und Verwandtschaftsverhältnisse, in deren 2. politisch bedingte Machtverhältnisse, und in deren 3. (der modernen bürgerlichen Gesellschaft) die ökonomischen Verhältnisse von entscheidender Bedeutung sind. Er ist der Ansicht, daß hier in dieser 3. Phase, auf die Marx' ökonomische Geschichtsauffassung speziell eingestellt ist, der Spielraum für geistige Entwicklungsmöglichkeiten unvergleichlich freier und weiter als in den früheren Epochen sei. Von romantisch mittelalterlicher Schwärmerei, die sich heutzutage vielfach bemerkbar macht, ist nichts bei ihm zu spüren. Er hält es für eine Selbsttäuschung, wenn die soziologische Betrachtung auf eine sogenannte natürliche Weltanschauung als Ausgangspunkt und Grundlage alles weiteren Wissens exemplifiziert. Ein solcher fest umgrenzter natürlicher Anschauungsgrundstock sei nirgends nachzuweisen. Das Wort bezeichne nur einen Grenzbegriff, den man zur Charakteristik relativ primitiver, aber bei näherm Hinsehen selbst wieder mannigfach verschiedener Auffassungsweisen verwenden kann. Über sie erheben sich in weiterm Fortgang die verschiedenen höheren Arten und Stufen des Wissens, denen er auch »Mythos und Sage, religiöses Wissen, von der frommen, gefühlswarmen Intuition bis zu dem fest fixierten Dogma der Priesterkirche«, zurechnet. Im Kreis der wissenschaftlich durchgebildeten Wissensarten stellt er die Typen des philosophisch-metaphysischen Wissens, des positiven Wissens, der Mathematik wie der Natur- und Geisteswissenschaften und des technologischen Wissens einander gegenüber.

Hieran schließen sich, um wenigstens auf einiges hinzudeuten, Ausführungen über die primären seelischen Triebkräfte, die auf Erweiterung des Wissens drängen, über die Bedeutung der Magie, über verschiedene Typen der Religionen, über den Gegensatz zwischen wesentlich »biomorpher«, antiker und mittelalterlicher Denkart, die die »Wesenseigengesetzlichkeit der toten Welt«, die systematische Anwendung der Mathematik auf Naturforschung und Technik noch nicht entdeckt hat und dem mechanistischen Weltbild der Neuzeit wie über das Verhältnis von philosophischer Spekulation und Kirche. Nachdrücklich wird unter Protest gegen die Begrenztheit einer mit ausschließlich europäischen Wertmaßstäben messenden Soziologie, auf fundamentale Artunterschiede der asiatischen und der europäischen geistigen Entwicklung hingewiesen und im Umriss der Aufgabenkreis skizziert, den eine Soziologie des Wissens als Darlegung der Wechselbeziehungen zwischen dem Wissen und dem gesellschaftlichen Unterbau zu lösen hat.

Den Abschluß bildet ein Ausblick auf den Plan einer europäisch-kontinentalen Universität. Da könnten »der gemeinsame Wurzelbestand der europäischen Philosophie, Kunst, Wissenschaft, Religion in der Geschichte und die bisher nur mäßig bekannten Verwebungen, Rezeptionen, Beeinflussungen der nationalen Geisteswelten unter einander eine spezielle Pflege finden, die durch den Weltkrieg geschaffene Lage des europäischen Kontinents im Weltzusammenhang nüchtern und klar erfaßt, den törichtesten Träumen geschichtlicher Trägheitswirkung wie den Dumpfheiten bloßer Gesinnungs- und Gefühlspolitik scharf und hell entgegengetreten werden«.

Auch die anderen in diesem Band vereinigten spezielleren Arbeiten sind voll lebendiger Anregung. Sie fügen sich zum größten Teil dem von Scheler entwickelten Programm der Untersuchungsweise ein und illustrieren treffend den spezifischen Artcharakter des modernen Forschungsbetriebs. Beiträge Paul Honnighaus, vor allem seine Ausführungen über die Soziologie der Scholastik mit der überraschenden Parallelisierung mittelalterlich kirchlicher und der vom modernen Staat geschaffenen Bildungsgruppen interessieren.

Der Kieler Professor *Ferdinand Tönnies*, dessen vor 12 Jahren veröffentlichte Untersuchung *Gesellschaft und Gesellschaft* /Jena, Gustav Fischer/ in der

späteren soziologischen Literatur bedeutungsvolle Wirkungsspuren hinterlassen hat, hat einen Band *Soziologische Studien und Kritiken* herausgegeben /Jena, Gustav Fischer/, der den ersten Entwurf jener Arbeit, die Vorreden zu den späteren Auflagen und neben einer Reihe kleinerer Abhandlungen in gekürzter Form die in Schmollers *Jahr*, buch publizierte kritische Artikelserie über die Anwendung der Deszendenztheorie auf die Probleme der sozialen Entwicklung enthält. So gewinnt der Leser ein gutes Bild des Standpunkts, den Tönnies, einer der ersten und ältesten Soziologen an deutschen Universitäten, in seiner Wissenschaft vertritt.

Einführungen Aus dem Nachlaß Rosa Luxemburgs hat Paul Levi einen an 300 Seiten starken Band *Einführung in die Nationalökonomie* herausgegeben /Berlin, E. Laub/. Es sind Niederschriften, die im Zusammenhang mit den Kursen, die sie in der Parteischule abgehalten hat, entstanden sind. Das Buch ist Fragment, gibt aber darum doch eine Vorstellung von der äußerst lebendigen und pädagogisch durchgebildeten Art ihres Lehrvortrags, wovon die Schüler erzählen. Nach einem allgemeinen Ausblick auf das Wesen der ökonomischen Theorie wendet sich die Darstellung der Wirtschaftsgeschichte und dann im 2. Teil, überall im engsten Anschluß an Marx, der Untersuchung der Warenproduktion zu, indessen ohne auf die gewichtigen gegen die Marxsche Wertlehre sich erhebenden Einwände mit einem Wort einzugehen. Verstimmend wirkt die hochfahrend schulmeisterliche Art, in der Luxemburg, sich an herausgerissene Zitate klammernd, mit bürgerlichen Forschern, selbst von dem Rang eines Karl Bücher, umspringt, und ihre Manie hinter deren Äußerungen allerhand versteckte kapitalistische Beschönigungstendenzen herauszuwittern.

Die Entwicklungsformen der Gesellschaft und die Wissenschaft betitelt sich die deutsche Übersetzung einer Schrift A. Bogdanows /Berlin, Nikeverlag/, die in der Form eines *Lehrkurses* mit Fragen und Antworten über das »Gesellschaftsbewußtsein« und die »Ideologien« orientieren will. Die Methode, nach der eine solche Orientierung der Wissenschaft möglich sein soll, ist nach seiner Ansicht in Marx' materialistischer Geschichtsauffassung gegeben, aus der er den Satz herauskonstruiert, »daß die Ursache jeder Veränderung der Ideolo-

gieen in den Arbeitsbedingungen und dem Wirtschaftsleben zu suchen ist«. Diese, ebenso offenkundigen historischen Tatsachen wie dem wirklichen, oben drein in Briefen von Friedrich Engels eingehend erläuterten Geist des Marxismus zuwiderlaufende Simplifikation liefert das Prokrustesbett, in das Bogdanow das so unendlich komplizierte Wesen der geistigen Entwicklung einzwängt.

Kurze Chronik Der Vorstand der Leipziger Studentenschaft lädt zu einer *Akademisch-sozialen*

Woche vom 8. bis zum 15. Mai ein. Friedrich Mahling wird über die sozial-ethischen Probleme in ihrer Entwicklung von 1890 bis zur Gegenwart sprechen, Werner Sombart über die Triebkräfte der sozialen Bewegung, Ludwig Heyde über die Idee und Praxis in den Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeitgebern und -nehmern, Walter Hoffmann über die studentische Jugendgerichtshilfe, Karl Sonnenschein über Werk- und Sozialstudententum. ◊ Der *Reichsverband der deutschen Volkswirte* hat seinen Stellennachweis zu einer Arbeitsvermittlungsstelle auf allen Gebieten der öffentlichen und privaten Verwaltung sowie verwandter Tätigkeitszweige, insbesondere bei wirtschaftlichen Interessenvertretungen, Vereinen, Verbänden, Kammern, Genossenschaften und Erwerbsunternehmen, ausgestaltet. Dieser Stellennachweis erstreckt sich auf das ganze Reichsgebiet und das deutschsprachige Ausland. Auch für literarische Arbeiten und Vorträge werden volkswirtschaftlich-juristisch gebildete Kräfte nachgewiesen. ◊ Durch eine Verfügung des lippeschen Landespräsidiums ist die seinerzeit in *Detmold* errichtete Hochschule für Staats- und Wirtschaftswissenschaften endgültig am 31. Dezember 1924 geschlossen worden. ◊ Der Kieler Ordinarius der Philosophie *Hans Freyer* ist zum Ordinarius für Soziologie in der Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig ernannt worden. Seine Veröffentlichungen betreffen hauptsächlich Ethik, Soziologie, Psychologie und Philosophie der Wirtschaft. ◊ Der schwedische Nationalökonom *Sven Helander*, dessen leider ziemlich verunglückte Schrift *Marx und Hegel* kürzlich in dieser Rundschau (in diesem Band Seite 58 und folgende) angezeigt wurde, ist ordentlicher Honorarprofessor der Staatswissenschaften an der Universität Kiel geworden. Er hat in Deutschland unter Sombart, Schulze-Gaevernitz und Diehl studiert.

Literatur

Grundzüge der theoretischen Nationalökonomie betitelt sich ein Buch des Privatdozenten an der Frankfurter Universität *Siegfried Budge* /Jena, Gustav Fischer/. Die Hauptabschnitte handeln von den Gütern, vom Wert, vom Geld, vom Preis und von den Produktionsfaktoren. Erfreulich ist die entschiedene Ablehnung der sogenannten Grenznutztheorie als ökonomisch völlig unfruchtbar; störend, daß der Verfasser in seiner Auseinandersetzung über Erkenntnisobjekt und Grundbegriffe der Nationalökonomie, statt unmittelbar von der Betrachtung des ökonomischen Prozesses selber, von den Gütern seinen Ausgang nimmt, um erst auf einem Umweg über die »relative Knappheit der Güter« auf die Produktion zu kommen. ◊ Von *Vahan Totomjanz*, dem bekannten russischen Genossenschaftsschriftsteller, dem die bolschewistische Regierung eine weitere Tätigkeit in der Heimat unmöglich machte, ist eine kurzgefaßte Geschichte der Nationalökonomie und des Sozialismus mit einem warmen Geleitwort *Heinrich Herkners* erschienen /Jena, Thüringer Verlagsanstalt/. Das Büchlein ist in noch knapperer Form bereits in russischer, französischer, italienischer und tschechischer Sprache herausgekommen. ◊ Ein reizvolles Thema setzt sich die Arbeit *Boris Lourriés* Das Verhältnis der Manchester-richtung zur klassischen Nationalökonomie /Bern, Akademische Buchhandlung/. Indes, der allgemeine historische und theoretische Hintergrund, der dabei in erster Linie interessiert, und auf den einzelne Stellen des Kapitals so scharfe Schlaglichter werfen, kommt in der Schilderung des Autors nicht heraus. Die von Marx dort gegebenen Fingerzeige bleiben von ihm unbeachtet. Aber das Material ist instruktiv. Man staunt bei den mitgeteilten Zitaten über das Übermaß an Konfusion, mit der damals jene kapitalistische Heilslehre von der Harmonie der Interessen gepredigt wurde. ◊ Eine durch das Streben nach strenger Objektivität bemerkenswerte Broschüre *Marianne Webers* Fichtes Sozialismus und sein Verhältnis zur Marx'schen Doktrin /Tübingen, J. C. B. Mohr/ liegt jetzt in 2. Auflage vor. Bei aller Sympathie, die die Verfasserin für Fichte hegt, und allem schuldigen Respekt vor gewissen sozialen Fichteschen Grundgedanken mutet das Gesamtbild seiner Reformideen auch in dieser Darstellung den Leser heute wesentlich diktatorisch und dilettantisch an.

KUNST

Musik / Max Butting

Oper

Die deutschen Opernhäuser kämpfen schwer mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten, aber auch mit dem Publikum für und gegen die Kunst. Es sei davon abgesehen, welches der Zusammenhang zwischen diesen beiden Kampfplätzen ist. Eines ist durchaus nicht gesagt, daß der Kampf für die gute Kunst dem Haus einen finanziellen Ruin bringen muß. Ein im kulturellen Sinn hochstehendes Opernhaus wird den Kampf mit dem Publikum oft gar nicht nötig haben. Daß der Geschmack des Publikums gar so tief steht, ist häufig die Ausrede träger künstlerischer Leiter, die vielleicht einen sehr engherzigen Vorgesetzten haben; die Hörer gehen meist vorurteilsloser mit als die Sachverständigen. Und wenn der kulturelle (nicht der musikalische) Tiefstand des deutschen Opernlebens im Verhältnis zu anderen Kulturerscheinungen so erschreckend groß ist, muß man in erster Linie die künstlerischen Leiter verantwortlich machen. Das heißt, der Leiter ist ja meist nicht künstlerisch; wieviel versteht der durchschnittliche Operndirektor von Musik? Die Kapellmeister aber sind selten zielbewußt urteilende Führer. In ihrer Natur als reproduzierende Künstler liegt es, daß sie sich in alles hineinversetzen können; da finden sie dann auch leicht alles schön. Zu alledem kommt das stilistische Völlerlei unserer Tage. Wir haben gute Kapellmeister, für die Brahms heute noch ein moderner Komponist ist; wir haben andere, ebenso gute, denen Strauß und Reger überlebte Klassiker bedeuten. Soll man sich dann wundern, wenn der deutsche Opernspielplan 1924-1925 wie ein Trödelladen aussieht, in dem ziellos alles durcheinanderliegt? Ein Gesicht hat die deutsche Opernkultur von dieser Spielzeit nicht, nur einige wenige Bühnen haben es, durch ihre klügeren Leiter; aber auch da sind die Gesichter von einander ganz verschieden, einmal jung, einmal alt. Ein paar Züge gibt es allerdings, denen wir wohl zeitlich-typischen Wert zuerkennen müssen, die für Zeit und Geschmack charakteristisch sind. Die wiederentdeckten Händelopern nehmen im Spielplan ein großes Feld ein. Neben Julius Caesar und Rodelinde wurden zum Beispiel in Karlsruhe Tamerlan, in Münster Herakles und Saul aufgeführt, und an vielen deutschen Orten bilden Händelsche Opern einen Bestand des Repertoires, auf den nicht mehr ver-

zichtet werden kann. Nicht ganz so verbreitet ist Mussorgskij (von dem meist nur der Boris Godunow gegeben wurde). Immerhin sind diese beiden Erscheinungen: Händel und Mussorgskij, das einzige, was überall freudig aufgenommen wurde, und zwar mit einer Einmütigkeit, von der zum Beispiel die Aufnahme Straußscher Opern weit entfernt ist. Daß auch Strauß viel aufgeführt wird, ist kulturell nicht so wichtig. Denn ihn aufzuführen ist eine Anstandspflicht, Händel und Mussorgskij aufzuführen eine Notwendigkeit. Das spricht für unser Musikpublikum. Aber dies sind auch die einzigen, auf allen Bühnen immer wiederkehrenden Namen, die ihre Stellung lediglich aus künstlerischen Gründen neu erobert haben. Im übrigen geht es im deutschen Spielplan wild durch einander. Jede Stadt will das Gegenteil dessen, was ihre Nachbarn tun.

Opernhäuser mit zielbewußter Leitung sind Hamburg, Dresden, in kleinerem Ausmaß Münster. Aber, was man hier gut fände, würde dort ausgezischt und umgekehrt. Die wertvollste Arbeit leistet sicher *Hamburg*, neben viel guten Einstudierungen alter Werke wurden Paul Hindemith, Maurice Ravel, Ottorino Respighi, Igor Strawinskij gebracht. Seien wir der einzigen modernen großen Oper dankbar, daß sie den Kampf gegen die spießbürgerlichen Anfeindungen in ihrer Stadt aufnimmt. Keine andere Oper hat eine Arbeit wie die Hamburger geleistet. Sehr rühmig ist auch die *Dresdener Landesoper*. Sie brachte die Revolutionsoper Umberto Giordanos André Chénier, die vor einem Vierteljahrhundert in Berlin, im Theater des Westens, schon wirkungsvoll gegeben worden war, neu heraus. Die anderen *Dresdener* Erstaufführungen (Kurt Striegler Hand und Herz, Ermanno Wolf-Ferrari Das Liebesband der Marchesa) scheinen in kultureller Hinsicht nicht gar so wichtig; äußern Erfolg haben ja die musikalisch so prachtvollen Einstudierungen in Dresden meistens. In kleinem Rahmen führt *Münster* seinen Kampf. Die arme Mutter und der Tod von Felix Petyrek, Die ersten Menschen von Rudi Stephan, viele Händelaufführungen und vor allem die Gesinnungsgemeinschaft der dortigen künstlerischen Leiter zeitigen Resultate, die, relativ genommen, die meisten großen Bühnen beschämen. Fleißige Bühnen gibt es nun eine große Anzahl: Stuttgart, Breslau, Nürnberg; aber Fleiß ist ja eigentlich das wenigste, was man verlangen kann. Repertoirefleißig zu sein

haben nur die Staatstheater nicht nötig. Es scheint wenigstens so. Die Tätigkeit der beiden *Berliner* staatlichen Bühnen zum Beispiel wird im Repertoire von den meisten kleinen deutschen Häusern übertroffen. Die Berliner Staatsoper hat im letzten Winter Ernst Kreneks Zwingburg und Egon Wellesz' Nächtliche gebracht. Beides war ein Verdienst von dem Gesichtspunkt aus die jungen Schöpfer in Berührung mit den Aufnehmenden bringen zu wollen. Kreneks Werk ist dabei besonders zu werten: als mutiger Versuch für Opernstil und Opernmusik neue Form zu finden; er schneidet Fragen an, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Daß Richard Strauß' Intermezzo gegeben wurde, war nicht mehr als selbstverständlich. Die alten Novitäten: Hans Pfitzners Rose vom Liebesgarten und Franz Schrekers Ferner Klang, waren eher zu bedauern als hoch anzurechnen (wenngleich die Darstellung der letztgenannten Oper durch Violetta de Strozzi und Paul Stieber-Walther ergriff). Kurz vor dem Ende der Spielzeit, am 7. Juni veranstaltete man noch einen Strawinskijabend, mit den deutschen Uraufführungen der Ballettpantomime Pulcinella (nach Pergolese) und der Tierburleske Renard. Das war aber auch alles, was das Berliner Staatsopernhaus in diesem Winter geleistet hat. Daß sein Orchester auf einer ganz seltenen Höhe steht, ist keine Entschädigung für all das andere, das nicht geboten wurde. Pfitzners Opern begegnet man, ebenso wie Schrekers, natürlich an verschiedenen Bühnen, die deutschen Uraufführungen der neuen Straußschen Werke hatten *Breslau* (Schlagobers) und *Dresden* (Intermezzo) übernommen. *München* brachte Uraufführungen von Walter Braunfels. Frankenstein und Voller tun. Dem Namen Braunfels begegnet man verhältnismäßig oft. Die Vögel wurden zum Beispiel in Wien herausgebracht, und die neue Oper Don Gil von den grünen Hosen ist bereits an mehreren Bühnen aufgeführt worden. Bisher konnte immer noch gewissermaßen zusammenfassend berichtet werden. Jetzt bleiben nur noch Einzelerscheinungen übrig. In *Köln* fand am 14. März die deutsche Uraufführung der Oper des jungrossischen Komponisten Sergej Prokowied Die Liebe zu den 3 Orangen statt; Eugen Szenkar (der schon in Berlin den Boris Godunow in feinsten Einfühlung herausgebracht hatte) gelang es die Wiedergabe so zu gestalten, daß der neue Stil des ironischen Märchenspiels nahezu vollendet getroffen

fen wurde. In *Mannheim* wurde Alexej Borodins Fürst Igor gegeben. Vor 38 Jahren starb der Komponist plötzlich, hinterließ das unvollendete Werk. Es wurde von Rimskij-Korssakow und Glasunow vollendet; die Ouvertüre, die Borodin noch nicht schriftlich fixiert, wohl aber Glasunow öfter vorgespielt hatte, wurde von diesem aus dem Gedächtnis nachkomponiert. Hoffentlich wird dieses wahrhaft russische Werk auch bald an anderen Bühnen gegeben. In *Brünn* wurde Leos Janaceks Oper Das lustige Fuchslein aufgeführt. Seine Jenufa ist in den Spielplan vieler deutscher Bühnen, auch der Berliner Staatsoper, eingereiht worden. Dann kämen die vielen Uraufführungen, von denen die Lokalberichterstatter melden: "die herrliche Sprache des Orchesters, im Charakter eng anschließend an Strauß" (oder Wagner, Puccini, nach Wahl), "die wahrhaft deutsche Gesinnung", "die von Herzen kommende Ehrlichkeit, die sich von jeder atonalen Modetorheit freihält", usw. Diese Aufführungen verwirren die Situation vollends. Daß sie das Niveau trüben, wäre nicht das Schlimmste, sie verschwinden ja so bald. Ihre schädliche Wirkung ist, daß sie die Geister verwirren; die rein musikalische Wiedergabe ist auch auf deutschen Provinzbühnen nicht schlecht, und die hebt oft solch Werk unverdient. Wittert außerdem noch ein Verleger ein Geschäft, dann ist wieder ein Genie entdeckt. 10 solche Genies genügen, um eine große Menge ehrlicher Arbeit, wertvoller Kraft unnützlich zu vergeuden. Nur die selbständige Überzeugung irgendeines Provinztheaters gegenüber dem "zersetzenden Einfluß der großen Welt" ist glücklich gerettet. Das Ausland war in Deutschland mit Ausnahme der genannten Russen nicht stark vertreten. Respighi wurde bereits erwähnt, ebenso Wolf-Ferrari. Von Riccardo Zandonai gab es in Altenburg Francesca da Rimini (Text nach d'Annunzio). In Schwerin führte man Alexander Zemlinskys Florentinische Tragödie, in Hamburg Maurice Ravels Spanische Stunde auf. Diese Rundschau soll keine erschöpfende Auskunft, wohl aber ein Bild von der kulturellen Zersplitterung geben. Man vergleiche diese beiden Erscheinungen: In Deutschland entsteht aus dem Zuviel gleichgültiger Mittelmäßigkeit, aus der Angst vor Neuem eine charakterlose Vielarbeit mit wenigen Werten. In Rußland ist man gezwungen in Folge völligen

Mangels irgendeiner künstlerischen Opernproduktion alte Opern "umzuschreiben". Die Musik zu Tosca wird mit neuem Text unter dem Namen Im Kampf für die Commune aufgeführt; aus den Hugenotten werden die Dekabristen. Beides ist nicht schön.

Orchestermusik In einem bestimmten Sinn ist es mit dem Konzertleben besser oder schlechter bestellt als mit der Oper; je nachdem nämlich die Persönlichkeit des Dirigenten mehr oder weniger charaktervoll ist. In der Oper reden viele Köpfe mit, im Konzertleben beherrscht meist ein einzelner Kapellmeister das Feld und gibt den Ton an. Liest man sich nun einmal die Programme der rührigen Musikstädte durch, so ist einwandfrei festzustellen, daß in erster Linie die Toten aufgeführt werden, dann die Halb-toten und ein wenig die Lebenden. An sich ist die gute Konzertliteratur viel reicher an neuen Werken als die Oper; aber der ganz spezielle Mangel an modernen symphonischen Werken veranlaßt die Dirigenten immer wieder viele Konzerte einheitlich mit alter oder älterer Musik zu besetzen. Ohne in diesem Zusammenhang eine Diskussion über den Begriff modern zu eröffnen, sei zunächst allgemein von der Musik der Lebenden gesprochen.

An symphonischen Werken fällt die Uraufführung der Apokalyptischen Symphonie Hermann Walter von Waltershausen in Hamburg, Max Trapps H-Moll-Symphonie in Leipzig und anderen Orten, Ernst Kreneks 3. Symphonie in Frankfurt und Josef Haas' Variationensuite über ein altes Rokokothema in Köln besonders auf. Den stärksten Beifall von diesen Werken hat wohl die Haassche Suite gefunden; sie wird auch auf dem nächsten Tonkünstlerfest in Kiel zu hören sein. Endlich sei noch das wichtige Ereignis der Aufführung der 10. Symphonie Mahlers (Krenek hat die Partitur auf Grund nachgelassener Schriften ausgearbeitet) unter Bruno Walter in Berlin erwähnt.

Es ist aber auch sonst eine ganze Anzahl von Neuheiten aufgeführt worden; einen Ruf über die Grenzen der Stadt, in der sie erklangen, fanden sie meist nicht. Aus der Gesamtheit ragen hervor: die Schönbergschen Bearbeitungen Bachscher Choralvorspiele für Orchester, Arthur Honeggers Pacific 231 (die Schnellzuglokomotive), die 6 kleinen Stücke für Orchester von Györgo Kosa und Igor Strawinskis Pulcinellasuite. Die

beiden letzten Werke interessierten in hohem Maß. Die jungen Ungarn scheinen eine formalistisch-konstruktivistische Manier in ihrer Technik zu bevorzugen. Strawinskij versucht einfach zu werden, er bleibt romantisch und witzig. Er kam nach Deutschland, um uns zu zeigen, wie wir ihn auführen müssen. Er hat damit auch Erfolg gehabt, denn die spätere Aufführung eines Bläseroktettes unter W. Herbert in Berlin und Leipzig war besser als die unter seiner eigenen Leitung. Mit seinem Klavierkonzert hatte er bei Furtwängler starken Erfolg, die Geschichte des Soldaten ist jetzt viel in Deutschland aufgeführt worden; auch endlich im Berliner Staatsopernhaus. An die Wichtigkeit seines Schaffens glauben doch nun wohl weite Kreise.

Kammermusik Gibt es wenig neue Symphonieen, so doch eine ganze Anzahl neuer Konzerte für Soloinstrumente mit Orchesterbegleitung. Die ausgezeichnete Geigerin Alma Moodie ist für 2 von einander recht verschiedene Violinkonzerte im vorigen Winter eingetreten: für Krenek und Pfitzner. Beide Werke haben über den Kreis der getreuen Anhängerschaften hinaus Interesse zu erregen vermocht. Eine sehr freundliche Aufnahme fand auch das von Gustav Havemann gespielte Violinkonzert Trapps. Über 2 neue Klavierkonzerte von Adolf Busch und Paul Hindemith blieb man geteilter Meinung. Hindemiths Konzert wird vermutlich im nächsten Winter öfter gespielt werden, ebenso sein Cellokonzert, das in Münster uraufgeführt wurde. Beide Konzerte verdienen besonderes Interesse, allein wegen der Begleitung, die von einem kleinen Kammerorchester ausgeführt wird.

Kammerorchester und Kammermusik für Bläser (zum Teil in Verbindung mit Streichinstrumenten) bleiben von unseren jüngsten Komponisten des In- und Auslands bevorzugt, und die Werke des Bearbeiters dieser Rundschau, ferner Hindemiths, Kreneks, Lendvais, Schönbergs, Tochs, Weills, Welles' und anderer finden allmählich weitere Verbreitung. Unter den Arbeiten für Bläserensemble sei ganz besonders auf Schönbergs Bläserquintett aufmerksam gemacht, dem bei der Uraufführung die Wiener anscheinend etwas ratlos gegenüberstanden. Aber die sonst so hochmusikalischen Wiener haben ja auch stürmische Proteste in diesem Winter gegen Werke erhoben, deren Aufführung in größeren reichsdeutschen Provinz-

städten gefordert wird. Die Anzahl der Neuerscheinungen auf dem Gebiet der Kammermusik ist groß. Hindemith hat sein 1924 in Salzburg gespieltes Streichtrio veröffentlicht und neuerdings die Serenaden, eine Kleine Kantate nach romantischen Texten für hohe Stimme, Oboe, Bratsche und Violoncello. Jarnachs 3 Klavierstücke liegen ebenfalls vor, und seine neueste Sonatina (Romanzero I) für Klavier spielte er selbst in Leipzig und Berlin. Von Toch erschien das Streichquartett Opus 34, von Butting die Kleinen Stücke für Streichquartett Opus 26, von Hauer, Kander, Respighi, Trapp, Vogel, Weill ebenfalls Streichquartette, von Anders, Schramm, Schnabel, Krenek und anderen Lieder. Klaviermusik von Eisler, Petyrek, Ravel, Tiessen, Scott, Schnabel. Man kann nicht alles aufzählen. Man kann nur berichten daß an guter Kammermusik jeder Art kein Mangel ist. (Wieviel von dieser Menge bleibenden Wert verkörpert, ist eine andere Frage.) Auf diesem Gebiet ist aber, im Gegensatz zur Oper, nicht nur die kulturelle Zusammengehörigkeit weiter Kreise jüngerer Künstler festzustellen sondern auch ihr geistiger Einfluß spürbar.

Almanache Der *Vereinigte Musikerkalender Hesse-Stern* (Berlin, Max Hesse/ ist für 1925 in alter Form und erhöhter Vollständigkeit erschienen. Er ist für jeden Musiker einfach unentbehrlich. Der 1. Band nimmt ja in der Einteilungsart seines Kalendariums in erster Linie auf die unterrichtenden Musiker Rücksicht. Aber der 2. Band wendet sich an alle, und wer infolge eigener Schuld dort nicht genannt ist, wird es selbst am meisten zu bedauern haben.

Kurz nachzuholen ist an dieser Stelle die Besprechung des *Deutschen Musikjahrbuchs*, herausgegeben von Rolf Cunz 1. Jahrgang /Essen, Rheinischer Musikverlag/. Das Buch enthält interessante Berichte, die uns von der lange entschwendenen Zeit (1923) erzählen; es enthält aber auch Aufsätze, die zeitlos und wertvoll sind, daneben den berühmten Artikel Hans Pfitzners Klare Scheidung. Im ganzen ist es der »Praxis deutscher Kunstbetätigung« gewidmet, und wenn die Beiträge auch in den folgenden Jahrgängen so sorgfältig ausgewählt sind, wird das Musikjahrbuch ein wertvolles Hilfsmittel zur Betrachtung deutscher Musikkultur bleiben. Der Verlag Breitkopf & Härtel in Leipzig hat auch »auf das Jahr 1925« sein

Jahrbuch *Der Bär* neu herausgegeben. Das Buch hat seinen Namen nach dem Druck- und Verlagszeichen der Firma und ist in erster Linie den Interessen des eigenen Hauses gewidmet. In Gedanken an den vorjährigen 175. Geburtstag ist dieser Jahrgang des Bären im besondern als Huldigung für Goethe gedacht. Und so finden wir feine kleine Artikel, die vom Leben ferner Tage, von Geschäften, Kunst und vom gutbürgerlichen Leben erzählen. Ausstattung und Inhalt sind interessant und der alten Firma würdig.

Ein gutes Buch dieser Art ist auch der *Almanach der Deutschen Musikbücherei* auf das Jahr 1924-1925, herausgegeben von Gustav Bosse /Regensburg, Gustav Bosse/. Zwar kann man der geistigen Haltung des Werkes gegenüber im ganzen nicht recht froh werden. Auch sind die im Vorwort so geschätzten Bildbeigaben Hans Wildermanns durchaus nicht schön. Über bildende Kunst ist in dieser Rundschau nicht zu urteilen; doch dürften zum Beispiel die 10 Holzschnitte Orphika recht herbe Urteile von modernen Künstlern erfahren. Erwähnt muß das werden, da der ganze Almanach von Wildermanns Geist durchdrungen ist. Einige Aufsätze sind im Büchlein, die es wertvoll und interessant machen, so der Aufsatzzyklus Die deutsche romantische Oper und Hugo Holles Artikel über Max Regers Einzeichnungen in den Symphonien von Brahms. Das zu lesen lohnt sich allerdings wirklich.

Sammlungen Unermüdlich ergänzen unsere vorzüglichen deutschen Büchereien ihre Bestände, und wenn man sich sonst über die ungelesene Menge neuer Bücher nur beklagen kann, hier muß man noch für jedes Heft dankbar sein.

Der Verlag B. G. Teubner in Leipzig hat 5 neue Bändchen seiner Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* neu herausgegeben: Fritz Volbach Das moderne Orchester, Alfred Einstein Geschichte der Musik und Hans Scholz Harmonielehre. Der 1. Band der Arbeit Volbachs beschäftigt sich mit den Orchesterinstrumenten im einzelnen und ist präzise, reichhaltig und zuverlässig. Besonders gut ist aber der 2. Band, der das Zusammenspiel der Instrumente in seiner Entwicklung behandelt. Kein anderes wohlfeiles Büchlein unterrichtet den Laien über gewisse Probleme des Orchesters so ausgezeichnet. Die Musiker werden freilich die Fragen nicht immer erschöpfend genug behandelt finden. Ein-

steins Geschichte der Musik ist ein großzügig entworfenes und überlegen geschriebenes Buch. Bis zur Neuzeit schildert der Autor die Stile, er nennt Namen nur als Träger der die Zeit beherrschenden Ideen. Einstein hätte bis in unsere Tage konsequent bei dieser Betrachtungsform bleiben sollen. Seine Gründe dafür, daß er es nicht tat, sind klar ersichtlich. Trotzdem hätte der Versuch wohl gelohnt. Scholz' Harmonielehre ist für den Selbstunterricht ein gutes und nicht zu hohe Anforderungen stellendes Hilfsmittel.

Die *Jedermanns Bücherei* /Breslau, Ferdinand Hirt/ schenkte uns 3 ganz ausgezeichnete Schriften: Johannes Wolf *Die Tonschriften*, Curt Sachs *Musik des Altertums* und *Die Musikinstrumente*. All diese Büchlein gehen an die Probleme vom kulturellen Standpunkt heran. Man kann sich deshalb aus Sachs' Arbeit nicht über die Praxis unserer heute gebrauchten Instrumente erschöpfend informieren. Man erhält vielmehr durch die Lektüre ein Bild von den Hilfsmitteln, die die Menschheit sich erfand, um Musik machen zu können. Diese Zusammenstellung ist in ihrer Eigenart neu und doch so klar und einfach dargestellt, daß das Buch als ein großer Gewinn bezeichnet werden kann. Die Musik des Altertums behält die großen Gesichtspunkte bei, bringt aber außerdem viele Einzelheiten. Für die Noten- und Bildbeigaben kann man besonders dankbar sein. Nicht so leichte und angenehme Lektüre ist das Büchlein Johannes Wolfs. Wer sich in das hochinteressante Gebiet der Tonschriften ernsthafter versenken will, sei auch noch auf die Musikalischen Schrifttafeln, herausgegeben von Johannes Wolf /Bückeburg, C. F. W. Siegel/ hingewiesen. Es handelt sich um ausgezeichnete Reproduktionen verschiedenartigster Tonschriften aus deutschem und inländischem Besitz, deren Anblick allein vom künstlerischen Standpunkt hochinteressant ist. Freilich, wer sie entziffern will, wird wohl ohne Wolfs 2bändiges Handbuch der Notationskunde nicht auskommen.

Unter dem Titel *Zeitgenössische Komponisten* gibt Hermann Walter von Waltershausen eine Sammlung von Biographien zeitgenössischer Komponisten heraus /München, Dreimaskenverlag/. An sich ist es sehr zu begrüßen, daß die lebenden Tonsetzer in dieser ersten, sachlichen Art gewürdigt und dem Publikum mit ihrem Werk im ganzen nähergebracht werden. Mir scheint aber die

Auswahl ein wenig zu sehr vom Münchener Standpunkt getroffen zu sein. Ludwig Thuille (von Friedrich Munter), Friedrich Klose (von Heinrich Knappe), Hermann Zilcher (von Hans Oppenheim), Heinrich Kaspar Schmid (von Herman Roth) gehören zum engsten Kreis der Münchener Neuromantik, Richard Strauß (Waltershausen), Julius Bittner (Richard Specht), Franz Schreker (Julius Kapp) stehen ihm noch irgendwie süddeutsch nahe; die einzigen anderen, die noch vorliegen, sind Claude Debussy (Ladislaus Fábrián) und Giacomo Puccini (Adolf Weißmann); 2 außerordentlich eindrucksvolle Büchlein. Wenn sich Herausgeber und Verleger entschließen könnten über ihren engern Heimatskreis bei der Wahl der Tonsetzer hinauszugehen und bedeutende Persönlichkeiten den Lokalgrößen vorziehen wollten, dann könnte die Sammlung weite Verbreitung finden. Empfehlen kann man sie heute schon.

Kurze Chronik Alois Haba komponiert 2 Bühnenwerke *Sexualität* und *Selbsterhaltung*. Zum erstenmal ist die Musik zu Bühnenwerken im *Vierteltonsystem* geschrieben; das Orchester besteht aus einem Vierteltonklavier, Streichquartett, 2 Vierteltonklarinetten und 2 Harfen, von denen eine um einen Viertelton mit der andern differiert. ◊ Die nachgelassene Oper *Ferruccio Busonis Doktor Faust* ist von Philipp Jarnach vollendet und am 21. Mai in Dresden zur Uraufführung gebracht worden. Es wird davon noch ausführlich die Rede sein. ◊ Auf den Musikfesten der *Internationalen Gesellschaft für neue Musik* stehen in diesem Jahr von deutscher Seite Werke von Busoni, Butting, Hindemith, Kaminski, Arthur Schnabel und Toch auf dem Programm. ◊ Am 50. Geburtstag Arnold Schönbergs wurde in Wien eine *Bibliothek für moderne Musik* gegründet. Weiteren Kreisen soll damit das Studium von Werken ermöglicht werden, die bisher fast ganz unzugänglich waren. ◊ Die Staatliche Musikschule in Weimar hat sich mit der deutschen Aufbauschule zu Weimar zu gemeinsam organisiertem wissenschaftlich künstlerischen Unterricht vereinigt. Ein Schüler kann gleichzeitig an beiden Instituten bis zur Erlangung der mittlern Reife arbeiten und dann seine Studien ausschließlich an der Musikschule fortsetzen. Zur Ausbildung gebildeter Berufsmusiker, besonders Orchestermusiker, ist dieser neue Lehrplan von höchstem Wert.

Literatur

Anschließend an den Abschnitt dieser Rundschau über *Händel* (1923 Seite 698 und folgende) sei auf 2 neuere Werke der Händelliteratur hingewiesen: auf Neumann Flowers Georg Friedrich Händel, aus dem Englischen übersetzt von Alice Klengel /Leipzig, K. F. Koehler/ und Hugo Leichtentritts Händel /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/. Das Buch Flowers spricht von Händels Werken gesondert überhaupt nicht; es ist eine Würdigung seiner Persönlichkeit, zugleich ein kulturhistorischer Zeitausschnitt, mit viel Temperament und Umsicht vorgetragen. Das erzählende und interessierende Moment ist in dem Buch so stark, daß auch ein musikalisch nicht besonders orientierter Leser gefesselt sein wird, und das Bild, das man von Händel als dem kraftvollsten Geist inmitten einer unselbständigen, unsichern englischen Kultur erhält, ist ungemein klar. Die vielen guten Abbildungen machen das Buch noch wertvoller. Leichtentritts Werk ist der vollkommene Gegensatz dazu, aber nicht minder wichtig. Wenn dort in erster Linie eine interessante kulturhistorische Arbeit vorliegt, handelt es sich hier um ein sehr gründliches musikhistorisches Werk, von dem zwei Drittel der ausführlichen Besprechung der Werke vorbehalten sind. In Flowers Buch sieht man eine entfernte Zeit an sich vorüberziehen; wie im Theater blickt man auf die Kulissen, man verliert sich gern in interessante Episoden, gefesselt durch besondere Beleuchtungseffekte. Man ist dabei immer etwas entfernt von der Bühne, die aber durch die paar besonders kräftigen Darsteller intensivstes Leben erhalten kann. Leichtentritt führt uns dagegen ganz dicht an Händel heran, zeigt uns ernst und gründlich jedes einzelne Werk. Die beiden Bücher ergänzen sich in so seltener Art, daß man den Freunden Händels nur raten kann sich erst Flowers, dann Leichtentritts Arbeit zu eigen zu machen. ◊ Eine Anzahl Werke über *Beethoven* liegt neu vor. Die wichtige Veröffentlichung von Beethovens Konversationsheften wird gesondert zu besprechen sein, wenn sie vollständig erfolgt ist. Über viel Kleines und Unnötiges muß hinweggesehen werden. Kurz erwähnt sei die sorgfältige und sachliche Darstellung von Waldemar Schweisheimer *Beethovens Leiden* /München, Georg Müller/. In großen Zügen dem Stilproblem Beethoven näherzukommen versucht Hans Mersmann (Beethoven, die Synthese der Stile /Berlin, Julius

Bard/). Das Buch ist ein Kapitel aus einer Kulturgeschichte der Musik, die der Verlag in vielen Einzeldarstellungen herausgeben will. Das drängte wohl zu einer knappen Fassung; aber die wohlthuende Kürze und Prägnanz scheint dem Autor auch natürlich zu sein, denn man entbehrt nichts. Es ist erfrischend nicht immer philologische Kleinarbeit vorgelegt zu bekommen sondern mit weitem Blick ein uns doch reichlich bekanntes Gebiet anzuschauen. Es wäre freilich noch reizvoller, wenn über das umgrenzte Thema hinaus die Beziehungen zur Umgebung berücksichtigt wären. Schließlich sei noch das neue Buch Walther Krugs *Beethovens Vollendung* /München, Allgemeine Verlagsanstalt/ genannt. Mit zwiespältigem Gefühl steht man dieser »Streitschrift« gegenüber. Krugs Motto sind Beethovens Worte: »Ich schreibe nicht für die Menge.« Im Vorwort sagt er: »Nichts Neues ist es, was in diesem Buch an den Tag drängt.« Wenn man den richtigen Schluß aus diesen beiden Sätzen ziehen wollte, müßte völlig unklar bleiben, warum Krug das Buch überhaupt veröffentlicht hat. Nur um zu schreiben? Neues steht in den Seiten wirklich nicht, aber viel Engherziges; vieles, von dem man annimmt, daß der Verfasser es anders sähe, wenn er in lebendigerer Fühlung zu allen möglichen Erscheinungen stünde. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob sich der lebhaftige Geist des Streiters seinen Gegner häufig erfindet, um gegen ihn zu Felde ziehen zu können. Oder weiß er nicht, wie viele es heute gibt, die gleich ihm entschlossen sind jeder Musik rein musikalisch nahezukommen? Wir alle wollen doch sachlicher und wesentlicher werden, das ist doch die Zukunftsmusik. Im übrigen ist der Standpunkt des Verfassers so klug, seine Art so temperamentvoll, daß das Buch auf richtig all denen empfohlen sei, die es heute noch für wesentlich halten sich über Beethoven zu streiten.

KULTUR**Kunstgewerbe / Otto Braßkeven****Städtebau**

Neben München und Düsseldorf, wo man aus wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Gründen eine Neugestaltung der bisherigen Gesamtbebauungspläne vorzunehmen beginnt, stand hauptsächlich der Wettbewerb für den *Ulmer Münsterplatz*, der als geistigen Urheber Theodor Fischer hat, im Brennpunkt des Interesses. 478 Arbeiten liefen ein.

Neben Fischer befanden sich Bonatz, Bestelmeyer und Jansen im Preisgericht. Das Endergebnis war ein Erfolg für jene Richtung, die man gemeinhin als Fischerschule bezeichnet. (Dieser Wettbewerb ist in einer Schrift Heinrich de Fries' 'Der Münsterplatz in Ulm und seine zukünftige Gestaltung' / Berlin, Otto Stollberg/ mit 120 Abbildungen, als Orientierungsversuch behandelt worden.) Ein sehr interessantes Problem ist durch diesen Wettbewerb, der in seinen preisgekrönten Lösungen keine absolut zwingende im Sinn weitschauender Stadtumgestaltung ergeben hat, akut geworden. Nämlich die Frage der charakterologisch anders gearteten Wesensart der süd-deutschen Bauauffassung in ihrer spezifischen Landschaft. Und zwar stellte es sich nach der Entscheidung des Preisrichterkollegiums heraus, daß Entwürfe von vornherein ausgeschieden wurden, die in ihrer grundsätzlich modernen Formensprache auf das bestimmte Stadtbild Ulms keine Rücksicht nahmen. Man sprach in der Polemik sogar von einer Mainlinie, die aufgerichtet werden müßte, um verschiedene Anschauungen klar zu scheiden und vor eventuellen Einseitigkeiten zu warnen, die auch der bisher vom rückständigen Formalismus freien Fischerschule gefährlich werden könnten. Denn es kann nicht bestritten werden, daß Ulm als kommender und höchst bedeutungsvoll werdender Handelsumschlagplatz nur dann von einer Stadtbauplanung Nutzen hat, wenn die Projektierung innere Zwangsläufigkeit besitzt. Diese Form aber scheinen einige der modernen Entwürfe, die unter den Tisch gefallen sind, gehabt zu haben, während von den auf das Stadtbild und mehr formal-ästhetisch eingestellten Plänen nur partielle, keinesfalls aber unbedingt zwingende Neuordnungsideen vorgewiesen werden konnten. Gewiß kann man nicht der Meinung sein, daß das schöne und traditionsreiche Stadtbild als zu übersehendes Objekt einfach übergangen wird. Wie aber schon wenig erfreuliche Bauten des 19. Jahrhunderts in den Stadtkern von Ulm hineingepreßt worden sind, so geht es heutzutage kaum an eine dringliche Entscheidung zuerst mit einer ästhetischen Beteuerung zu beginnen und sich weiterhin von einer sachlich nicht zu begründenden Rücksichtnahme leiten zu lassen.

Als Vorschlag einer Lösungsmöglichkeit des Verkehrsproblems Potsdamer Platz in Berlin hat Paul Mählberg in Verbindung mit dem Architekturbureau Bau

und Einrichtung ein Modell herstellen lassen, das in Form einer Spinne eine Fußgängerüberquerung des Platzes vorsieht. Unterstützt wird dieses Projekt durch eine rein rechnerische Überlegung, die bezeichnenderweise auf den ungeheuren verkehrstechnischen und volkswirtschaftlichen Nutzen hinweist. Also ein interessanter Versuch heutige Baufragen verkehrsbilologisch aufzufassen und auf ein neues Moment hinzusteuern, da manche Bauprojekte der Gegenwart mehr eine Angelegenheit der Zeit als des Raums sind. Der Überweg als solcher sieht eine obere Verkehrsplattform mit einem Zugang zur darunter liegenden Untergrundbahnstation und 7 Eskalatoren vor, die von den Bürgersteiglappen des unteren Platzes nach oben führen. Der Platz selbst kann auf diese Weise zur pausenlosen Zirkulation des Wagenverkehrs in Anspruch genommen werden.

Architektur- ausstellungen

Das bisher ein ziemlich subalternes Dasein führende Architekturmuseum der Berliner Technischen Hochschule hat jetzt unter neuer Leitung einen Plan aufgegriffen, der bei konsequenter Verwirklichung in vieler Beziehung Beachtung und Förderung verdient. Und zwar will man in regelmäßigen Ausstellungen das architektonische Schaffen der Gegenwart in ihren repräsentativen Vertretern und Gruppen in übersichtlichen Zusammenordnungen zur Schau bringen. Auf solche Weise kann es möglich werden, daß die heutige Architektur als Darstellungsobjekt ihrer allzu fachlichen Bindung entrissen und ohne Verwässerung der Anschauung auf ein breiteres Plateau gestellt wird. Die 1. Ausstellung galt Hans Poelzig, der ohne Frage immer noch, trotz seinen vielen gefährlichen Abschweifungen, als der Hauptvertreter gegenwärtiger deutscher Architektur zu gelten hat. In der Aufeinanderfolge der ersten Bauten, wie dem Rathaus in Löwenberg in Schlesien und der Dorfkirche in Maltsch bei Breslau, bis zu den neuerlichen Entwürfen von Hochhäusern und Messebauten, zu den teilweise in zu flackernder Manier durchgebildeten Majolikaarbeiten und zu den dekorativen Skizzen und Figurinen für Theater und Kino zeigt sich eine Formkraft, die durchaus nicht, wie es heute mitunter geschieht, nur mit dem Prädikat eines nicht mehr zeitgemäßen barocken Naturells abgetan werden kann. Die sachhaften Bauten Poelzigs, so die Ecklösung eines Geschäftshauses in Breslau, eine chemische Fabrik in

Luban bei Posen und die Talsperre bei Klingenberg in Sachsen, wirken allerdings am stärksten. Als Gesamtheit gesehen bekommt man einen guten Begriff von einem baukünstlerischen Vermögen, das das besitzt, was zur überzeugenden Leistung gehört: Erfindungskraft, innere Klarheit, logische Beschränkung auf die in Frage stehende Sache und sichere Konzentration auf Zusammenfassung der Baumassen.

Es steht zu hoffen, daß die weiteren Ausstellungen des Architekturmuseums ohne Voreingenommenheit der Gegenwart in jeder irgendwie nur schöpferisch scheinenden architektonischen Äußerung Raum geben. Wenn auch die deutschen Architekten im Vordergrund zu stehen haben, so wäre es mehr als begrüßenswert, wenn auch die Franzosen und Holländer in erschöpfenden Überblicken herangezogen würden.

Ausgrabungen In *Palästina* finden zurzeit zahlreiche Ausgrabungen speziell von englischer und amerikanischer Seite statt. In *Besan* stießen die Amerikaner auf 3 Basaltstatuen der ägyptischen Könige Sethos I, Rhamses II und III, während die Engländer bei Grabungen in der *Davidstadt* von *Jerusalem* Spuren einer israelitischen Totenstadt und kenntnisvoller Wasserleitungsanlagen entdeckten.

Bei *Fiesole* wurde Ende 1924 ein *etruskisch-römischer Kultbau* aus dem 4. bis 3. vorchristlichen Jahrhundert freigelegt. Archäologisch wichtig an dem Bau ist die Dreiteilung des Innenraums, der Unterbau der Vorhalle aus typisch etruskischen großen Würfeln von hellem Stein, die ohne Bindemittel zusammengefügt sind, und die Stirnfriesverzierungen, die eine eigenartige Mischung dorisch-griechischer und etruskischer Stilelemente aufweisen. Nach der Meinung des die Ausgrabung leitenden italienischen Gelehrten *Galli* glaubt man in diesem Kultbau jenes *Capitolium Faesolanum* wiedererkennen zu können, dessen ehemaliges Vorhandensein aus alten Inschriften bekannt ist.

In *Rom* soll der alte *Circus Maximus*, der im langgestreckten Tal zwischen dem *Palatin* und dem *Aventin* gelegen ist, wieder freigelegt werden. Es scheint zweifelhaft, ob die wissenschaftliche Ausbeute dieses Unternehmens lohnen wird. Jedenfalls will man durch die Entfernung einer Gasanstalt, die bislang hier stand, das Schaubild des alten *Roms* auf eine große Einheit zurückführen. Die italienische Regierung fördert die

Freilegung der einst bedeutenden römischen Stadt *Leptis Magna*, die 100 Meilen von *Tripolis* entfernt im Sand der *Sahara* verschüttet liegt. Man hofft hier große Schätze an Edelmetall und Kunstgewerbe aufzufinden, wie man auch glaubt durch Auffinden von Bibliotheken manche Lücken in der römischen Geschichtsforschung schließen zu können. Die bekannten, als Kunstprodukte eine eigenartige Vermischung von griechischer und mongolischer Kunst aufweisenden Funde der *Turfanexpedition* *Grünwedels* und *Lecoqs* werden neuerdings im Erdgeschoß des Völkermuseums in *Berlin* untergebracht werden.

Totenliste Mitte Dezember 1924 starb in *Zürich* der technische Bürgermeister der Stadt *Heidelberg* *Richard Drach*, im Alter von 51 Jahren. Er war ein Schüler *Alfred Messels* und der erste Bürgermeister in *Baden*, der von der Technik herkam. Von seinen Bauten muß besonders die Staatliche Heil- und Pflegeanstalt in *Wiesloch* genannt werden. In *Heidelberg* machte er sich außerdem nach dem Krieg durch das Eintreten für ein großgedachtes, der Landschaft angepaßtes Siedelungswesen einen Namen. Am 7. Januar 1925 starb plötzlich der Vorsitzende des Architekten- und Ingenieurvereins in *Berlin* *Richard Saran*. Er war früher Personaldezernent im preußischen Ministerium für öffentliche Arbeiten. Seine außerordentliche Schätzung in Architektenkreisen verdankt er seinem stets kraftvollen Eintreten zur Hebung des Architektenstandes. Verdienstvoll ist fernerhin seine Bemühung für die Lösung architektonischer Aufgaben für *Groß Berlin*. Am 13. April starb in *Breslau* *August Endell*, 55 Jahre alt. Er hatte, nachdem er von *Berlin* weggegangen war, als Direktor der *Breslauer Kunstakademie* gewirkt. *Endell* kam von der *Psychologie* zur *Architektur* und versuchte anfangs in *München* seine besondere Auffassung in eigenartigen Bauten vorzutragen. Berühmt wurde dort das *Atelier Elvira*, das als Programm wirkte. Später bekannte sich *Endell* zu einer gewissen Konstruktionsklarheit, so daß er durchaus zu den Vorläufern der formalen Erneuerung in der *Baukunst* gerechnet werden kann. Ein von ihm am *Steinplatz* in *Berlin* gebautes Haus ist als Beispiel dieser Anschauung bezeichnend. Auch schriftstellerisch ist er hervorgetreten. Sein Buch *Die Schönheit der großen Stadt* /*Stuttgart, Strecker & Schröder*/ hat große

Bedeutung gehabt und den Menschen unserer Zeit von manchen konventionellen Nachurteilen kuriert. Endell war eine der bedeutendsten und eigenartigsten Persönlichkeiten unserer Epoche. Er war ganz von dem Schaffensgedanken bestimmt; das brachte ihn den Sozialistischen Monatsheften nahe.

Kurze Chronik Am 28. April wurde in Paris die *Internationale Kunstgewerbeausstellung* offiziell eröffnet. Das Hauptkontingent an Kunstgewerbe stellt Frankreich. Daneben hält sich nur Italien, während England ziemlich zurücksteht. Zu nennen wären noch die Anstrengungen der Österreicher und Tschechen, endlich die der Russen. Deutschland hat es bekanntlich für gut befunden die Ausstellung nicht zu beschicken, um so nicht nur eine Annäherung an Frankreich zu vereiteln sondern sich selbst auch aus der Kunstinternationale und dem Weltmarkt auf dem Gebiet des Kunstgewerbes auszuschließen. Die Ausstellung selber wird wohl manche Neuorientierung des gebräuchlichen Urteils bewirken. ◊ Das bisherige Staatliche *Bauhaus* in Weimar, dessen Weiterbestand infolge der politischen Konstellation in Thüringen durch Ablehnung von ausreichenden Zuschüssen in Frage gestellt war, hat seit April seine Arbeiten als städtisches Institut in Dessau aufgenommen. Als Leiter fungiert auch weiterhin Walter Gropius. Es bestehen Werkstätten für Bildhauerei, Tischlerei, Wandmalerei, Weberei und Druckerei (Typographie, Reklame, Kunstdruck) und eine Metallwerkstatt. Als neues Programm sind folgende Richtlinien ausgegeben worden: 1. Gestaltungslehre: Vorlehre, Handwerkslehre (Gesellenbrief), Baulehre. 2. Versuchsarbeit für die Praxis, Herstellung von Modellen für Handwerk und Industrie, Hausbau und -einrichtung. ◊ Am 7. Mai wurde in München das *Deutsche Museum* eröffnet, das in seiner Zusammenstellung fast eine Alleinarbeit Oskar von Millers ist, der an diesem Tag sein 70. Lebensjahr erreichte. Analog dem Kensingtonmuseum in London wird hier eine gegenseitige Durchdringung von naturwissenschaftlicher und technischer Forschung in musealer Form zur Schau gestellt, die in dieser Art eminente Anregungen und Betrachtungsmöglichkeiten zu bieten vermag. Der nach vielen Schwierigkeiten endlich fertiggestellte und auf der Kohleninsel in der Isar liegende Bau stammt im Entwurf von Gabriel Seidl, der auch nach der Grund-

steinlegung im Jahr 1906 die ersten Ausführungen bis zu seinem Tod geleitet hat. ◊ Bei der Eröffnung der Leipziger Frühjahrsmesse wurde auch die *Untergrundmehhalle* am Markt in Betrieb genommen. 3400 Quadratmeter des Marktplatzes sind unterkellert worden. Die Raum für 200 Ausstellungslokalen gebende Halle hat eine Länge von 89, eine Breite von 40 und eine Höhe von 5 Meter. ◊ In Berlin fanden im Mai 3 *Messeveranstaltungen* statt. Und zwar eine Reichsreklammesse, die 5. allgemeine Bureauausstellung und eine Industrieausstellung für das Baufach, Wohnungswesen und verwandte Gewerbe. Trotz manchen Besonderheiten im einzelnen kann es nicht verneht werden, daß alle 3 Messen kaum etwas über den Durchschnitt hinausragendes Handwerk boten. ◊ In Breslau fand im Januar eine *Plakatausstellung* deutscher und italienischer Werbekünstler statt. Neben Plakaten waren es Ehrenurkunden, Inseratenentwürfe und Geschäftspapiere, die durchweg einen gewissen Hochstand sachlicher und künstlerischer Ausführung aufwiesen. ◊ In Köln wurde im Dezember die neu aufgestellte Römische Sammlung, die älteste Abteilung des Wallraff-Richartz-Museums eröffnet. In ihr sollen künftig nur noch Funde, die aus Kölner Boden stammen, aufgestellt werden. Unter den zahlreichen Objekten sind besonders die Erzeugnisse des Meisters mit dem Schlangenfaden, Gebrauchs- und Ziergläser, Keramik, Sarkophage, Goldarbeiten, Münzen und vor allem eine Schauspielermaske aus Ton mit Bemalung, ein Kölner Erzeugnis des 2. Jahrhunderts, anzumerken. ◊ Das *Märkische Museum* in Berlin feierte am 14. Januar sein 50jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß ist es geboten auf den Museumsbau Ludwig Hoffmanns hinzuweisen, der in der räumlichen Anordnung unübersichtlich, in der malerischen Gruppierung an den Wallplatz aber, aus Vorstellungen märkischer Gotik und Renaissance erwachsen, architektonisch nicht unbeträchtliche, wenn auch vielumstrittene und im ganzen problematische Reize besitzt. ◊ Eines der bedeutendsten romanischen Baudenkmäler Deutschlands, der *Bamberger Dom*, soll neuerdings an seinen Innenwänden mit Wandgemälden versehen werden. Eine Kommission bayerischer Akademiker hat schon in Bamberg getagt, um die zur Probe in der Kuppel der Ostapsis angebrachten Entwürfe eines ältern Münchener Künstlers zu besichtigen. Solche "Kunstpflge" sollte mit allen Mitteln unterbunden

werden. ◊ Es scheint, als wenn die Amerikaner sich von einer Art trivialen Romantizismus nicht trennen können. Jetzt versucht man durch eine allgemeine Sammlung jene 15 Millionen zusammenzubringen, die notwendig sind, um die *New Yorker Sankt Johannes-Kathedrale*, das größte Gotteshaus der Stadt, zu vollenden. Wenn man hinzufügt, daß diese Kirche im "strengen" gotischen Stil erbaut wird und in ihren Ausmaßen nur vom Sankt Peter in Rom und der Kathedrale in Sevilla übertroffen wird, so bekommt man einen Begriff von dem Kunststreben des Landes, das seiner natürlichen Bestimmung nach viel Neues zu bringen hätte, aber aus einem gewissen Mangel an eigener Erfindungskraft, aus Sentimentalität am (nicht einmal eigenen) Alten kleben bleibt.

Literatur Eine der interessantesten Neuerscheinungen ist *Bruno Taut's* Schrift *Die neue*

Wohnung /Leipzig, Klinkhardt & Biermann/. Ein gutgemeinter Appell in einer Zeit, in der die Industrialisierung des Bauwesens schon aus Gründen der Wohnungsbeschaffung immer notwendiger wird. Doch zeigen sich in dem Buch andererseits Diskrepanzen, die, abgesehen von der nicht immer einwandfreien Beurteilung historischer Wohnungsformen, wenig geeignet sind dem Vorgetragenen sachliche Wirkung in die Zeit zu verleihen. Gewiß ist die Ansprache lobenswert die Zimmereinrichtung auf ein puritanisches Minimum zurückzuführen. Aber es scheint, als wenn in dieser gewissermaßen vertraulichen Überredung ein gefährliches Spiel liegt, das keineswegs jene Resultate bringen wird, von denen Taut träumt. Als Anregungsmoment auf einen kleinen Kreis Menschen wird diese Schrift keine schlechten Dienste tun, doch in größerer Wirkungssphäre, in der sie doch gedacht ist, wird sie vermutlich nur jenes erreichen, daß die Angeregten einer Epidemie des stets Besserwissens verfallen, die nicht unbekannt und auch nicht erfreulich ist. Unverständlich erscheint der Untertitel *Die Frau als Schöpferin*, da doch der Frau selbst wenn man ihr Schaffenskräfte zutraut, gerade nach dieser Schrift gar keine Schaffensaufgaben übrigblieben. ◊ Mit 100 Bildern präsentiert sich ein schönes Buch *Werner Köhlers* *Rothenburg* und das *Taubertal* /Berlin, Franz Schneider/. Der Text ist zwar ein wenig "poetisch" geraten, aber die Photographieen vermitteln alle Reize jenes gesegneten Landstrichs. Seltsam versun-

kene Städte, Flecken und Dörfer liegen in dem Tal des Tauber. Auch ohne Hinneigung zu verschrobener Romantik verspürt man hier einen Zauber der Einheit von Landschaft und Architektur, der durch diesen Band noch einmal lebendig gemacht wird. ◊ Die zeitweilig eingestellte *Kunstchronik* /Leipzig, E. A. Seemann/ erscheint wieder, mit Alfred Kuhn als Herausgeber. Bemerkenswert ist, daß jetzt einzelne Gebiete unter besonderer Leitung eingerichtet sind. So berichtet Hermann Schmitz über Kunstgewerbe, Alfred Gellhorn über Bauwesen und August Koester über Archäologie. Alfred Gellhorn referiert über eine Versammlung des Bundes deutscher Architekten zur Besprechung der geplanten neuen Bauordnung für Groß Berlin, die in ihrer Stellungnahme darauf hinauslief, »daß eine Bauordnung nur Sinn hat, besonders eine Zonenbauordnung, wenn ein Generalbebauungsplan vorliegt«. ◊ Das verhältnismäßig brachliegende Gebiet der Gartenarchitektur wird im 8. Heft der *Baugilde* /Berlin, Otto Stollberg/ als mustergültig durchgeführtes Thema behandelt. Ein Vortrag Hermann Muthesius' über Erziehung des baukünstlerischen Nachwuchses und ein Aufsatz Erich Pepinskis *Zur Gartenarchitektur* sind hervorzuheben.

EINZELNES

Neuerscheinungen

Chinesische Dichtung Als ich vor Wochen die *Altchinesischen Liebeskomödien*, aus dem chinesischen Urtext ausgewählt und übertragen von Hans Rudelsberger /Anton Schroll & Co./, las, war ich von der fast primitiven Simpelheit der Sprache eigentlich unangenehm überrascht. Wenige Szenen ausgenommen, hatte sie fast die Dürftigkeit von Kindertheaterstücken, die zu allen Begrüßungen und Verabschiedungen und Erklärungen der Personen unendlich viel Raum brauchen und dann den eigentlichen Kern der Situation nicht zu füllen wissen. Nun habe ich aber inzwischen ein wirkliches chinesisches Theater gesehen, und jetzt beim Wiederlesen steht alles anders da. Einmal, was die Sprache betrifft, so sind wohl (was man auch bei diesen Liebeskomödien annehmen kann) einige Szenen sprachlich ganz und gar festgelegt, andere aber offenbar zur Improvisation freigegeben; wenigstens klang der Sprechtonfall oft durchaus unmetrisch, und auch das Publikum schien von einem Witz zum andern gespannt zu

sein. In den anderen Szenen war alles bis ins äußerste ausgearbeitet. In ihnen wurde überhaupt mehr gesungen als gesprochen, die Frauen durchweg in ganz hoher Fistelstimme, die Melodienreihen kurz und monoton und dazu etwa 6 Instrumente, je nach der Situation gewählt. Das Ganze klang etwa wie Vogelgeschrei am frühen Morgen. Der Eindruck war so neu, daß ich ihm kaum näher nachgehen konnte. Das Einzige, was ich sonst bemerkte, war die sehr prägnante Rhythmik, die vielfach kompliziert übereinandergriff, und die vollständige Einzelführung einer jeden Stimme wie die einer Linie, und in der Art der Farbigkeit durchaus klar und rein, ohne irgendeine Spur von Verwischung. Das Orchester, das im Straßenanzug im Hintergrund der Bühne saß, bestand aus Schlagzeug, Trompete, hohen Holzblasinstrumenten und einem celloartigen Instrument mit nur einer Saite. Keine Noten, kein Dirigent. Zum Teil klang es wie improvisiert, zum Teil wie alte durch Tradition festgelegte Musik. Klangfarbe, melodische Bildung sind uns fremdartig, aber von hoher Schönheit; besonders eindringlich und herrlich war der Trompetenklang, der mehr an die hohen Bachschen Trompeten erinnerte als an die unseres modernen Orchesters. Auch die neuere atonale Musik hat kaum Verwandtschaft mit der chinesischen. Im ganzen war auch das Spiel, das größtenteils direkt zum Zuschauer gewendet war, streng gebunden. Seltsam aber, wie in diesem bei aller Schönheit stereotypen Theaterspiel so viel Nuancen möglich sind. Besonders das Spiel der jungen Liebhaberin schien mir von großer Kunst. Ganz jung mit fast kindlichen Schultern, im Gang leise und weich schiebend auf ihren chinesischen Stöckelschuhchen, und in allem, in den Liebesdingen wie auch, wenn sie ohnmächtig zu werden hatte, immer mit der selben, feierlichen und rührenden Grazie. Aus der so streng geformten Art des Spielens habe ich sehen können, wie anders die Stücke zu lesen sind. Auf die Gestaltung von irgendwelchem Individuellen kommt es offenbar ganz und gar nicht an; so etwas dort zu erwarten oder heranzubringen ist eben nur Blindheit. Vor allem ist die Handlung im Vordergrund (allerdings scheint sie mir oft etwas novellenhaft empfunden) dem Wesen nach mehr erzählt als wirklich gespielt. Wird sie doch oft durch eine Reihe von Abenden weitergesponnen, und so geduldig ist das Publikum eingestellt, daß es ihm gar nichts aus-

macht, wenn etwa ein Brief von allen 8 Leuten, die auf der Bühne sind, von jedem einzelnen laut vorgelesen wird. Und dann liegt eine sehr große Betonung auf den Rollentypen, die mit einer wundervollen naiven und augenfälligen Eindeutigkeit dastehen. Da ist der Liebhaber, der Prasser, die Kupplerin, alle offenbar seit Jahrhunderten fest geprägt. Der Prasser kam auf die Bühne, indem er einen Apfel aß, aber eigentlich hätten Maske und Haltung genügt ihn zu dokumentieren. Alle diese Eindrücke lassen mir jetzt die Liebeskomödien anders und reicher erscheinen. Besonders wunderbar ist es, wie schön sich da Seelisches einschließt. Die Handlung ist so fest geschlossen wie die Kelchblätter einer Knospe, und das Seelische ahnt man darin mehr als daß man es sähe. Eine der Komödien handelt von einer Geisha, deren Geliebter, ein Bakalaureus, für Jahre nach der Hauptstadt muß. Er empfiehlt sie zum Schutz dem neuen Gouverneur, dem er früher befreundet war, einem Gelehrten, der bisher von Leben und Liebe nichts wußte. Von ihrer Schönheit und ihrem Gesang gerührt, nimmt er sie zur Frau, da der Bakalaureus fort ist, führt sie ihm aber wieder zu, als er nach Jahren zurückkommt, wie er sie bekam, ohne sie berührt zu haben.

Märchen und Erzählungen sind vielleicht das eigentliche Element der Chinesen. S. Förster-Streffleur berichtet in der Einleitung zu *Was Li Pao Ting erzählt* /Wien, Anton Schroll & Co./ von den vielen Erzählern, die fortgesetzt die Dörfer durchziehen, und die immer ihr Publikum haben, das ohne Ermüdung zuhört. Er hat einen Teil der Sachen aufgeschrieben, sagt aber auch gleich, daß wegen der Verschiedenheit der ganzen Vorstellungswelt es nicht eine einfache Übersetzung hat sein können. Leider hat ihm die poetische Kraft gefehlt diese. Kluft einigermaßen zu überbrücken. Seine Sätze sind ohne Farbe und bauen sich schwer auf. So hat die Leichtigkeit der Märchen, ihre Zartheit, die Geistigkeit ihrer Sinnlichkeit leider einen Riß bekommen, und der reine Klang ihrer einzigen Einheitlichkeit ist arg getrübt. Natürlich bleiben sie als Märchen wundervoll. Alte Illustrationen sind eingefügt. Sie sind wunderschön in der Komposition, nehmen sich aber in unserm Druck eigentlich tot und fast grob aus. Einige bunte Bilder von einem modernen chinesischen Maler, Hua Mel-chai, gleiten in ihrer Zartheit schon arg ins Süßliche.

Lisbeth Stern